

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Walter Dirks †

Günter Grass

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

(verantwortlich)

Norbert Seitz

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burekhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Richard Löwenthal

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

9 1991
38. Jahrgang

771 Editorial

Aktuelles

- 773 GERHARD SCHMID
Die Quadratur des
jugoslawischen Kreises
- 775 ZORAN DJINDJIĆ
Jugoslawien –
ein unerwünschter Staat
- 779 GESPRÄCH MIT
GYÖRGY KONRÁD
»Die Gelder der EG
schaffen keine Kultur«
- 785 KLAUS BLOEMER
Deutsch-atlantische Kumpanei

Thema:

Afrika – vergessener Kontinent

- 792 DOMINIC JOHNSON
Afrika auf der Suche
nach Zukunft
- 805 BERNHARD WEIMER
Über das Verschwinden
Afrikas aus der Welt
- 814 WALTER MICHLER
Perestroika in Schwarzafrika
- 820 WOLE SOYINKA
Aké – Eine Kindheit

Deutscher Sonderweg?

- 823 PETER GLOTZ
Normalisierung – Sonderweg
- 827 JÜRGEN HABERMAS
Der Golfkrieg als Katalysator
einer neuen deutschen
Normalität
- 829 WOLFGANG GEIGER
Droht uns eine Renaissance
der Geopolitik?

Kontrovers

- 832 KLAUS LANGE
Egozentrik als
Verfassungsprinzip?
- 835 STEFAN KESSLER
Plädoyer für ein Grundrecht –
Zur Diskussion um das Asylrecht
- 840 KONRAD GILGES
Deutschland – ein
»normaler Nationalstaat«?
Nachtrag zur Blauhelm-Debatte

Kultur

- 842 RENATE WIGGERSHAUS
Virginia Woolfs Orlando
- 846 GERALD PREIN
Zum Leben von Henri Lefebvre
- 848 REINHARD RENGER
Ich lebe in einem Roman –
Der Schriftsteller
Wolfgang Koeppen
- 851 HANS-MARTIN LOHMANN
Zeitschriften-Forum

Kritik

- 854 HANS-JOSEF LEGRAND
Armut im Wohlstand
- 857 SILVIA HISSEN
Ein Kubaner in New York
- 859 WERNER RÜGEMER
Nur Opposition ist bequem –
Gramscis Gefängnishefte
- 862 ECKHARD JESSE
Honecker über Honecker
- 864 Zu den Autorinnen und Autoren

Titelfoto: Wolkenkratzer in Afrika (dpa)

Seit dem Verschwinden des Kommunismus als weltweitem Machtfaktor war häufig von einer „neuen Weltordnung“ die Rede. Wir fragen in unserem Septemberheft: Gehört Afrika auch zur Welt? Wenn – wie Bernhard Weimer nachweist – ein Fernsehbericht über das Thema Aids in Afrika (morgen vielleicht der Auslöser einer Weltkatastrophe) wegen deutscher Vereinigung, Golfkrieg und anderen europäischen Verwicklungen vier Monate lang liegengelassen wird, kann man daran zweifeln. Weiß irgend jemand bei uns etwas von den Neugründungsprozessen schwarzafrikanischer Staaten, den „Nationalkonferenzen“ in Benin, Gabun und Kongo, über die Dominic Johnson berichtet? Nehmen wir zur Kenntnis, daß allein in Afrika zehn Millionen Flüchtlinge obdachlos herumtreiben?

Dabei können wir uns keineswegs mit der Floskel beruhigen, der Schwarze Kontinent sei eben eine „andere Welt“. Die Beiträge von Gerhard Schmid und Zoran Djindjić über Jugoslawien zeigen, daß bestimmte politisch-kulturelle Voraussetzungen weltweit gelten. Das Konzept des Nationalstaats ist eben nicht nur in Afrika eine Fiktion, sondern auch in weiten Teilen Europas. Ethnizität und Regionalismus sind nicht nur negative afrikanische Eigenarten. Wir werden nur dann einen weltweiten Kulturdialog zustande bringen, wenn wir die *wechselseitige* Akzeptierung ethnisch-regional bedingter „Weltanschauungen“ durchsetzen, in Europa nicht anders als in Afrika.

Aber mit dem „Durchsetzen“ hapert es. Afrika: Es ist keine supranationale Institution (und auch keine Allianz starker Staaten) sichtbar, die bereit und in der Lage wäre, sich der ökonomischen Probleme Schwarzafrikas anzunehmen. Europa: Die jugoslawische Krise wirkt wie ein simpler Lackmustest. Sie straft das optimistische Gerede unserer offiziellen Außenpolitik Lügen, und macht deutlich, daß die KSZE ziemlich handlungsunfähig und die EG von einer gemeinsamen Außenpolitik weit entfernt ist.

Denn die deutsch-österreichischen Patentrezepte, die derzeit (vor allem aber nicht nur von konservativer Seite) zur Lösung der jugoslawischen Krise feilgeboten werden, sind ja entweder Selbsttäuschung oder Roßtäuscherei. Mag schon sein, daß eine Anerkennung Kroatiens dazu führen würde, daß die Regierung

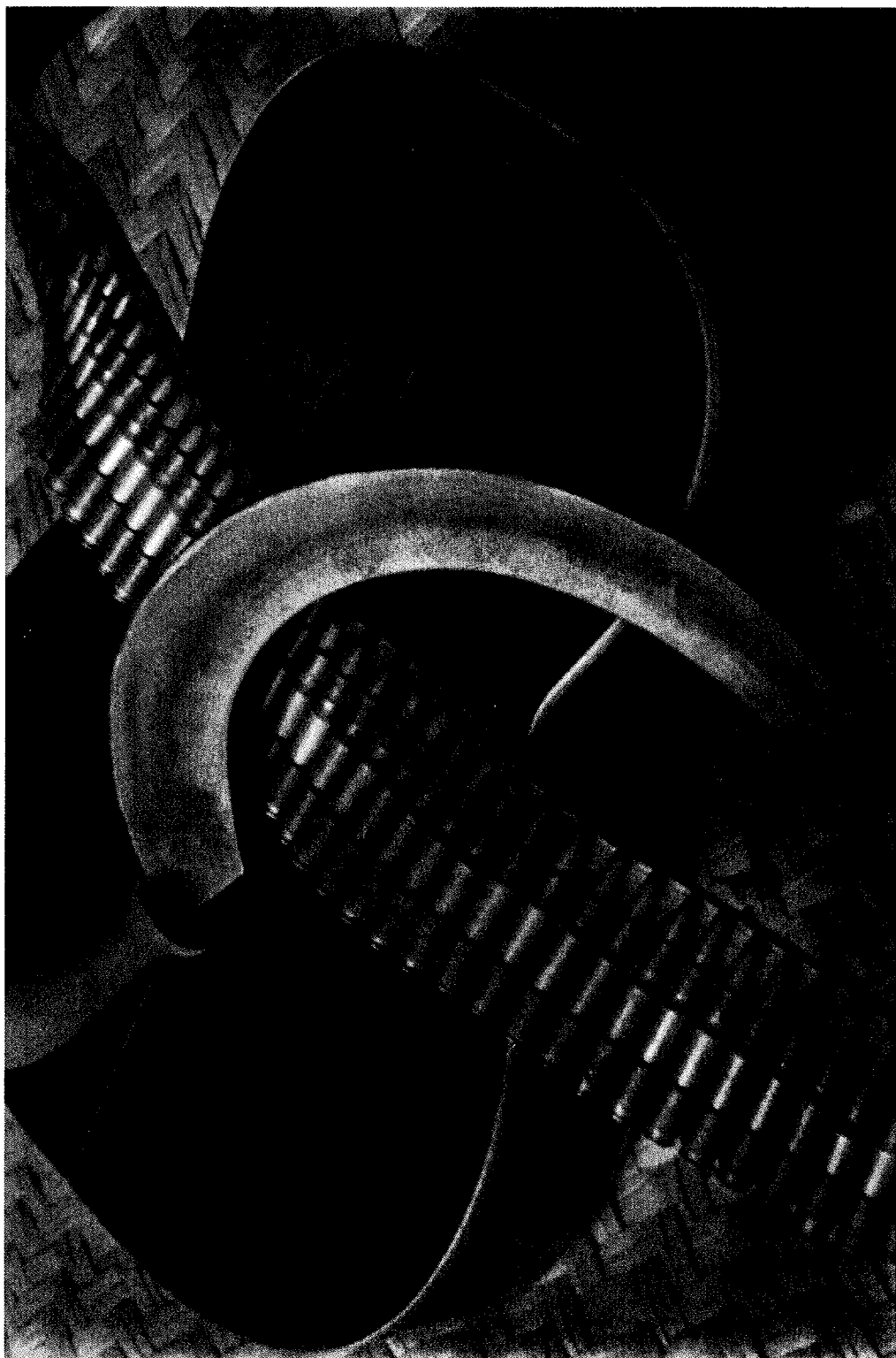
des Präsidenten Tudjman den Schutz einer europäischen Friedenstruppe anfordern könnte. Damit wäre die Möglichkeit für eine Intervention der Europäischen Gemeinschaft in Jugoslawien gegeben. Aber wie sollte sie aussehen?

Ein Krieg mit der serbisch dominierten jugoslawischen Volksarmee wäre weiß Gott kein „Blauhelmeinsatz“. Haben sich unsere Groß-Strategen schon einmal überlegt, woher sie wie schnell eine entsprechende Eingreiftruppe herbekommen wollten? Und haben die deutschen Mitglieder dieses imaginären Großen Krisenstabes einmal darüber nachgedacht, was es bedeuten würde, wenn einer solchen Eingreiftruppe deutsche Soldaten angehörten? Gibt es wirklich Verrückte in Deutschland, die – 50 Jahre, nachdem Adolf Hitler in Kroatien den schrecklichen Diktator Ante Pavelic etabliert hat – Deutsche wieder gegen Serben marschieren lassen wollten? Mit all den Chancen für die serbischen Hardliner, die alten anti-deutschen Ressentiments (die ja nicht grundlos waren) für einen rabiaten serbischen Nationalismus zu instrumentalisieren?

Wer im übrigen von europäischen Interventionen träumt, muß konsequenterweise für eine Verteidigungs-Identität der Europäischen Gemeinschaft eintreten. Sonst passiert genau das, was Klaus Bloemer in einem zugegebenermaßen scharfen, aber auch scharfsichtigen Kommentar („Deutsch-atlantische Kumpanei“) an die Wand malt: Wenn Europa machtlos bleibt, wird die NATO (unter Führung der USA) das Geschäft besorgen. Könnte es sein, daß sich die Europäer in einem oder zwei Jahren danach sehnen, daß ein General Schwarzkopf in Zagreb oder Belgrad auftaucht? Einfach weil mitten in Europa Mord und Totschlag herrscht und die Europäer unfähig wären, dem Einhalt zu gebieten? Ob es da nicht besser wäre, noch einmal rasch – in den Bahnen von Jacques Delors – über eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft nachzudenken?

Ja ja, wir Deutschen stehen vor großen Perspektiven, um nicht zu sagen: vor großen Problemen. Deswegen beginnen wir mit einer von Zeit zu Zeit fortzuführenden Kolumne: „Aus dem Wörterbuch des wiedervereinigten Deutschland“. Diesmal geht es um die Begriffe „Normalisierung“ und „Sonderweg“, über die wir schon mehrfach räsoniert haben.

Peter Glotz



Tina Modetti, 1927

Foto: Electa/Klett-Cotta

GERHARD SCHMID

Die Quadratur des jugoslawischen Kreises

Die Nachrichten vom Balkan beschäftigen wieder einmal die Welt. Großkriegsträchtig sind sie diesmal nicht – aber auch das Sterben im kleinen Krieg ist schlimm genug. Manche bei uns werfen jetzt die Pläne für ein postnationalistisches Gesamteuropa in den Papierkorb. Integration sei angesichts des neuen Nationalismus der sich befreienden Völker nur in Westeuropa möglich, Jugoslawien sei der schlagende Beweis! Diesem Fatalismus widerspreche ich energisch.

Der sogenannte neue Nationalismus ist keineswegs taufrisch. Er verkörpert altes Denken, das im Tiefkühlfach überdauert hat. Das Verliebtsein in den Kleinstaat ist wahrlich nicht auf der Höhe der Zeit. Die Wirtschaft entfaltet sich längst in größeren Einheiten. Nur einen mechanischen Materialisten kann es wundern, daß sich der ökonomische Prozeß nicht wie eine Photographie im Kopf der Menschen abbildet. Der dialektische Materialist Ernst Bloch weiß um das Auseinanderfallen von Ökonomie und Bewußtsein, wenn er es in *Erbschaft dieser Zeit* mit dem Begriff der Ungleichzeitigkeit benennt.

Warum sind die Völker Jugoslawiens ungleichzeitig? Gesamtjugoslawien ist nicht das Ergebnis eines historischen Wachstumsprozesses. Das 1918 aus den Ruinen der Habsburger Monarchie und des Osmanischen Reiches geformte »Vereinigte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« hat die Nationen auf dem Balkan nicht dauerhaft in einer neuen Struktur im Hegelschen Sinne aufgehoben. Von Anfang an tobte der Streit zwischen den Zentralisten und den Föderalisten und zwischen den national orientierten politischen Gruppen. Als 1929 der jugoslawische König das Parlament auflöst, beruht der Gesamtstaat nicht auf einem Konsens, sondern er überlebt als monarchistisches Machtdiktat. Tito hat den König beerbt – eine gesamtjugoslawische Identität ist auch in seiner Zeit nicht gewachsen. Bei der Volkszählung von 1981 haben nur 5,3 % der Befragten ihre Nationalität als jugoslawisch angegeben – der Rest bezeichnete sich als serbisch, kroatisch oder einem der anderen in Jugoslawien eingebundenen Völker zugehörig. Der Serbenführer

Slobodan Milosevic hat sicher recht, wenn er erklärt: »Bis Titos Tod war es nicht das System, das funktionierte, sondern es war Tito, der funktionierte.«

Die Europäische Gemeinschaft hat diese Wahrheit sehr spät begriffen. Sie wollte Jugoslawien in seiner bisherigen Form von außen stabilisieren, durch Wirtschaftshilfe und mit der diplomatischen Drohung, daß nur ein Gesamtstaat Mitglied der EG werden könne. Die EG-Außenminister haben nicht wahrhaben wollen, daß sich ohne eine verbindende Klammer die Desintegration gegen alle politische Vernunft und ökonomische Logik ihre Bahn brechen würde. Die EG-Troika glich in der Jugoslawienfrage einer europäischen Inkarnation der drei indischen Affen: nichts hören, nichts sehen und nichts riechen!

Natürlich läßt sich trefflich argumentieren, daß eine Auflösung der jugoslawischen Föderation im Gegensatz zur Einigung Gesamteuropas steht. Und es stimmt, daß ein zerfallendes Jugoslawien mit libanesischen Verhältnissen Fernwirkungen für die Sicherheit in ganz Europa haben kann. Wahr ist aber auch: ein Staat, der nur noch mit Gewalt von innen und massivem Druck von außen zusammengehalten würde, bliebe ein dauernder Krisenherd. Wer dies nicht wahrhaben will, muß wissen: der Sand, in den er den Kopf steckt, wimmelt von »neuen« Nationalismen! Das Nachholen der Geschichte läßt sich durch nichts ersetzen. Aber beim Abkürzen der Lernprozedur kann man von außen helfen.

Wer eine Libanisierung des Balkans nicht will, muß seine Europäisierung vorantreiben. Gesamteuropa kann aber nur gebaut werden, wenn die Nation als tragendes Element der Konstruktion eingeplant ist. Die Nation ist etwas Normales. Sie entspricht dem Bedürfnis der Menschen nach Heimat und Gruppenbildung. Das Schlimme ist nicht die Existenz der Nationen, sondern der Irrtum, nur jeweils eine könne unter dem Dach eines Staates leben, der zu den Klängen seiner Hymne alle anderen innen und außen plattwalzt. Der Nationalstaat war zu oft Blutstaat und zu selten Kulturstaat, als daß er ein Modell für die Zukunft sein kann.

Die Nation als Gruppenbegriff ist damit keineswegs obsolet geworden. Sie muß aber neu gestaltet und davon befreit werden, daß nur ein Nationalstaat alten Zuschnitts ihr Ausdruck verleihen kann. Noch ist sie in einer singulären Figur aus Blut und Eisen aufgehoben. Ihre Zukunft ist die russische Puppe: die Nation in der Nation in der Nation! Gemeinden, Regionen, Landschaften sind Nation. Bayern, Kalabrien, Slowenien, Serbien, die Bretagne oder Schottland sind ebenfalls Nation. Europa wird auch ein Teil von Nation sein!

Die Umwandlung einiger Teilrepubliken der jugoslawischen Föderation in autonome Staaten wird niemand anhalten können. Gegen den Wind der Geschichte läßt sich schwer Klavierspielen. Ob daraus ein Balkan von abgeschotteten und sich bekriegenden Nationalstaaten alten Zuschnitts wird, ist aber nicht schicksalhaft, sondern beeinflusbar. Die Europäische Gemeinschaft hat es in der Hand, von vornherein die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit dieser neuen Staaten zu fördern.

Mit dem alten Instrumentenkasten läßt sich das erfolgreich nicht bewerkstelligen. Die bis-

herigen Bemühungen der Troika für einen Waffenstillstand und die Entsendung von EG-Beobachtern sind sicher richtige Schritte, um Verhandlungen über ein neues Verhältnis zueinander innerhalb der jugoslawischen Föderation eine Chance zu geben. Sie greifen aber zu kurz, weil sie nur auf Schadensbegrenzung angelegt sind. Die EG muß ihre Außenpolitik gegenüber Jugoslawien radikal neu überdenken. Wer jetzt gestalten will, muß mit Verkrampfung und Illusionen aufräumen.

Daß die Gemeinschaft als neutrale Instanz und als Schlichter von allen akzeptiert wird, ist eine große Chance. Diese Rolle wird noch glaubwürdiger, wenn von vornherein die eigenen Interessen nicht verdeckt sind, sondern offenliegen. Das Engagement der EG wird für alle Beteiligten berechenbarer, wenn klar ist:

– Nur ein ungestörter und einfacher Transitverkehr erhält die Verbindung Griechenlands mit dem Rest der Gemeinschaft. Mehrfache Grenzkontrollen mit Wartezeiten bedeuten den Tod für den Standort Griechenland im EG-Binnenmarkt.

Slowenen verabschieden die jugoslawischen Panzer

Foto: dpa



- Nur ein funktionierender jugoslawischer Binnenmarkt wird zu wirtschaftlich lebensfähigen Einheiten führen, mit denen die Gemeinschaft über eine weitere Marktöffnung und sinnvolle Wirtschaftshilfe verhandeln kann.

- Nur eine friedliche Lösung, die ein anteiliges Übernehmen der Altschulden einschließt, kann zu der erforderlichen Zusammenarbeit führen.

- Nur eine entsprechende Behandlung der eigenen nationalen Minderheiten im neuen Staat kann die Grundlage für eine Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechts nach den KSZE-Regeln sein; das Pariser Abkommen ist unteilbar.

Die Einwirkungsmöglichkeit der Europäischen Gemeinschaft wird sich dramatisch erhöhen, wenn sie diese Forderungen an ein weitgehendes Angebot der Zusammenarbeit in Form von Assoziationsverträgen koppelt. Das Angebot muß für alle Beteiligten gelten und darf keinen bevorzugen. Bestandteil solcher Verträge wäre nicht nur das Verhältnis zwischen der EG und dem Partner, sondern auch ein Regelwerk für dessen Umgang mit den Nachbarn, die ebenfalls einen Vertrag mit der Gemeinschaft haben. Es geht dabei nicht um ein neues Zwangskorsett für junge Staaten. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, eine längerfristig ohnehin unausweichliche Zusammenarbeit schneller zu organisieren, damit Um- und Irrwege abgekürzt werden.

ZORAN DJINDJIĆ

Jugoslawien – ein unerwünschter Staat

Von außen betrachtet, sieht das Jugoslawienproblem ziemlich einfach aus. Wenn es stimmt, daß die politische Neuzeit Europas in dem Selbstbestimmungs- und Autonomierecht gründet, dann ist die Entscheidung Sloweniens und Kroatiens, den eigenen unabhängigen Staat anzustreben, eine simple Form der Verwirklichung dieses Rechts. Die ernsthaften Schwierigkeiten, ist man geneigt zu glauben,

entstehen erst in der praktischen Durchführung des an sich legitimen Vorhabens. Die konservative westeuropäische Status-quo-Politik in bezug auf die staatliche und territoriale Integrität Jugoslawiens einerseits, die serbische hegemoniale Politik andererseits, wäre die Schere, die die Völkerwünsche zu zerstückeln drohe. Die Wahnsinnsmaschine, glauben die meisten Politiker und Fernsehzuschauer, sei vor allem in Kroatien am Werk.

Leider ist im Fall Jugoslawiens nichts klar. Nicht einmal das einfache Prinzip des Selbstbestimmungsrechts. Natürlich kann man gerechtfertigterweise den Willen des kroatischen, slowenischen usw. Volkes unterstützen, nicht mehr in Jugoslawien leben zu wollen. Der Schönheitsfehler liegt darin, daß in dem jetzigen Kroatien eine nicht geringe serbische Volksgruppe lebt, in Bosnien und Herzegowina gleich drei (Moslems, Serben und Kroaten), in Serbien über eine Million Albaner und fast eine halbe Million Ungarn, in Mazedonien eine halbe Million Albaner usw. In dem Augenblick also, in welchem das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt, gibt es kein Jugoslawien, aber auch kein Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Mazedonien mehr. Es gibt nur Völker, die ihre nationale Identität in eine staatliche zu transferieren versuchen.

In einer solchen Neuformierung müßten die Kroaten auf die Territorien verzichten, auf welchen die serbische Volksgruppe mehrheitlich lebt, die Serben auf albanisch bewohntes Kosowo und wahrscheinlich ein Stück Vojwodina, Mazedonien müßte gleich die Hälfte seines Territoriums an Albanien abtreten, bis am Ende eine Menge kleiner ethnischer Staaten oder Mächtegegnstaaten entstanden sind. Manche nennen das die Kettenreaktion. Das Wort erinnert an die Atomphysik. Den Bürgern Jugoslawiens ist die gefährliche Begriffsnähe sehr wohl vertraut.

Die Entwicklung

Stimmt diese düstere Beschreibung überhaupt? Werden tatsächlich alle Völker in heillose Bewegung geraten? Kann man die gefürchtete Kettenreaktion nicht in einer ihrer Phasen abbrechen, so z. B. daß die jetzigen Republiken zu Staaten erklärt werden? Diese Fragen sind überflüssig. Sollte es zu einer Auflösung Jugoslawiens kommen, ist die Kettenreaktion nicht zu stoppen. Im Augenblick gibt es in Jugoslawien buchstäblich keine Volksgruppe, die keinen eigenen Staat will. Ist die ethnische Homogenisierung bis zu den kleinsten territorialen Einheiten hin eine normale Folge des demokratischen



Bundesarmee auf dem Vormarsch nach Slowenien

Foto: dpa

tischen Selbstbestimmungsrechts, oder vielmehr ein Resultat der kontingenten Entwicklung, d. h. den nicht notwendigen Fehlern in dieser Entwicklung?

Eine Lockerung des Zentralstaates begann in Jugoslawien mit der konföderalen Verfassung von 1974. Es sind vornehmlich zwei Prozesse, die dafür gesorgt haben, daß die allmähliche Dezentralisierung die Gestalt eines unkontrollierten Zerfalls angenommen hat.

1. In dem letzten Jahrzehnt, vor allem nach 1985, entstand ein Vakuum zwischen dem Autoritäts- und Machtverlust der Zentralregierung und der geringen Stabilisierungskraft der lokalen Regierungen. In den multinationalen Gemeinschaften sind präzise Regelungen und Vereinbarungen notwendig, damit das Vertrauen nicht gefährdet wird. Der Souveränitätstransfer von dem jugoslawischen Staat auf die Republikstaaten war nicht von einem Ausbau der demokratischen Institutionen für die Konflikt- und Interessensregelung begleitet.

2. Mit den ersten freien Wahlen nach dem Krieg (1990) siegten die nationalen, nicht die bürgerlichen Parteien. Der Grund dafür liegt in dem Umstand, daß nach 50 Jahren Kommunismus eine Kommunikation über politische Wert-

systeme äußerst schwierig war. Demgegenüber bietet sich die ethnische Zugehörigkeit als ein einfacher Kommunikationscode an, sozusagen als eine natürliche Organisation, als ein Ersatz für eine Partei, deren Ausbau sehr bedingungsreich ist.

Beide Faktoren ergeben die jetzige explosive Mischung. Der Mangel an überzeugenden demokratischen Schutzinstitutionen und die Deutung des Autonomierechts im Sinne voller ethnischer Souveränität veranlaßte die Volksgruppen und Minderheiten, mit der Forderung nach einer eigenen Souveränität zu antworten. An die demokratischen Schutzmittel glaubt heutzutage in Jugoslawien niemand. Die uneingeschränkte Souveränität erscheint als einzige wirksame Medizin. Nicht die Gesetze, die Mauer um das eigene Haus schützen am besten!

Die Perspektive

Einmal geweckt, ist die Hoffnung auf einen eigenen Staat schwer zurückzuschrauben. Die Angst der Minderheiten um ihre Rechte stand am Anfang (wobei sich in Jugoslawien alle als Minderheiten empfinden, manchmal sogar zweifach – Serben, Kroaten usw. in Jugosla-

wien, dann Serben in Kroatien und Bosnien, Kroaten in Bosnien und Serbien usw.). Im Laufe der Zeit hat diese berechtigte Angst unbemerkt eine »dialektische« Transformation erlebt: Die Selbstbestimmung ist vom Schutzmittel zum Zweck geworden. Niemand denkt mehr an die Anfänge der Argumentation, vor 5–6 Jahren, als noch die Rede war von einer glaubwürdigen Sicherung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Rechte gegen einen autoritären Staat. Jeder will jetzt seinen eigenen Staat. Lieber einen eigenen, auch wenn er zunächst einmal diktatorisch sein muß, als den gemeinsamen, wie demokratisch er auch immer sein mag.

Jugoslawien wird im Augenblick von niemandem gewollt. Die Slowenen sind fest entschlossen, in das folgenreichste Jahr 1992 als ein unabhängiger Staat einzutreten. Von einem Jugoslawien der unterschiedlichen Geschwindigkeiten halten sie nichts. Dasselbe Ziel haben sich die Kroaten gesetzt, – bloß daß ihr Gepäck, die serbische Volksgruppe, die Geschwindigkeit mindert und womöglich die Reise selbst gefährden könnte. Die Serben sind inzwischen zu den

großen Jugoslawienhassern geworden. Viele unter ihnen vergessen gerne, daß sie Titos treue Diener und die Wachhunde des repressiven Staates waren und entdecken ihre späte Liebe für einen unabhängigen serbischen Staat, womöglich noch unter einem König!

Kein Mensch will den gemeinsamen Staat. Selbst seine Idee wird verpönt. Die Kroaten deuten sie als einen schlecht verdeckten serbischen Hegemonieanspruch; die Serben vermuten, daß die jugoslawische Idee der Nachkriegszeit ein Mittel war, den Völkermord an den Serben im faschistischen kroatischen Staat zu vertuschen und zu verdrängen.

Die Entwicklung in Richtung nationaler Integration über die Republikgrenzen hinaus scheint im Augenblick unmöglich zu stoppen zu sein. Alle Serben streben eine »Schicksalsgemeinschaft« an, alle Moslems, alle Kroaten ebenso. Man kann dies als vormodern, irrational, wirtschaftlich unhaltbar und wie auch immer anprangern, niemand hört jedoch zu. Der Unterschied zwischen den nationalistischen Eliten liegt nur darin, daß einige ihr Ziel offen, die anderen es eher versteckt verfolgen.

Jugoslawische Armee auf dem Weg nach Kroatien

Foto: dpa



Die entscheidende Frage ist nun, ob diese ethnischen »Schicksalsgemeinschaften« zu den regelrechten Staaten werden können und zu welchem Preis, für sich und für die Umgebung. Falls der Krieg als Preis einkalkuliert wird, wer wird sich an ihm beteiligen (alle oder nur einige?), wie lange wird er dauern, wie wird sein Ergebnis aussehen? Die politischen Eliten in Jugoslawien bleiben die Antwort schuldig. Es scheint, als ob sie auf eine naturwüchsige Entwicklung hoffen, die spontan einen Staat zerstört und daraus mehrere Staaten formt. Selbstverständlich hat jede der vier bis sechs konkurrierenden Eliten jeweils eigene Landkarten in der Tasche. Mit blindem Optimismus verzichten sie auf eine Kosten-Nutzen-Analyse und vertrauen auf die Spontaneität der Entwicklung.

Die Haltung des Westens kann man nicht als besonders angemessen bezeichnen. Die überstaatlichen westeuropäischen Einrichtungen haben in den letzten Jahren zu wenig getan, um in Jugoslawien ein effektives Gegengewicht zum destruktiven Nationalismus zu schaffen. Es versteht sich von selbst, daß das Gegengewicht nur in den nichtoffiziellen, privaten, wirtschaftlichen Interessengruppen gefunden werden kann. Nur wenn die Menschen in ihrem Lebensunterhalt unabhängig werden von der politischen Macht, nur wenn sie Privatinitiativen entfalten können, werden sie gegen eine Blut-und-Boden-Ideologie relativ immun. Die Wirtschaftshilfe vom Westen war zwar nicht gering, floß jedoch in die falsche Richtung. Die Schaltstelle waren die lokalen Machthaber, die mit den westlichen Krediten die Loyalität erkaufen und die staatliche Wirtschaft als eine Riesensozialanstalt am Leben hielten. Statt dessen hätte man von Anfang an nur die konkreten Projekte in der Privatwirtschaft finanzieren sollen.

Im Augenblick sind die Aussichten gering, daß nach einem kräftigen Beben die politische Landschaft auf dem Balkan zur Ruhe kommt. Die ethnische Konsolidierung schreitet unhaltbar voran, ohne jedoch von den ausreichenden staatsbildenden Kapazitäten begleitet zu werden. Die eventuellen neuen sechs unabhängigen Pseudostaaten wären keine festen Gebilde, sondern eher Zeitbomben in Europa. Und doch ist diese Entwicklung zum größten Teil irreversibel. Die Souveränitätsübertragung von Jugoslawien auf die Republiken ist beinahe abgeschlossen und wird freiwillig nicht rückgängig gemacht.

Die Chance, die wilde Fahrt des Balkankarussells unter Kontrolle zu bringen, besteht weder in dem aussichtslosen Versuch, die ethni-

sche Integration über die Republikgrenzen hinaus zu verneinen, noch in einer Kurzschlußanerkennung der jetzigen Republiken als unabhängige Staaten. Der Zentralstaat existiert nicht mehr. Die Republiken sind jedoch nicht die letzten Einheiten, in welche der Staat zerfallen ist. Die Völker konkurrieren mit den Republiken und stellen offen deren territorialen Status in Frage. Eine endgültige territoriale Neuordnung ist wegen der ethnischen Heterogenität kaum vorstellbar. Daher wäre es politisch ratsam, ein staatliches Provisorium anzustreben. In ihm würden nicht die heutigen Republiken die einzigen Bestandteile sein. Es würde zum Teil aus neuen Formationen bestehen, die Folge des ethnisch-nationalen Erdbebens sind. Alle ethnisch abgeschlossenen Gebiete sollten in diesem Staat eine weitreichende Autonomie besitzen. Da aber den meisten von ihnen die »Staatsfähigkeiten« fehlen, müßten sie einen, wenn auch ungewollten, gemeinsamen Staat dulden. Die einzige Ausnahme ist wahrscheinlich Slowenien, wo sich die ethnischen und territorialen Grenzen fast völlig decken, d. h. wo die elementaren Bedingungen für eine staatliche Existenz gegeben sind.

Dadurch würde wiederum ein Staat in die Welt gesetzt, den niemand mag, ein Staat als das kleinere Übel. Vielleicht läge darin seine Lebensfähigkeit? In der Theorie des Liberalismus gibt es eine Erklärung von Gesellschaft, die den Kommunisten der größte Dorn im Auge war. Demnach verfolgt in einer Gesellschaft jedes Mitglied nur seine eigenen Interessen, wobei sich das gemeinsame Interesse von selbst ergibt. Die Kommunisten wollten das gemeinsame Interesse im voraus gesichert haben, so daß die einzelnen Interessen sich dem allgemeinen fügen. Das Jugoslawien als gemeinsames Interesse war in seiner bisherigen Geschichte immer ein Zielpunkt irgendeiner Berufung gewesen. Immer hat sich ein Volk, eine Partei oder eine Institution berufen gefühlt, den gemeinsamen *Staat* stärker als die anderen Völker, Parteien usw. zu schützen. Zum ersten Mal ist diese fragwürdige Berufung verschwunden. Vielleicht ist dies eine gesunde Verhandlungsgrundlage?

GESPRÄCH MIT GYÖRGY KONRÁD

»Die Gelder der EG schaffen keine Kultur«

György Konrád, geb. 1933, Schriftsteller und PEN-Präsident, ist Ehrenvorsitzender des SzDSz (Bund freier Demokraten) in Ungarn. Seine wichtigsten Veröffentlichungen sind »Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht« (zus. mit Ivan Szelényi), Frankfurt a. M. 1978; »Antipolitik«, Frankfurt a. M. 1985; »Der Besucher« (Roman), Frankfurt a. M. 1978; »Der Komplize« (Roman), Frankfurt a. M. 1980; »Geisterfest« (Roman), Frankfurt a. M. 1986. Im Herbst wird sein neuer Roman »Melinda und Dragoman« in der deutschen Übersetzung von Hans-Henning Paetzke erscheinen. Im Oktober erhält Konrád den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Das Gespräch führte Ulrike Ackermann im Juli in Budapest.

Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht ist eine theoretische Rekonstruktion der Klassenverhältnisse im realen Sozialismus. In ihrem wissenssoziologischen Ansatz – in Anknüpfung an Max Weber, Karl Polanyi und Karl Marx – beschreiben Konrád und Szeleňyi den Weg der Intelligenz zur eigentlich herrschenden Klassenmacht über das Proletariat. Während der Arbeiten an dem Buch wurden beide einige Wochen inhaftiert, ihnen wurde die Ausreise aus Ungarn nahegelegt. Konrád blieb in Ungarn, Szelényi ging damals nach Australien. Seit Erscheinen des Buches 1978 haben sich die Verhältnisse in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion radikal verändert.

Die oppositionellen Intellektuellen haben in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR vor und während der revolutionären Umbrüche unterschiedlich agiert. Was sie jedoch über die Grenzen hinweg einte, waren Elemente eines *antitotalitären* Programms. Konráds *Antipolitik* (bei uns 1984 erschienen) spielte in den damaligen Debatten eine ebenso große Rolle wie die *Civil Society*. Antiautoritäre, antietatistische und libertäre Orientierungen prägten die damaligen Diskussions- und Arbeitszusammenhänge. Diese Dissidenz war die erste, die damals öffentlich mit ihren Namen unterzeichnete, nicht nur Aufrufe und Flugblätter, sondern Artikel, die in unterschiedlichsten Publikationsorganen erschienen. (U. A.)

György Konrád: Man stand dafür, was man gesagt hatte. Vielleicht war diese Haltung das Wichtigste, weil sie beängstigend für die Polizei war. Eine unzensurierte Sprache kam in die Öffentlichkeit, in Zusammenarbeit mit den anderen Kollegen in Polen und der Tschechoslowakei. Es gibt magische Wörter, die vormals als Phantom im Untergrund existierten und sich Zug um Zug im offiziellen Vokabular ihre Wege brechen. Am Ende war so ein Wort das Mehrparteiensystem. In der offiziellen Presse war es erst ein Schimpfwort, es existierte als Alptraum und tauchte immer häufiger auf. . . . Es quälte die politische Bürokratie immer stärker, und sie verlor damit ihre innere ideologische Sicherheit, die sie doch zu ihrer rigiden Herrschaft brauchte. Sie war nicht mehr mutig genug, wirklich repressive Maßnahmen zu ergreifen.

Die jungen Leute in der Gesellschaft interessierten sich immer mehr für ihre eigene Geschichte, Forderungen wie, das Land solle souverän werden, Austritt aus dem Warschauer Pakt, freie Wahlen wurden immer lauter. Die politische Bürokratie mußte sich mit ihrer Rhetorik an diese neuen Forderungen anpassen. Selbst die alljährlich stetige Steigerung des Lebensniveaus der Bevölkerung war nicht mehr zu sichern, weil die Regierung höhere Kredite aufnehmen mußte.

Der Bankrott der Wirtschaft war nicht mehr zu leugnen. Die politische Bürokratie konnte ihr Handeln nicht mehr rechtfertigen, und darum haben sie das Spiel aufgegeben. Unter der Bedingung allerdings, daß es keine blutige und gewaltsame Revolution geben würde, sondern eine konstitutionelle Weiterentwicklung, eine strukturelle Reform.

Begriffe wie Profit, Markt und unternehmerische Mentalität hatten ihren Platz in der öffentlichen Sprache gefunden. Dies ging einher mit der Herausbildung einer recht breiten Schicht von Kleinunternehmern und Kleinbürgern, vom Staat relativ unabhängige Menschen, die selbst mit dem Samizdat verbunden waren. Die internationalen Beziehungen der Oppositionen der verschiedenen osteuropäischen Länder waren in dieser Entwicklung sehr wichtig.

NG/FH: Ein regelrechtes Netzwerk existierte in Osteuropa . . .



György Konrád

Foto: Suhrkamp / Pohlmann

György Konrád: ... ja, auch ein elektronisches Netzwerk. Es mußte nicht unbedingt persönlich sein. Mit Adam Michnik haben wir uns mehrere Male getroffen, mit vielen, aber wir wußten von einander und unsere Texte waren im Umlauf. Wir waren uns klar darüber, daß dieses Netz ebenso wichtig war und eine Rolle gespielt hat wie die allgemeine Wirtschaftskrise des Systems, die allgemein militärisch-politische Krise des sowjetischen Blocks.

NG/FH: Mit den Revolutionen von 1989 ist plötzlich ein erheblicher Teil der ehemals dissidenten Intellektuellen in Regierungsfunktion gelangt, zu Trägern des Staates geworden. Das spezifische Dilemma dieser Leute insbesondere in der Tschechoslowakei – besteht doch nun aber darin, Macht auszuüben und zugleich die Verwirklichung von Emanzipation und Teilnahme aller an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu fördern. Wem fühlen sich diese Intellektuellen heute verpflichtet?

György Konrád: Zunächst möchte ich über Personen sprechen, die heute in politischen Machtpositionen sind. Wenn ich mir ihre Arbeit anschau, dann sehe ich, daß sie von früh bis spät arbeiten. Sie sind vollkommen imprägniert mit ihren politischen Problemen, weil sie so groß, so vielfältig sind. Man kann wohl sagen, daß sie nicht sehr erfolgreiche Politiker sind,

wenn wir die von Ihnen genannten Ziele als Kriterium anlegen, selbst die Administration in diesen Staaten hat keine wirklich guten und funktionierenden Traditionen. In der Lage des Zerfalls, der galoppierenden Inflation, ist selbst die Aufgabe, das Schiff so zu manövrieren, daß es nicht sinkt, schon eine große Kunst für alle. Sie sind wirklich keine Berufspolitiker.

NG/FH: In der Dissidenz haben sich aus bekannten Gründen keine Berufspolitiker im klassischen Sinne befunden. Gleichmaßen sind durch die Revolutionen genau jene Intellektuellen in die politische Verantwortung hineingeraeten, die jetzt Realpolitik unter Bedingungen machen müssen, vor denen westliche Berufspolitiker vermutlich schnellstens weglaufen würden. Adam Michnik hat jüngst gesagt – er ist ja mittlerweile selbst Parlamentsabgeordneter und Chefredakteur der GAZETA WYBORCZA –, daß die ehemaligen Dissidenten Angst vor der Verantwortung hätten.

György Konrád: Der Politiker muß irgendeinen Konsens für seine realen Handlungsmöglichkeiten schaffen und muß diese Handlungen rechtfertigen. Wenn er das nicht tut, ist er ein schlechter Politiker. Ein Intellektueller hingegen muß unabhängig von allen konsensualen Rechtfertigungen ein kritisches Verstehen praktizieren und nur in seinem Namen sprechen. Wenn ich an einem Tisch sitze, schreibe ich nur in meinem eigenen Namen. Ich habe keine Wähler, die meine Feder führen. Man kann diese zwei Denk- und Handlungsformen nicht täglich wechseln – vormittags bist du Politiker, nachmittags bist du Schriftsteller, abends bist du ein zurückhaltender Beobachter dessen, was du alles an diesem Tag gemacht hast. Das ist psychisch unmöglich. Du hast die Wahl: entweder – oder. Wer sich dafür entschieden hat, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen, der muß das für seine Person als vollkommene Rolle wahrnehmen und zu dieser Entscheidung stehen.

NG/FH: Wer hätte denn die politische Verantwortung in dieser Vakuumssituation übernehmen sollen? Es gab keine Parteien!

György Konrád: Ja, es gab niemanden. Es gab eine allgemeine Suche nach authentischen Personen, so hat man es hier genannt. Personen, die bereits früher das sagten, was sie heute sagen, von denen bekannt ist, daß sie keine beruflichen Lügner sind.

NG/FH: Wobei sich mittlerweile herausgestellt hat, daß Moral alleine natürlich nicht die realpolitischen Probleme lösen kann.

György Konrád: Ja, aber wenn man wählt, dann entscheidet man sich für Gesichter, zu denen man Vertrauen hat. – Dann kam die



Die effektivste Kommunikationstechnik aller Zeiten
bleibt unter uns: Das Gespräch.

Die WestLB nimmt
die Beratung ihrer Kunden
höchst persönlich.

Moderne Kommunikations-
technik ist heute das obligato-
rische Instrument, Entschei-
dungen vorzubereiten. Betrof-
fen aber werden sie persönlich.

Darum pflegt die WestLB mit
ihren Kunden Beratungsquali-
tät im klassischen Sinne: das
Gespräch unter vier Augen.

Es muß gerade im Zeitalter
wachsender Technisierung
wieder an Bedeutung gewin-
nen. Zum Vorsprung schneller
Informationsbeschaffung

kommen Zeit und Nähe, die
der Berater einer kompakten
Universalbank wie der WestLB
für seine Kunden hat. Da er
sich auf seine Gesprächspart-
ner voll konzentrieren
kann, kommt für sie etwas
Entscheidendes heraus:
schnelle Entscheidungen.



WestLB

Die Westdeutsche Landesbank

Machtpolitik und die Parteipolitik, und viele sind heute enttäuscht. Aber ich teile diese allgemeine Enttäuschung nicht.

NG/FH: Viele Künstler, Schriftsteller und Denker sind bereits an ihre angestammten alten »Arbeitsplätze« zurückgekehrt. Gleichermaßen hat sich in neuerwachten Zeiten des Nationalismus, der Fremdenfeindlichkeit, Tendenzen des Antisemitismus in Osteuropa auch wieder eine Intellektuellenfeindlichkeit breitgemacht. Mir scheint es, daß die ehemaligen Konstrukteure der Runden Tische, die »Revolutionäre von 1989«, namhafte Dissidenten ins politische Abseits gedrängt werden.

György Konrád: Das ist richtig. Wenngleich das nicht in allen Ländern der Fall ist. Aber es ist sicher, daß die liberaldemokratischen Intellektuellen nicht die Mehrheit in den Ländern haben. In der Tschechoslowakei und in Ungarn ist diese liberale und demokratische Tendenz allerdings noch sehr ausgeprägt. In Ungarn ist das die zweitgrößte Partei, SZDSZ und FIDESZ. Die nationalistischen, chauvinistischen, antisemitischen und demagogischen Stimmen haben in unseren Ländern übrigens keinen wirklich großen Erfolg.

NG/FH: Ist von der *Antipolitik*, die nicht nur Sie damals vertraten, noch etwas übriggeblieben, was sich nicht mit der real existierenden westlichen parlamentarischen Demokratie deckt – sozusagen ein Überschuß?

György Konrád: Ich denke, daß es auch in den westlichen Demokratien immer irgendwelche konsensualen Selbstzensuren gibt. Man kann eigentlich alles sagen und veröffentlichen. Aber man tut es trotzdem nicht. Warum nicht? Weil es Atmosphären gibt, in denen einige Gedanken unsinnig erscheinen, obwohl diese Gedanken vielleicht vollkommen realistische sind. Das habe ich z. B. oft in Deutschland bemerkt während der späten 70er und 80er Jahre. Wenn man damals über die Spaltung Europas, über diese Jalta-Probleme, über die Auflösung des Blocksystems, über nationale Fragen, über die deutsche Einheit und Spaltung, über weitgehende gesellschaftliche Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion gesprochen hat, war dies nicht sehr gern gesehen, als Träumeri wurde es belächelt. Man wurde Utopist genannt, wenn man dies als osteuropäischer Intellektueller vertrat. Sogenannte ernsthafte Fachleute und Experten haben derartige Dinge nicht

Milan Horacek, Rudi Dutschke und Jiri Pelikan während einer Solidaritätsveranstaltung für die Charta '77 in Frankfurt 1977.
Foto: dpa / Rehm



ernstgenommen. Darum war es für viele Politiker in Westeuropa und auch in der Bundesrepublik damals vollkommen realistisch und natürlich, daß sie die eigentlichen Sachkontakte mit den osteuropäischen Leuten pflegten, mit Personen, die heute schon allesamt im Ruhestand sind, die heute sicherlich keinerlei Beziehungen mehr pflegen würden. Diese Politik gründete in der Oberflächlichkeit einer Politologie, die ausschließlich die kremlinologischen Aspekte ernstgenommen hat, und die eigentlichen gesellschaftlichen Prozesse, die öffentliche Meinung, die Atmosphäre, und die Einschätzungen der Intelligenz nicht wirklich interessant fand.

NG/FH: Bis zum heutigen Tag zeigt sich das ja in dieser ausschließlichen Personenzentriertheit auf Gorbatschow, auf die Sowjetunion und das Zentrum in Moskau.

György Konrád: Ja. Das ist ein gewisser Snobismus.

NG/FH: War oder ist?

György Konrád: Ist natürlich –, ein gewisser Konformismus. Eine allzu große Ehre kommt den Machtkonzentrationen zu, die eigentlich oft nur Scheinkonzentrationen sind. So huldigt man eben oft einer imaginären Macht. Darum würde ich sagen, daß Dissidenten oder Antipolitiker, die politische allgemeine Stereotype infrage stellen, auch nützlich sind in den Vereinigten Staaten, in Westeuropa, überall. Und ich bin nicht sicher, daß diese Standpunkte als Parteien existieren müssen. Ich bin sogar sicher, daß sie das gar nicht dürfen.

NG/FH: Jene westeuropäischen oder auch westdeutschen Linken, die in den 70er und 80er Jahren mit großer Skepsis oder sogar Ablehnung den Bürgerbewegungen und Dissidenten in Osteuropa begegnet sind, haben damals im KOR (Bürgerkomitee in Polen) und der SOLIDARNOŚĆ die »fünfte Kolonne« des Papstes gesehen, die Vertreter der Charta '77 in der Tschechoslowakei waren für sie zum Teil spinnerte bürgerliche Idealisten. Einige westdeutsche Linke klopfen sich heute durchaus selbstgefällig auf die Schultern angesichts der Entwicklungen in Osteuropa: dem Nationalismus, Antisemitismus und diesem blindwütigen Antikommunismus. Sie halten dem Osten die zivilisatorischen Errungenschaften der westlichen Demokratie entgegen. Sie sehen gar die westlichen Werte vom Osten und seinen Bürgerinnen und Bürgern bedroht. Eine regelrechte Ostphobie greift um sich.

György Konrád: Ich habe jüngst auch bei meinen Freunden in Deutschland bemerkt, daß sie mit solch einer Reserviertheit über die Ostdeutschen sprechen, daß mir das irgendwie peinlich war. Ich finde auch in dieser Manie, überall



Adam Michnik 1981

Foto: dpa / Rolke

Stasi-Agenten zu finden und diese Stasi-Geschichten so hochzustilisieren, schon eine gewisse Stasi-Mentalität. Diese Suche im Verborgenen ist schon nicht mehr sehr weit entfernt von dieser Informanten-Psychologie. Es ist allzu leicht, mit moralischem Siegesgefühl über solche Leute zu triumphieren, die das Unglück hatten, in Städten und Dörfern unter sowjetischer Besatzung gelebt zu haben. Wären die sowjetischen Truppen weiter nach Westen vorgezogen, dann hätten wahrscheinlich viele der heutigen Westbürgerinnen und -bürger dasselbe Schicksal erlitten, ähnliche Attituden entwickelt.

NG/FH: Wobei unser Problem heute darin besteht, daß die Mauer zwar gefallen ist, aber die Spaltung, insbesondere die kulturellen Unterschiede in der Gesellschaft, die einerseits westlich und zur anderen Hälfte östlich orientiert war, jetzt erst zum Tragen kommt.

György Konrád: Es gibt endlich einen interessanten moralischen Konflikt in der deutschen Gesellschaft.

NG/FH: Wobei die gemeinsame Klammer auch die gemeinsame Geschichte des Faschismus ist. Die Weisen, wie Antifaschismus in Ostdeutschland im Unterschied zu Westdeutschland betrieben wurde, figurieren die Selbstbilder, die der östliche Teil und der westliche Teil Deutschlands jeweils von sich haben. Sie sind nicht zu-



Gdansk 1981

Foto: dpa

letzt auch Grundlage dafür, daß *vice versa* jeweils der eine Teil dem anderen Projektionsfläche war.

György Konrád: Alle diese Illusionen, die sich die westlichen Intellektuellen gemacht haben, die richtige Gesellschaft sei doch drüben, müßten endlich intellektuell aufgearbeitet werden.

NG/FH: Welchen Ort haben heute die Träume und Wünsche, die *zwischen* der notwendigen Realpolitik und dem unabhängigen Denken der Intellektuellen, die nun aus dem Zeitalter der großen Utopien gelernt haben, liegen?

György Konrád: Ich kann nicht einfach auf eine andere Welt zeigen, die eine Utopie für die hiesige wäre – auch nicht in den theoretischen Bilderbüchern, auch nicht geographisch. Utopien sind kleine Flecken im Leben, Momente, kleine Orte, ein Nachmittag – und dann am Morgen nicht mehr: so wie das Glück. Lebensformen, die immer individuell sind und nicht im Großkaufhaus zu erwerben sind. Ich möchte eine künstlerische Gesellschaft haben in der Zukunft, eine Gesellschaft, die selbst als ein Roman lebt, in der die Figuren wirklich Konturen haben, in der jede Person ein Gesicht hat, Menschen, die tatsächlich miteinander in Beziehungen stehen. Eine Gesellschaft, die nicht von bloßen Stereotypen beherrscht ist, stelle ich mir

vor, eine Gesellschaft der Individuen. Europa kann eigentlich nur – wenn wir eine dauerhafte Kultur schaffen wollen – das Werk der Individuen sein. Das ist eine sehr alte Utopie seit Beginn der europäischen Entwicklung. Wenn ich in einer ungarischen Kleinstadt bin, dann denke ich nicht, daß diese Leute sehr arm sind, *obwohl* sie arm sind und große Sorgen haben, die größer werden. Ich wünsche mir, daß meine Landsleute ein wenig mutiger werden, ihre Schüchternheit, ihren Neid und ihre Angst überwinden.

NG/FH: Aber das ist bei uns in Deutschland gerade das Problem. Der Grund dafür, weswegen viele im Westen z. T. eine regelrechte Aversion gegenüber den Menschen aus den neuen deutschen Ländern entwickelt haben. Sie meinen, eine Haltung der Untertänigkeit, des sich Versteckens, des gebeugten Rückens zu sehen. Der aufrechte Gang – wenn man dieses alte Wort verwenden will – ist deshalb bei uns Thema geworden, weil scheinbar zwei verschiedene »Gehweisen« aufeinander prallen.

György Konrád: Es ist die Frage, ob der Glückliche den anderen, der weniger glücklich war, der Pech gehabt hat, verachten soll. Muß man den Pechinhaber auch hassen?

NG/FH: Wir sprechen zwar die gleiche Sprache, aber in unserem Habitus, unseren Gewohnheiten, bis in Äußerlichkeiten der Wohnungseinrichtung hinein, haben Westdeutsche oft den Eindruck, daß ihnen die 50er und 60er Jahre entgegenkommen. D. h., daß ihnen auch ein Stück ihrer eigenen Geschichte begegnet.

György Konrád: Nun, ist das so schrecklich?

NG/FH: Es ist nicht schrecklich, aber es irritiert. Es geht nicht darum, diese Entwicklungsunterschiede zu leugnen. Aber wenn Westdeutsche mit Polen konfrontiert werden – was den Lebensstandard, die andere Mentalität etc. anlangt – ist das Fremde klarer wahrnehmbar. Aber im Hinblick auf die deutsch-deutsche Begegnung ist in dem Fremden immer etwas Eigenes anwesend.

György Konrád: Ja, ich würde bis in die Wilhelmische Zeit zurückgehen. Die Enkel derselben Schneider und Bäcker, die vor dem Kaiser mit ihrem Spazierstock marschierten und als beste Soldaten in Uniform strammstanden, sind überall in Deutschland, im Osten wie im Westen. Dieselben westdeutschen Personen könnten, wenn sie zufällig im Osten lebten, dieselben Attitüden der »Selbstverteidigung der Seele« entwickeln. Ich bin manchmal glücklich, daß Ungarn keine reicheren Westungarn hat, weil dann die Würde weniger verletzt wäre.

NG/FH: Wenn wir jetzt noch einmal an Ihre Vision von ziviler Gesellschaft anknüpfen, einer

Gesellschaft der Individuen, die Gesichter haben, die aufrecht gehen können, die lebendig sind und Phantasie entwickeln, und diese Vision mit der real existierenden Politik in Europa vergleichen, kollidiert das doch ein bißchen. Die Europa-Politik von Brüssel aus und den dominanten Staaten der EG hat immens etatistische und zentralistische Züge angenommen. Gleichzeitig wächst das Desinteresse an Osteuropa. Es war z. B. im Gespräch, das Schwerpunktthema der Buchmesse '92 Osteuropa zu widmen. Nun haben Mexiko und Holland den Zuschlag erhalten. Wird mit der Fertigstellung des Europäischen Hauses, dem Europa 1992, Mitteleuropa vernichtet?

György Konrád: Mitteleuropa war nie ein Staat.

NG/FH: Aber eine Idee.

György Konrád: Ein Territorium, eine gewisse kulturelle Ähnlichkeit, Tendenzen, die ähnlich sind, die vergleichbar sind und eine gemeinsame Mentalität ausmachen können. Residuen von Jahrhunderten kann man natürlich mit keiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Homogenisierung beseitigen – soll man auch nicht.

NG/FH: Aber so, wie sich das europäische Projekt darstellt, ist diese Vereinheitlichungstendenz daran das Erschreckende.

György Konrád: Für die osteuropäischen Länder in Westeuropa einen Markt zu erhalten, ist nicht so erschreckend. Eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen würde dabei nicht schaden.

NG/FH: Das ist richtig. Wenn ich allerdings beobachte, in welcher Weise die europäischen Gelder insbesondere im Bereich der Kulturpolitik vergeben werden, erscheint es mir so, als würde es sich um ein gigantisches Reeducation-Programm handeln. Die osteuropäischen Länder sollen dem Westen nicht nur auf ökonomischer, sondern auch auf kultureller Ebene angepaßt werden, und zwar unter Bedingungen des westlichen Wertekanons. Das Zusammenspiel der Institutionen der EG und den großen privaten Stiftungen hat diese Tendenz. Deshalb befürchte ich, daß die kleineren Länder, vor allen Dingen die Länder, die noch nicht in der EG sind, allerdings bei ihr anklopfen, sich unter Umständen auf Bedingungen einlassen, die der Förderung der eigenen Kultur – und das meine ich nicht im nationalistischen Sinne – überhaupt nicht gerecht werden können. Bedingungen werden ja einseitig aufgezwungen, schlichtweg von denen, die die Eintrittsgelder erheben und die Subventionen zahlen. Ich fände es sehr tragisch, wenn sich Kultur in Europa nur in wechselnden Europa-Festivals, die je-

weils in den Zentren Paris, London, Brüssel oder Berlin stattfinden, erschöpfen würde.

György Konrád: Ich denke, daß weder Bürokratien, noch Eurokratien, keine Imperien, kein Sowjetblock oder irgendwelche militärischen Allianzen so durch und durch determinierend sind, wie sie scheinen. Sie sind immer weniger mächtig, als man Angst vor ihnen hat. Eigentlich sind diese Eurokraten vielleicht 2000 arme Leute, die sich in sehr ungemütlichen Gebäuden stark strapazieren . . .

NG/FH: . . . aber Millionen verteilen.

György Konrád: . . . ja, Millionen verteilen, aber man kann nicht alles mit Millionen machen.

NG/FH: Ansätze unabhängiger Netzwerke in Europa, die sich zwischen Ost und West bewegen und die Fäden knüpfen, getragen von unabhängigen Menschen, gibt es ja.

György Konrád: Europa war immer ein Beziehungsnetzwerk von Menschen. Natürlich braucht man auch diese großen Institutionen. Man wird von ihnen auch mehr oder weniger Geld bekommen, aber die Gelder der EG schaffen keine Kultur.

KLAUS BLOEMER

Deutsch-atlantische Kumpanei

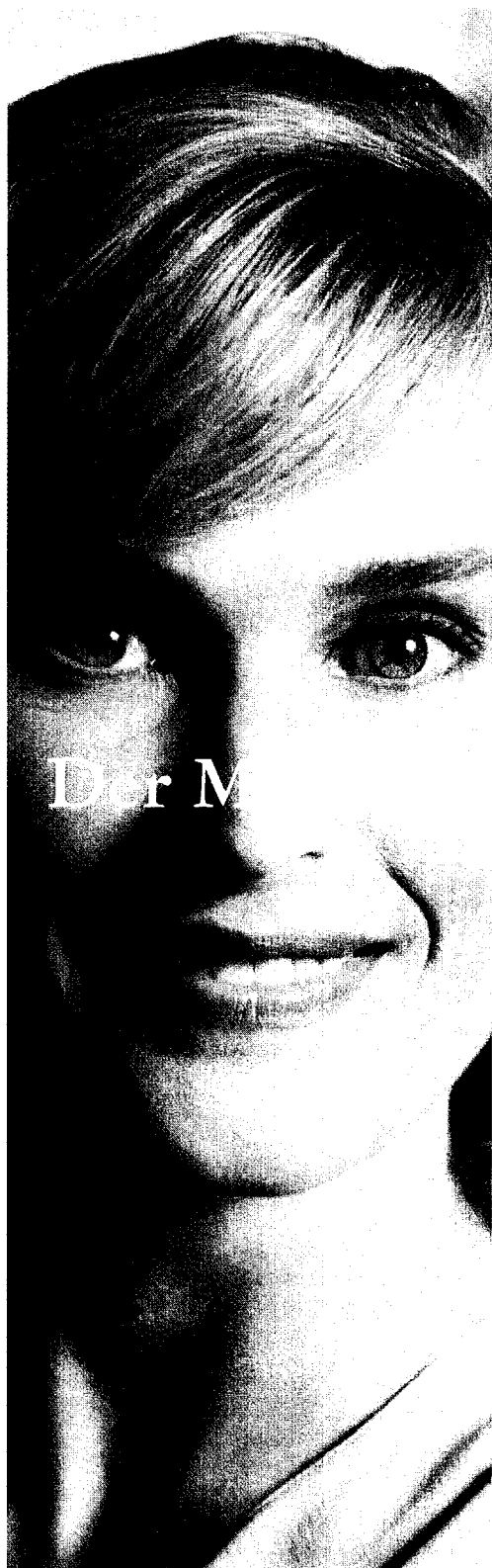
»Wenn ich zwei Supermächte nicht mochte, so ist mir eine einzige noch viel weniger geheuer.«

Perez de Cuellar

»Da den USA, dem »Weltpolizisten«, heute niemand mehr dreinreden kann, müssen wir uns doch nicht wie sie verhalten. Sie sind stolz auf ihre Moral, aber es darf die unsere nicht sein.«

Rudolf Augstein

Zwei notorische *deficit-spender* der westlichen Prägung, die um gesichtswahrende Frontenbegradigung besorgten Vereinigten Staaten von Amerika und das an seinem Ost- rand vor Anker gegangene neudeutsche »Bundesreich« (heißt man so doch im Schlesischen heutzutage das Heilig Vaterland), klammern sich wie der Blinde und der Lahme aneinander, um nicht jeglicher Orientierung zu ihrer Außenwelt verlustig zu gehen. Die post-reaganistischen »konservativen Revolutionäre« entdecken



Der Mensch im Leben



Die Bank.

Selbständigkeit! Was verbindet man nicht alles mit diesem Wort? Endlich die Dinge selbst in die Hand nehmen und sie so gestalten, wie man es für richtig hält. Wir helfen Ihnen dabei. Bei uns hat jeder Kunde seinen persönlichen Berater, der ihn umfassend und kompetent betreut. Einen Berater, der schon vor dem Schritt in die Selbständigkeit mit Ihnen die finanzielle Seite Ihres Vorhabens analysiert und die notwendigen Voraussetzungen schafft. Sprechen Sie mit Ihrem Berater in der BfG Bank AG. Sie werden sehen: Unsere Angebote sind genauso individuell wie die Kunden, die sie in Anspruch nehmen. **D**enn Ihre Zufriedenheit ist unser Kapital. Messen Sie uns an dem, was wir für Sie leisten.

BfG·BankAG

 Aachener und Münchener Gruppe

zunehmend ihre kleine Liebe zum Alten Kontinent – in Gestalt ihres Wunschpartners in Leadership – wieder, den sie großzügig mit Vollmachten eines Prokonsuls auszustatten sich anschicken. Eine vom Faszinosum nationalstaatlicher Größe erfaßte politische Klasse der Deutschen, auf Big-Budget-Basis zum Absprung in die alte Reichshauptstadt bereitstehend, hat ihre Rolle als Ordnungshüter für den osteuropäischen Bereich schnell verinnerlicht, auch wenn dies de facto auf die Abkehr vom bislang als prioritär geltenden Vorhaben einer eigenständig föderalen Europapolitik, mit Schwerpunkt im Westen, hinauslaufen sollte. Nicht anders läßt sich die von Willy Brandt beschworene »nationale Weichenstellung« verstehen, die Kanzler Kohl vor dem Bundestag noch konkretisiert hat, indem er auf die geopolitisch nach Osten umgewinkelte deutsche Lage – als ein Leitmotiv für seine Berlin-Entscheidung – abhob.

Unter gebotener Diskretion haben inzwischen Washington und Bonn ein sogenanntes Liaison-Konzept für den europäischen Osten entwickelt, worin ein arbeitsteilig abgestimmtes Verhalten, vor allem auch im Dialog mit der UdSSR, festgelegt worden ist.

Als gelungener Probelauf im Sinne des neu gewonnenen amerikanisch-deutschen Akkords mag das Freundschaftstreffen von Kohl und Gorbatschow in Kiew gegolten haben; dort durfte der Kanzler sich als Tutor für Umgangsformen in erlauchter Vertreterrunde aus den kapitalistischen Zweidrittelgesellschaften (G 7 in London) betätigen und dazu noch ein Schülerpult beim IWF in Aussicht stellen.

Perspektivisch entscheidend jedoch für das bilaterale Funktionieren der von Baker und Genscher entworfenen Achse dürfte ein schon festgeschmiedetes Timing der NATO- und EG-Gipfel zum Jahresende sein. Danach werden die in der traditionellen Bündnisorganisation zusammengefaßten Staaten vorweg im November auf römischem Parkett mit einem taillierten Reformkonzept vollendete Tatsachen zur fortgesetzt militärpolitischen Führung der USA auf dem Kontinent schaffen, so daß die im Dezember folgende Tagung des Europäischen Rates in Maastricht das für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik essentielle Thema einer originär »europäischen Verteidigungsidentität« gestrost von ihrer Agenda streichen könnte.

Nach diesem Verfahrensmodus wird nämlich ein von den Verteidigungsministern der USA und Deutschlands vorprogrammiertes Ergebnis realisiert. Cheney: Das atlantische Bündnis müsse letztes Entscheidungsgremium in Sicherheitsfragen bleiben. Stoltenberg: Eine poli-

tische Union der EG-Mitglieder solle nicht konkurrierend zur Allianz organisiert werden, die schließlich auch an »Militärmissionen« über die Grenzen des Vertragsgebietes hinaus bereitzu stehen habe. Demnach stünde also die Bundeswehr für eine Teilnahme an zukünftigen amerikanischen Heldentaten im Stil der Grenada-, Panama- und Irak-Unternehmen zur freien Verfügung (unter welchem Mäntelchen auch immer)! Bei seiner Kurzvisite im Weißen Haus versprach »Stolti« denn auch eine noch engere Kooperation, erbat – in Anbetracht eines sowjetischen »Bedrohungspotentials« auf ehemaligem DDR-Gebiet – zugleich eine Verzögerung der vorgesehenen US-Truppenreduzierung und meldete gehorsamst, daß eine Friedendividende bei den deutschen Militärausgaben für 1992 (52,5 Mrd.) nicht zu befürchten sei.

Als Auslaßmodell auf der Hardthöhe übernimmt er somit die erfolgreiche Taktik seines Vor-Vorgängers Wörner, der sich rechtzeitig als verdienter Gefolgsmann der Amerikaner zu profilieren verstand, die ihn dann prompt auf den einträglichen Traumposten des NATO-Generalsekretärs gehievt hatten. Der quasi US-Ehrenbürger Wörner pflegt heute bereits zu sagen, was Bush denkt: »Selbst die USA können es nicht mehr allein schaffen, morgen noch weniger als heute.« Immerhin dürften vielleicht einmal europäische Verbände einschreiten, »wo die atlantische Allianz nicht handeln kann oder nicht handeln will«. So sei auch im amerikanischen Kongreß das Mißtrauen zu »großen Teilen schon weg«, die Europäer könnten ihrem Selbständigkeitsstreben allzu freien Lauf lassen. In der Tat ist jedweden vom westlichen Europa ausgehenden Emanzentrieb die Spitze abgebrochen, seit von deutscher Seite schon mal in Brüssel die künftige NATO-Truppenstruktur, mit dem »new look«-Etikett versehen, bestätigt worden ist, was einer unmißverständlichen Absage insbesondere an die von Franzosen (auch in Italien, Spanien und Belgien übrigens) gehegten Hoffnungen auf eine Streitmacht unter kontinentaler Regie gleichkam. So konnte es der Bush-Interpret Wörner sich locker leisten, den enttäuschten Euromanen ein Zuckerle in Aussicht zu stellen: Europäische Streitkräfte, die zu einer Schnellen Eingreiftruppe der NATO (vorgesehen sind 70 000 Soldaten) gehören würden, dürften – nach Konsultation und Zustimmung in der atlantischen Organisation, versteht sich – in besonderen Fällen sogar ohne Mitwirkung von GI's in Aktion treten.

Die amerikanische Anwesenheit sei nun einmal die besten Versicherung gegen Rivalitäten, wie sie dem Nationalstaatensystem eigen

wäre, bemerkte dazu der Pentagon-Vize Lawrence Eagleburger. Zwar erwartet er noch lebhafte Diskussionen über Fragen »Wer zahlt und wieviel?« sowie »Wer entscheidet was?«; aber der allorts bestens bekannte Kämpfe aus den Kalten Kriegsjahren unter Reagan und Weinberger läßt nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen, daß im Prinzip die Europäer zahlen und die Amerikaner anschaffen werden. Das gilt selbstredend auch für Wirtschaftshilfen an die Sowjetunion, die vor allem in DM und Yen zu fließen hätten. – Es widerspräche absolut der Wesensart amerikanischer Politik, ihre militärische Vormachtstellung den europäischen Verwandten aufzunötigen, so insistierte neulich NEWSWEEK unter der Überschrift »Voice of America«; allerdings habe Washington sich davon überzeugen lassen müssen, daß jenseits des Atlantik amerikanische Leitfunktion weiterhin dringend vonnöten sei; »weil eben ohne uns Europa führunglos dastünde« – so ein hochgestellter Beamter im Außenamt.

Weiter im Text erfolgt noch der Hinweis, daß Außenminister Baker in seiner Juni-Rede von Potsdam sogar noch die Europaformel von Charles de Gaulle »vom Atlantik bis zum Ural« übertroffen habe, als er sich für die Perspektive einer »Euro-Atlantischen Gemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok« aussprach. (Überhaupt sondert der Chef des State Department erstaunliche Programmansagen ab, die auf einen gewissen Realitätsverlust in seinem Ressort schließen könnten: Beispielsweise vor einem Jahr, als er sich in Riad dezidiert für »eine Art NATO« in Nah-Mittelost einsetzte oder kürzlich in Tirana mit der Verkündung »Wir wünschen, daß Albanien wie Amerika sein wird.«)

Insgesamt kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, daß im Gefolge innenpolitischen Desasters nunmehr auch noch die Außenpolitik der USA in einen Zustand heillosen Konfusion und Perspektivlosigkeit geraten ist. Nur wie ein Randsymptom pauschalen Verunsichertseins macht sich dabei das irritierende Stop and Go-Verhalten der Administration vor der Unterzeichnung einer Ergänzung zum Schutzvertrag für die Antarktis aus. Konzeptionslos mutet das Beharren des Reisekommissars Baker an, auf Biegen und Brechen eine Nahost-Friedenskonferenz zustande zu bringen, die ohnehin nur eine Verschlimmerung der regionalen Verhältnisse bedeuten könnte. Ganz zu schweigen von dem Alibi-Besuch des Ehepaars Bush auf Zypern, der Willen zu »neuer Ordnung« mit UNO-Staffage demonstrieren sollte. Das mit Özal vereinbarte »neue strategische Verhältnis« unterläuft die Vertragsgrundlage der atlantischen Allianz.

Stark neurotische Züge traten mit der eskalierenden Androhung von Bomben-Nachschlägen gegen den Irak hervor, wo der Pentagondienst DIA – vom MOSSAD versorgt – bereits im Vorfeld der Golfoffensive zahlreiche Gaszentrifugen zur Urananreicherung aufgespürt haben wollte, die damals unmittelbar, als Tatarenmeldung aufgemacht, in die amerikanischen Schlagzeilen geraten waren. Obgleich Eagleburger, Chefverkäufer dieser News, schon tags darauf dementierte, reichte die desinformativ angeheizte Volksmeinung immerhin aus, um im Senat eine knappe Mehrheit für den Krieg zu gewinnen. Die im neuesten Jahresbericht von AMNESTY INTERNATIONAL registrierte Erkenntnis, wonach Sicherheitskräfte der regionalen Atomwaffen-Monopolmacht Israel ihre palästinensischen Gefangenen in Säcke gesteckt haben, um ihnen dann die Hoden zu zerquetschen, erschien den großen Medien bestenfalls eine versteckte Zeile wert.

Angesichts eines gerade vollzogenen Abzugs der Sowjettruppen aus der ČSFR und Ungarn sowie der – jetzt auch politischen – Auflösung der Warschauer Vertragsgemeinschaft sah sich Außenminister Baker auf dem Berliner KSZE-Podium veranlaßt, ein Schreckensszenarium von neu aufgekommenen Gefahren für Europas Sicherheit von Osten her zu entwerfen: vom Anbränden gewaltiger Flüchtlingsströme und Wanderungswellen bis hin zu unkontrollierbaren Umweltkatastrophen war dabei die Rede. Daß er mit derartigen Argumenten für unbegrenzten Zeitraum amerikanische Steuerungsrechte reklamierte, war evident. Aber verbarg sich nicht als eigentliches Motiv dahinter ein weiterer Fluchtversuch vor der Wucht unbewältigter Problemlawinen im eigenen Land? – Ist es denn in Wahrheit nicht so, daß für George Bush, der seine politischen Handicaps aus dem Golf-Abenteurer schwer verkräftet, eine Vorzeige-Gefolgschaft getreuer Europäer nur von Nutzen sein kann, wenn er sich einer zweiten Präsidentenperiode nach 1992 wirklich sicher sein will?

Denn mit Auslaufen des amerikanischen Traum-Jahrhunderts könnte die in resignativer Wahlmüdigkeit dahindämmende Nation schließlich doch von der Ahnung beschlichen werden, daß eine alleinstehende Weltmacht sich eines Tages zu Tode gesiegt haben würde. Neben solchen Bedenklichkeiten, die vor allem republikanischer Machterhaltung in Washington gelten, sprechen allerdings auch parteiunabhängig vitale Interessen in den Führungsriege von Wirtschaft und Politik in den USA dafür, die Festlandseuropäer möglichst an der Kandare zu halten, sie zumindest aber an allzu eigenwil-

ligem Auftreten im Welttheater zu hindern. Auf dem Spiel stehen immerhin so handfeste Errungenschaften wie die Monopolstellung des US-Dollars als Leitwährung, die Schlüsselposition der amerikanischen Waffentechnologie und – last not least – die Absicherung des angloamerikanischen »Familienbetriebes«, dessen Fortbestand durch kontinentale Einbruchversuche in das Souveränitätsgebäude des Vereinigten Königreichs gefährdet wäre.

Wie bestellt für den Nachweis europäischen Unvermögens, gemeinschaftlich getragene Beschlüsse in eine Serie wirkungsvoller Maßnahmen umzusetzen, kamen die bürgerkriegsartigen Exzesse im südslawischen Nationalitätenstaat. Das amerikanisch postulierte und im Kurdengebiet des Irak vorexerzierte »Recht auf Einmischung«, als genereller Leitsatz zwar äußerst dubios – aber als allerletzte Kollektivmaßnahme gegen Völkermord wohl doch vertretbar, läßt sich effektiv eben nur vor einer militärischen Drohkulisse durchsetzen. Die sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsunfähige, daher entsprechend autoritätsschwache Europäische Gemeinschaft stand also relativ hilflos einem sich in engster Nachbarschaft entwickelnden Sezessionsgeschehen gegenüber, in dessen Hintergrund eine Pokerrunde mit jeder Menge Bluff um das Europa zwischen Heute und Morgen ausgetragen wurde.

Das amerikanisch-neudeutsche Gespann wurde dabei einem ersten Härtetest ausgesetzt: Baker hatte anlässlich seiner Blitzvisite in Belgrad noch eindrücklich vor einer »Desintegration« Jugoslawiens gewarnt und auf das »Sarajewo-Trauma« hingewiesen, schon weil er aus regionalen Stabilitätsgründen prinzipiell wenig von extensiver Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes hielt, wie es auch dem Verhalten der USA im Falle der Saddam'schen Republik entsprochen hatte. Die Bonner Außenpolitik, damals noch in vollem Einvernehmen mit den übrigen EG-Ländern, trug diese rational bestimmte Haltung mit, um flugs, einem Wink aus Washington folgend, die Kehrtwendung von 180 Grad zu vollziehen, also nun – Arm in Arm mit Wien und Vilnius – für die totale Auflösung der »Föderativen Republik« zu plädieren, an deren Stelle ein balkanischer Flickenteppich aus souveränen Kleinstaaten treten würde. Während Mitterrand solche Entwicklung als »ein schlechtes Beispiel für Europa« bezeichnete, im gleichen Atemzug LE MONDE von einer Rolle des vereinten Deutschlands als »Schutzmacht der Slowenen und Kroaten« sprach und registrierte, daß »die Presse jenseits des Rheins regelmäßig beifällig das Ende der staatlichen Einheit Jugoslawiens verkündete

und einen Zerfallsprozeß beschrieb, der ihren tiefen Wünschen entgegenkam . . .«, überbot man sich deutscherseits weiter in Solidaritätsadressen an die im nationalistischen Rausch schwelgenden 1,8 Millionen Slowenen.

Aus für Nationalitätenstaat und Staatenbund in Europa, der Nationalstaat feiert reaktionäre Urständ! Präzedenzfall für eine westlich gestützte Politik auch bei entsprechenden Entwicklungen in der Sowjetunion? Den transatlantischen Europastrategen in Washington und London kam der durch gegensätzliche Haltung in der südslawischen Krise noch vertiefte Graben zwischen Frankreich und Deutschland (LIBERATION) nur zupaß. Auch konnte ihnen ein möglicherweise verstärkter Andrang von Kostgängern vor den Türen Brüssels (und Bonns) insofern ganz recht sein, als sich noch stets die Regel bewährt hat, daß je größer die Zahl von Partizipierenden an der Gemeinschaft ist, desto geringer deren spezifisch politisches Gewicht ausfallen muß.

Hierbei kommen besonders die »älteren« Reformstaaten des östlichen Europa ins Bild, wo »von Warschau über Prag und Budapest und von Riga bis Tirana . . . Amerika als das Land erscheint, das den Osten vor den Phantomen der Vergangenheit schützen muß« (LE MONDE). Noch klammheimlich bewegt dortige Gemüter zusätzlich ein höchst gegenwärtiges »Phantom«: Das für seine Eigendynamik, gepaart mit Überheblichkeit, wohlbekannte deutsche Potential. Wenn man bestimmte Äußerungen der Präsidenten Havel und Walesa (»Wir haben gegen die NATO nur einzuwenden, daß wir nicht Mitglied sind.« – »Wir sind Waisenkinder des Kalten Krieges.«) durchleuchtet, so taucht darin schon ein Hinweis auf wachsendes Bedürfnis nach amerikanischer Vor-Ort-Überwachung auf.

Die treudeutsch-atlantisch orientierte FAZ jubelte Ende Juni bereits, in Fragen gemeinsamer Sicherheitspolitik, Verteidigung und Währungsunion herrsche inzwischen mehr Übereinstimmung zwischen Bonn und London als mit Paris.

Die Assoziierung Deutschlands an die politisch europäferne US-britische *special relationship* erscheint somit als ausgemachte Sache. Eine rhetorische Frage von Schäuble wäre damit klar beantwortet: Das vereinte Deutschland – etwas qualitativ Neues! . . .

Finis Europae?

Musik-Konzepte

Herausgegeben von Heinz-Klaus Metzger und Rainer Riehn

Die Reihe über Komponisten

»...die zu übersehen
sich allmählich
niemand mehr
erlauben darf!«
Joachim Kaiser in der NMZ



Unser Vorschlag: Fordern Sie ein Probeheft an,
z.B. über Adorno, Bach, Bartók, Beethoven, Bellini, Berg, Brahms, Bruckner, Cage, Chopin, Debussy, Dufay, Evangelisti, Feldman, Haydn, Janáček, Koenig, Kolisch, Křenek, Lachennann, Ligeti, Liszt, Lutoslawski, Mahler, Mendelssohn-Bartholdy, Messiaen, Mozart, Musorgskij, Nono, Offenbach, Pousseur, Satie, Scarlatti, Scelsi, Schnebel, Schönberg, Schubert, Schumann, Skrjabin, Stockhausen, Strawinski, Varèse, Verdi, Wagner, von Weber, Webern und Xenakis.

Schicken Sie mir bald:

☐ Einen ausführlichen Prospekt über die Reihe MUSIK-KONZEPTE

☐ Ein Probeheft über

.....
(Schutzgebühr DM 10,—)

.....
Name

.....
Anschrift

edition text + kritik GmbH
Levelingstraße 6a
8000 München 80

Thema: Afrika – vergessener Kontinent?

DOMINIC JOHNSON

Afrika auf der Suche nach Zukunft

Demokratie nach 30 Jahren
Unabhängigkeit

Nachrichten aus Afrika werden seit einiger Zeit ebenso häufig von Berichten über stürzende Staatschefs wie Bildern hungernder Flüchtlinge bestimmt. In weniger als einem Jahr haben neun afrikanische Herrscher ihr Amt verloren. Nur einer dieser Machtwechsel entsprach dem klassischen afrikanischen Schema eines Militärputsches als Palastrevolution: der weitgehend unbeachtete Fall von Metsing Lekhanya in südafrikanischen Lesotho am 30. April dieses Jahres. Alle anderen – die fünf von bewaffneten Rebellionen oder Volksaufständen begleiteten Umstürze in Liberia, Tschad, Somalia, Mali und Äthiopien wie auch die friedlichen Machtwechsel nach demokratischen Wahlen in Benin, auf den Kapverden und in Sao-Tome – sind Teil eines neuen, kontinentweiten Trends, als dessen gemeinsamer Nenner der Wunsch nach Revision der allgemein als unbefriedigend empfundenen nachkolonialen Erfahrung zu sehen ist. Über die genannten Länder hinaus sind in nahezu allen afrikanischen Staaten Rufe nach Veränderung und Öffnung des politischen Systems lautgeworden, die die amtierenden Machthaber zumeist nur mit knapper Not oder durch Hinhalterei überstanden haben. Daß die auf die Umstürze und Machtablösungen folgenden neuen Regierungen nur in den seltensten Fällen den zuvor geäußerten Unzufriedenheiten Rechnung tragen können, deutet gleichzeitig darauf hin, daß die Frage nach neuen Entwicklungswegen noch nirgendswo endgültig beantwortet ist.

Die Diskussion um Demokratie in Afrika ist nicht neu. Schon als die briti-

schen und französischen Kolonialmächte in der Zeit um 1960 ihre afrikanischen Territorien in die Unabhängigkeit entließen, war zu spüren, daß eine Machtkonzentration in den Händen Weniger eingetreten war. Mit dem Hissen der neuen Fahne und der Vereidigung des neuen Staatsoberhauptes wurden die Rivalitäten zwischen verschiedenen politischen Kräften in jeder alten Kolonie zugunsten der Machtübernahme einer einzelnen Fraktion entschieden, welche sich sodann darauf besann, andere von der Staatsmacht auszuschließen. Die ersten Führer des unabhängigen Afrika ließen sich als Freiheitsbringer und Nationalhelden feiern und suchten gleichzeitig, ihre politische Macht durch die Ausschaltung von Rivalen zu konsolidieren.

Die neuen Herren Afrikas stützten sich, nach einigen Übergangsjahren des Pluralismus oder des Bürgerkrieges, nahezu ausschließlich auf das Modell der Einheitspartei, die das politische Leben des Staates monopolisierte. Angetrieben wurden dabei auch die pro-westlichsten unter ihnen vom sowjetischen oder chinesischen Beispiel, welches im Hinblick auf das von afrikanischen Vordenken wie Kwame Nkrumah oder Frantz Fanon oft proklamierte Ziel eines panafrikanischen Sozialismus ohnehin als Ideal erscheinen mußte. Dies zusammen mit der Notwendigkeit des Machterhalts führte zwangsläufig zu einem hochgradig zentralisierten und personalisierten Staatsmodell, das seine Existenzberechtigung hauptsächlich in der eigenen Perpetuierung begründete. Unterhalb der sozialistischen Utopie holten sich diese Regimes

ihre Legitimation aus dem Projekt des Nation-Building, das damals sowieso im entwicklungspolitischen Diskurs favorisiert war. Es handelte sich darum, die Partikularinteressen der verschiedenen Völkerschaften eines Staates zu einem Nationalinteresse zusammenzuschmieden, geeint durch eine Zukunftsvision des Fortschritts und des Anschlusses an die weltweite Moderne, gefestigt durch die Loyalität zu einer Staatselite, welche das Monopol über entwicklungspolitische Entscheidungen und außenpolitische Kooperation innehatte und somit den einzigen glaubwürdigen Vertreter des Gemeinwohls bildete.

Eine der propagierten Modernisierung entsprechende Herausforderung demokratischer, auf Individualrechten basierender Verfassungsordnungen war unter diesen Umständen lange Zeit nicht realisierbar. Stattdessen wurden offiziellerseits die aus der sozialistischen Ideologie entlehnten kollektivistischen Prinzipien mit angeblich *afrikanischen* Traditionen, beispielsweise Unterordnung und Gemeinschaftssinn, wie sie in den vorkolonialen Gesellschaften geherrscht hätten, verbunden. Gerade die dem Westen zugeneigten Herrscher waren es zumeist, die diese Konvergenz am nachdrücklichsten herzustellen suchten. So der Präsident Senegals, Abdou Diouf, im Jahre 1989: »Während die Theorie der Menschenrechte im Westen aus der Notwendigkeit herrührt, den Einzelnen gegen die Macht zu schützen, entspringen die Konzeptionen der Menschenrechte bei uns aus der Überlegung, dem Einzelnen die Selbstverwirklichung durch die Gemeinschaft zu erlauben.«

Was unter der »Selbstverwirklichung des Einzelnen durch die Gemeinschaft« zu verstehen war, war in den allermeisten afrikanischen Staaten jedoch die Bereicherung einer Bürokratenkaste auf Kosten der Gesellschaft. Die Träger der erhofften Nationalintegration konnten nämlich nur solche sein, deren Wohlstand auf ihrem Posten im Staatsapparat beruhte. Der Aufbau einer komplexen Doppelstruktur aus staatlichen Unternehmen und darin agierenden Privatinte-

ressen, wie sie fast überall in Afrika entstanden ist, sowie die totale Abhängigkeit der gesellschaftlichen Akteure von ihrer Stellung im Staate führte zu einer Gleichsetzung von wirtschaftlicher Entwicklung des Landes, Festigung der Regierungsgewalt und persönlicher Bereicherung. Beherrscht wurde dieses System von einem beispiellos eindimensionalen politischen Diskurs, der verhinderte, daß entwicklungspolitische Entscheidungen auf der Basis entweder objektiver Nützlichkeitskriterien oder allgemeinpolitischer Zielsetzungen gefällt werden konnten. Stattdessen stand der Eigennutz des jeweils Verantwortlichen an oberster, wenn nicht sogar an einziger Stelle. Der kamerunische Schriftsteller Mongo Beti im Jahre 1972: »Nie gab es seit Menschengedenken so viele Privilegien für so wenig Verdienste.«

Daß dies über die Jahrzehnte in diktatorische Tyrannei und unfähige Korruption mündete, muß hier nicht im einzelnen aufgezeigt werden; noch ist es nötig, auf die Wurzeln dieser Entwicklung in der Kolonialgeschichte oder der Weltwirtschaft hinzuweisen. Vorrangig im Zusammenhang der Demokratiediskussion ist der Hinweis, daß sich unter solchen Voraussetzungen keine demokratische politische Streitkultur entwickeln konnte. Weil Rivalität innerhalb der Politik immer auch Streit um mafiöse »Anteile« innerhalb der Volkswirtschaft darstellte, glich jede politische Differenz einem Kampf um Leben und Tod. Kritik an einem politischen Machthaber war gleichbedeutend mit dem Versuch der kapitalistischen Marktverdrängung. Kam sie aus dem eigenen Lager, war sie schlicht Verrat. Nicht verwundern kann es daher, daß sich im Laufe der Jahrzehnte Militärputsche und blutige Abrechnungen innerhalb der Staatsapparate nahezu überall häuften.

Die *negative* Realität von Willkürherrschaft jedoch ist für sich kein zureichender Grund, auf dem das *positive* Ideal der Freiheit aufbauen kann. Die staatlichen Diktaturen Afrikas wurden erst in Verbindung mit dynamischen gesellschaftlichen Prozessen, über deren



Frauenarbeit in Togo

Foto: dpa / Garting

Urheberschaft sich streiten läßt, zu Nährboden demokratischer Utopien. Einer dieser Prozesse ergab sich aus dem Rekrutierungsschema der diktatorischen politischen Herrschaft. Diejenigen, die die Staatsorgane besetzten – die »Städter im schwarzen Anzug«, wie sie der Ugander Okot p'Bitek bereits 1967 denunzierte – hatten in jedem afrikanischen Land vieles gemeinsam: Ausbildung auf Eliteschulen und ausländischen Universitäten oder Militärakademien, enge familiäre oder freundschaftliche Beziehungen untereinander und eine existenzielle Verflechtung in die bestehende politische und wirtschaftliche Interessenstruktur.

Für die nach der Unabhängigkeit aufgewachsenen Generationen schälte sich im Laufe der Jahrzehnte die Bürokratenlaufbahn innerhalb des Staates immer stärker als der einzige Weg zu Reichtum, Einfluß und Glück im Land heraus. Die Faszination der Großstadt,

der Ruf des hochstehenden Verwandten, der Drang nach dem schnellen Gelde – all dies entwickelte sich zur Überlebensrationalität. Gleichzeitig jedoch bewirkte das Ausbleiben der erhofften wirtschaftlichen Entwicklung und die tiefgreifende Wachstumskrise der 80er Jahre, daß die Aufstiegsmöglichkeiten radikal beschränkt wurden. Zu den Verteilungskämpfen innerhalb des Machtapparats gesellte sich somit der Zorn der Aspiranten, die sich nunmehr vom nationalen Projekt ausgeschlossen empfanden.

So konnte die zuvor in vielen afrikanischen Staaten übliche Beschäftigungsgarantie im öffentlichen Dienst für Universitätsabsolventen im Zuge der Strukturanpassungsprogramme und der damit verbundenen Entlassungsaufgaben nicht mehr weitergeführt werden. Die noch Beschäftigten hatten mit Gehaltskürzungen, Geldentwertung oder gar monatelangen Zahlungsstopps zu kämpfen. Ugandas Staatshaushalt im Jahre 1990

war in konstanten Zahlen nur ein Zehntel so groß wie 1970. Wenn man sich vor Augen hält, daß ein afrikanischer Bürokrat Dutzende von Familienangehörigen im weiteren Sinne unterhält, werden die Wirkungen solcher staatlichen Ausgabenkürzungen erkennbar. Wachsender internationaler Druck, Staatsangestellte produktiver einzusetzen als bisher, erschütterte bisher verbreitete Maximen wie die in Nigeria geläufige, daß »jeder neue Machthaber zwei Jahre hat, um sich die Taschen zu füllen«, und stellte damit den eingefahrenen Kreislauf von Verschuldung, Korruption, Nepotismus und unproduktiver Konsumption in Frage.

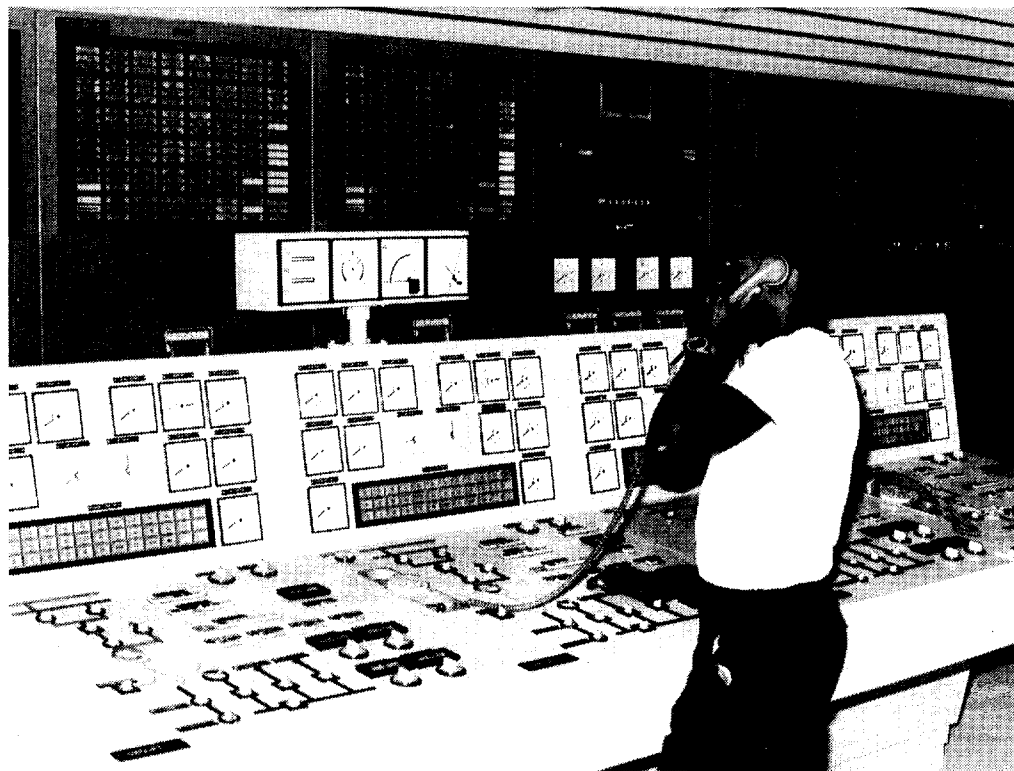
Die Träger der neuen demokratischen Bewegungen, die sich ab 1989 in Afrika zu Wort meldeten, waren somit vor allem hochausgebildete, ambitionierte Kader, die wegen der Wirtschaftskatastrophe ihren Weg nach oben plötzlich versperrt voranden. Doch hätte dies

wohl ebensowenig Effekt gehabt wie die seit der Unabhängigkeit auf allen möglichen staatlichen Konferenzen und Tagungen geübte Kritik an der afrikanischen Fehlentwicklung, wenn nicht die Masse der Städter oder permanenter Arbeitsmigranten, die sich zur Abhängigkeit von der weltmarktverbundenen Geldwirtschaft entschieden hatte, ebenfalls aufbegehrt hätte. Für sie war der Effekt von Wirtschaftskrise und Wirtschaftsreform unmittelbar noch verheerender. Subventionsabbau, Preissprünge, ausbleibende öffentliche Investitionen, verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt – all dies verschlechterte die Lebensbedingungen der Slumbewohner in den Großstädten, während es gleichzeitig zusätzlichen Anreiz für verarmte Bauern zum Zug in die Metropolen bot, in der Hoffnung, dem zufälligen Glück in die Arme zu laufen oder eine Gelegenheit zur Auswanderung zu ergattern.

Die Explosion der Städte darf als

Schaltzentrale des Wasserkraftwerks am Unterlauf des Zaire/Kongo

Foto: dpa / Delvendahl



Faktor politischer Destabilisierung nicht unterschätzt werden. Der Bevölkerungszuwachs der afrikanischen Hauptstädte während der 80er Jahre übertraf den der Gesamtbevölkerungen um das Zwei- bis Dreifache. Abidjan, Hauptstadt der Elfenbeinküste, erlebte ab etwa 1984 einen rapiden Anstieg der Kriminalität, ähnlich wie zuvor Lagos in Nigeria. Als abschreckendes Beispiel für das Zusammentreffen von Bevölkerungskonzentration und Verarmung konnten zu dieser Zeit nicht nur die lateinamerikanischen Megalopolen stehen, sondern auch die südafrikanischen Townships von Natal, deren ab 1986 einsetzender Bürgerkrieg hätte zeigen können, was für katastrophale Folgen politische Manipulation in einem solchen Klima zeitigen kann.

So entstanden die afrikanischen Demokratiebewegungen vor dem Hintergrund drastisch verschlechterter Lebensbedingungen der beiden Träger der afrikanischen Modernität – des militärischen und bürokratischen Staatsapparat sowie des urbanen Proletariats – welche sich in rapide steigender Unsicherheit niederschlagen hatten. Dazu gesellte sich auch die in vergangenen Jahren verstummte, doch nicht verschwundene Schicht derjenigen, die die Etablierung von Korruption und Gewalt als gesellschaftliche Regulationsprinzipien in der Rolle machtloser Zuschauer erlebten: die politischen Exilanten im Ausland, die universitären Kritiker, die von europäischen Publikationsmöglichkeiten abhängigen Schriftsteller, die afrikanischen Kirchen.

Der neue demokratische Diskurs in Afrika hat somit drei Elemente. Zum einen die Kritik *von oben*, in der tatsächliche oder potentielle Mitglieder der Staatselite die Unfähigkeit ihrer Regierung konstatieren und im Namen des ursprünglichen Mythos der nationalen Entwicklung eine erneuerte Politik fordern; zum zweiten der Protest *von unten* gegen Verarmung und staatliche Willkür, der für die bisher vom politischen Leben ausgeschlossenen Volksmassen freiere Entfaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten fordert; und zum dritten das klassische Dissidententum, das mit morali-

schen Appellen, Kontakten zur Weltöffentlichkeit und Versuchen einer politischen Gedankensystematisierung zu einer neuen politischen Kultur beitragen will. Dabei erheben die letzteren selbstverständlich den Anspruch, die Forderungen der ersten zwei in ihre eigenen Überlegungen aufzunehmen und zu einem kohärenten Gesellschaftsprojekt zusammenzuführen. Dies hat auch zur Folge, daß jeder Versuch, von Europa aus Analysen der afrikanischen Demokratiebewegungen vorzunehmen, sich vorrangig auf solche eher intellektuell geprägten Entwürfe und Konzeptionen stützen muß. Erst die Zukunft wird zeigen, wieviel diese mit der afrikanischen Realität gemeinsam haben werden.

Demokratische Diskurse und das Ideal einer Neugründung des Staates:
Das Beispiel Kamerun

Zur Veranschaulichung sei hier auf die Demokratiediskussion der letzten anderthalb Jahre in Kamerun eingegangen. Ab etwa Anfang 1990 ließ das intellektuelle Dissidententum des Landes unter dem Einfluß der Entwicklungen in anderen afrikanischen Staaten und in Osteuropa Anzeichen einer Ausweitung zu einem breiten politischen Protest erkennen. Am 5. April wurde der bekannte Jurist Yondo Black zusammen mit mehreren Mitangeklagten nach einem spektakulären politischen Prozeß wegen »Subversion« zu drei Jahren Haft verurteilt. Die regierende Einheitspartei organisierte in diesem Monat Demonstrationen im ganzen Land unter dem Motto »Ja zur Stabilität« sowie »Nein zum überstürzten Pluralismus«. Im Mai bildete sich eine erste, noch illegale Oppositionspartei, die Sozialdemokratische Front. In Erwartung des für Ende Juni angesetzten Kongresses der Staatspartei veröffentlichten die katholischen Bischöfe Kameruns am 17. Mai einen »Hirtenbrief der Bischofskonferenz von Kamerun über die Wirtschaftskrise, an der das Land leidet«.

Hier wird zur Begründung des Veränderungswillens insbesondere die unter der Bevölkerung umsichgreifende Per-

Was kann die Umwelt von dem Qualitätskonzept der Lufthansa erwarten?



Ein wesentlicher Bestandteil unseres Qualitätskonzepts ist es, Jahr für Jahr Milliarden in unsere Flotte zu investieren. In 1991 werden wir insgesamt 56 neue Flugzeuge in Dienst stellen. Das hat entscheidende Vorteile für unsere Umwelt. Beispielsweise erzeugt der Airbus A320 beim Start einen Lärmteppich, der um 90 % kleiner ist als bei seinem Vorgänger, dabei ist sein Treibstoffverbrauch 40 % niedriger. Das bedeutet weniger Emission. Als erste Fluggesellschaft der Welt haben wir ein Verfahren entwickelt, das den „Gesundheitszustand“ unserer Trieb-

werke während des Flugs gründlich und vorausschauend überwacht. Das dient nicht nur der Vorsorge, es trägt auch dazu bei, daß Lufthansa Triebwerke immer im optimalen Bereich arbeiten und damit so wenig wie möglich verbrauchen. Eine andere Weltneuheit ist unser „Aquastripping“. Anstatt mit chemischer Beize entfernen wir den alten Lack mit Wasserdruck. Wenn Sie also bei Ihrem nächsten Flug wieder auf Lufthansa Qualität bestehen, unterstützen Sie zugleich etwas, das unsere Unterstützung so dringend braucht: unsere Umwelt.



spektivlosigkeit betont. »Die öffentlichen Dienste führen Stellenkürzungen durch. Schwerwiegender ist, daß jegliche Neueinstellungen blockiert sind. Zu Tausenden stürzen Familienväter in die Arbeitslosigkeit ab. Und so finden sich unzählige kamerunische Familien urplötzlich mittellos wieder, sich selbst überlassen, unsicher über die Zukunft.«

Die Gründe für diese Situation stellt der Brief wie folgt dar: »Die sündigen Strukturen, die die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verzerrt haben, fanden auch in unserem Land einen privilegierten Ort . . . Falsche Prestige-Investitionen in Palästen, in unfertigen Hochhäusern und Schundprojekten in Milliardenhöhe leeren die Staatskassen und koppeln das Elend verdamnter Generationen an Schulden, die sie nicht eingegangen sind.«

Doch auch die Bürger Kameruns sind an ihrer Misere mitschuldig: »Verbesserung der Lebensbedingungen, Humanisierung der Lebenswelt oder der Umwelt, Ausbildung der Kinder, Instandhaltung der Häuser, Familienleben – all dies scheint vielen Kamerunern, die nur arbeiten, um ihr von vielen Arbeitslosen beneidetes Gehalt im Amüsement zu verschwenden, ein Fremdwort zu sein. Familienväter und -mütter verbringen ganze Tage und Nächte in Bars; und man hört Vertreter großer Brauereien sich in die Brust schlagen, weil die Kameruner jedes Jahr Bier im Wert von 200 Milliarden CFCA (etwa DM 1,2 Milliarden) konsumieren.«

Die Krise des Landes wird somit auf zwei Ebenen diagnostiziert: einerseits die Einschränkung zukünftiger Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger, welche die Entwicklung des Landes behindert; andererseits die fehlende Moral der Bürger selbst. Den Bischöfen zufolge müssen die Kameruner zunächst vor allem auf der zweiten Ebene handeln: »Kamerun fehlt es nicht an Technikern und professionellen Kadern von hoher Qualität, um die Krise zu überwinden. Notwendig ist für das Land, daß diese Techniker und diese professionellen Kader die moralische Integrität und das Berufsgewissen

zu ihrer Lebensregel machen. Sie müssen ihre Brüder bilden und unterstützen. Dafür braucht das Volk bäuerliche Förder- und Solidaritätsstrukturen, welche den Initiativegeist entwickeln und gleichzeitig Verantwortlichkeit stimulieren.«

Der Staat hat dafür »eine gesunde Atmosphäre der nationalen Solidarität, der Sicherheit der Person und des Eigentums, des Respekts für Menschen- und Gemeinschaftsrechte« bereitzustellen. In einer Pressekonferenz am 11. Juni fügte Kardinal Christian Tumi hinzu: »Wir stellen fest, daß die Menschen anfangen zu verzweifeln, und wir wollten den Leuten vorschlagen, sich und der Zukunft zu vertrauen.«

Die bischöfliche Einschätzung ist von grundsätzlicher Art und geht nicht auf Details einer möglichen Demokratisierung ein. Doch bereits am 1. Mai 1990 hatten 24 Intellektuelle in einem gemeinsamen »Appell an den Präsidenten der Republik« zu diesem Thema Stellung genommen: »Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich unser Land befindet, können nur überwunden werden, wenn sich die Mehrheit der Kameruner einer Politik anschließt. Dieser Anschluß kann auf freiwilliger Zustimmung nur dann beruhen, wenn er sich dem Test der Wahrheit unterwirft, der in der freien und demokratischen Wahl zwischen mehreren Gesellschaftsprojekten besteht . . . Folglich schlagen wir die schnellstmögliche Organisation einer nationalen Debatte über die Zukunft unseres geliebten Vaterlandes vor, die alle Sozialpartner und alle Denkströme der kamerunischen Gesellschaft vereint.« Dies ist das Modell der »Nationalkonferenz«, wie es zu diesem Zeitpunkt bereits in Benin verwirklicht worden war. Herauszulesen ist hier der Wunsch, die seit der Unabhängigkeit proklamierte nationale Einheit tatsächlich zu realisieren. Nicht das Projekt des »Nation-Building« als solches wird in Frage gestellt; vielmehr wird der bisherige Staat beschuldigt, dieses Projekt durch unmoralische Verschwendung und Eigensinn hintertrieben zu haben.

Da die Regierung Kameruns, anders

als andere, auf die Forderungen der demokratischen Bewegungen nicht einging, konnte sich der demokratische Diskurs in der Opposition vor dem Hintergrund verschärfter politischer Spannungen in den letzten zwölf Monaten theoretisch vertiefen. Am 27. Dezember 1990 veröffentlichte LE MESSENGER einen Offenen Brief des Schriftstellers Célestin Monga. Er nahm eine Erklärung des Staatspräsidenten Biya, in der dieser behauptete, das Land »zur Demokratie geführt« zu haben, zum Anlaß für einen Rundumschlag gegen Verarmung und Korruption und fügte hinzu: »Die Zeit der Gründerväter (»pères de la nation«) ist vorbei. Die Kameruner sind keine Kinder, die Sie als »reif für die Demokratie« beurteilt haben. Sie sind ein Volk, dessen Schöpfungskraft durch 30 Jahren Obskurantismus eingezäumt wurde und das endlich hofft, sein Schicksal selbst zu gestalten . . . Ihre Partei hat kein Ideenmonopol«. Nicht nur unmoralische Handlungsweisen der Regierenden werden hier angeklagt, sondern das Modell eines staatlich gelenkten Entwicklungsprozeß insgesamt wird in Frage gestellt. Stattdessen wird auf die Kreativität freier politischer Subjekte gesetzt, die den ihnen genommenen Handlungs- und Denkspielraum zurückerhalten müssen.

Als Monga und der MESSENGER-Herausgeber Pius Njawé am 18. Januar 1991 wegen dieses Briefes in einem von Unruhen begleiteten Prozeß zu sechs Monaten Haft mit Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt wurden, geriet diese Affäre zum Anlaß für Reflektionen über die Natur des politischen Subjektes und sein Verhältnis zum Staat. So schrieb der Journalist Jenan-Baptiste Sipa am 24. Januar: »Demokratie, sagt man seit dem Ursprung des Wortes, ist die Regierung durch das Volk und für das Volk. Diese Definition impliziert bereits einen originären Widerspruch zwischen der Souveränität eines jeden Individuums, dessen Selbstbestimmung ein Naturrecht ist, und der Notwendigkeit der Individuen, die auf einen Territorium geboren sind und dort leben, in Frieden und mit gemeinsamen Interessen zu koexistieren,

unter einer Schiedsstelle (»arbitration«), die neutral sein müßte, dem Interesse und der Sicherheit eines jeden gleich zugeneigt.

Diese neutrale Schiedsstelle wird im Konsens durch die Gesamtheit der Individuen eingerichtet; jeder von ihnen gibt einen Teil seiner Souveränität auf, manchmal in Trauer. Diese Schiedsstelle ist das Regierungssystem. Sie ist der Staat und sein Führer.

Für jede Macht, die sich demokratisch nennt, insbesondere eine Intellektuellenmacht, ist es somit unbestreitbar zwingend, zu verstehen, daß das Volk den Staat und seine Führer hervorbringt und nicht umgekehrt . . . Und es ist für die Demokratie nicht gut, wenn das Volk dies besser und schneller begreift als der Staat, der es regiert, ebensowenig wie es gut ist, den Pflug vor die Büffel zu spannen.«

Anders als bei den katholischen Bischöfen werden in diesen Sätzen keine originären moralischen Ansprüche an die Bürger mehr gestellt. Sie stehen eher in der ursprünglichsten Tradition des angelsächsischen Liberalismus, der das politische Subjekt als mit Vernunft, Willensfreiheit und Zukunftsmöglichkeiten ausgestattet definiert. Das Gemeinschaftswesen des Menschen entspringt hier, ähnlich wie im Denken von Thomas Hobbes, aus der Einsicht in die Notwendigkeit einer Überwindung des Naturzustandes. Der Staat gilt als Garant der individuellen Selbstverwirklichung, die den gesellschaftlichen Fortschritt begründet.

Ein radikaler Dualismus zwischen öffentlicher und privater Sphäre, zwischen dem Staat als Konfliktlöser und dem freien Individuum, wird jedoch nicht postuliert. Gerade das Nebeneinander von öffentlicher Lüge und privatem Betrug war schließlich die Wirklichkeit des bisherigen Systems gewesen. Vielmehr ist der Bürger einer Demokratie als politisches und gesellschaftliches Subjekt Träger von Verantwortlichkeiten. Schon die katholischen Bischöfe hatten an die Moral des Volkes appelliert. Interessant ist, daß auch die Radikalsozialisten in der Partei UNION DES KAMERUNISCHEN VOLKES

(UPC) einen ähnlich moralorientierten Standpunkt einnehmen. »Gestern nahmen wir gegenüber den Problemen, mit denen das Land konfrontiert war, eine Haltung der Abdankung ein«, schreibt die UPC-Zeitung *LA VOIX DE KAMERUN* in ihrer Ausgabe vom März-April 1991. »Unter verschiedenen Vorwänden versuchten wir, unsere Feigheit und unseren Egoismus zu rechtfertigen... Wir sagen, wir hätten eine Familie zu ernähren, als ob andere sie nicht auch hätten. Wir betrogen uns selbst und taten so, als hätten wir Arbeit oder Studium zu bewältigen. In unserer Freizeit betranken wir uns mit Bier oder anderem Alkohol, wir tanzten in Bars und Nachtclubs, um unsere Unzulänglichkeiten zu vergessen. Wir stopften uns mit Hühnchen und anderen Gerichten... wir brüllten in den Fußballstadions und hoben Röcke, sooft es ging oder, wenn wir Frauen waren, nahmen wir uns die Männer unter den Arm. Das Ergebnis: eine vollständige Pleite. Und jetzt hört man endloses Jammern...«

Die Forderung nach einem demokratischen Staatswesen wird mit einem Appell an die Pflicht zur politischen Einmischung und zur Absage an die kleinen Freuden eines ärmlichen Lebens gekoppelt. Hervorzuheben ist jedoch, daß die Moral des einzelnen nicht von höherer Stelle dekretiert werden kann, sondern daß die Rechte des Bürgers denen des Staates übergeordnet sein müssen – also das Gegenteil des gegenwärtigen Zustandes. Wie Jean-Baptiste Sipa ausführt: »In Deutschland geht der Bürger zur Polizei, wenn er Schwierigkeiten hat. In Kamerun hat der Bürger niemals Zugang zur Polizei. Es ist der Staat, der die Polizei holt, wenn das Volk aufsässig wird.« Diese Forderung ist nicht nur abstrakt, sondern wird, so Sipa, durch die politische Krise Kameruns selbst legitimiert und sogar teilverwirklicht: »Es kommt vor, daß ein Volk eine politisch-kulturelle Revolution durchlebt, die es seinen Institutionen überlegen macht. Dann erlangen die Widersprüche ein solches Ausmaß der Dichotomie zwischen dem Lebensalltag und dem politischen

Diskurs der Macht, daß das Volk sich in Auflösung fühlt, verraten und moralisch vergewaltigt.«

Der Kern des neuen Demokratieverständnisses in Kamerun – und anderswo in Afrika verläuft die Diskussion ähnlich – ist somit eine Kritik an der bisherigen Überordnung des Staates über den Bürger und die Forderung, diese Ordnung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Der Vorrang des Bürgers vor dem Staat ist zur Grundlage eines neuen politischen Systems zu machen, sobald das Volk seine Moral wiederfindet und die »politisch-kulturelle Revolution durchlebt, die es seinen Institutionen überlegen macht«.

In seinen Konsequenzen ähnelt dieses Konzept einer Neugründung des Staatswesens dem angelsächsischen Liberalismus. Dieser, begründet in einer Denktradition von Thomas Hobbes und John Locke im siebzehnten Jahrhundert bis zu John Stuart Mill im neunzehnten und in jüngster Zeit erheblich weiterentwickelt, baut auf dem Modell des Staatsbürgers als Eigentümer auf, der grundsätzlich in freier Selbstbestimmung seine Zukunft meistert und den Staat als sekundäre Institution zur Bereitstellung von Dienstleistungen und zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Rechtssubjekten begreift. Die Aufgabe des Staates beschränkt sich einerseits darin, Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die dem einzelnen die Verwirklichung seiner Ziele erleichtern, und andererseits darin, als neutrale Instanz bei der Bewältigung von Übergriffen eines Bürgers auf einen anderen zu fungieren. Da das Individuum dem Staat vorausgeht, hat letzterer keinerlei Verfügungsgewalt über den einzelnen. Vielmehr ist er ein Leistungsunternehmen, dessen Angebote vergütet werden, entweder in direkter Bezahlung oder durch freiwillig eingegangene Besteuerung. Der Staat hat demnach auch keinen Anspruch auf dauerhaftes Bestehen. Das Konzept der Freiwilligkeit, mit der der Bürger seine Beziehungen zum Staat eingeht, führt vielmehr dazu, daß er praktisch von jeder Generation, wenn nicht öfter, neue Legi-



„Ein Mensch, dem geht so manches schief,
ist er im Leben sehr aktiv.

So schlittert er in manches 'rein,
bricht sich dabei sogar das Bein.

Trotz allem bleibt er Optimist,
weil er so gut versichert ist.“

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen
oder Reise-Krankenversicherung,
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.

Keine Sorge –
 **Volksfürsorge**
Versicherungen

timität erheischen muß. Hierzu dienen regelmäßige demokratische Wahlen sowie die Möglichkeit, die Gründungsverträge der Staaten – Verfassungen oder Unionsverträge – zu erneuern.

So ist die wichtigste demokratische Forderung in Afrika diejenige, die illegitimen Staaten der Nachkolonialzeit durch solche zu ersetzen, die aus einem freiwilligen Gründungsakt der Bürger hervorgehen. Als solcher Akt gilt, wie zu Zeiten der Französischen Revolution, die Nationalkonferenz – ein Forum, auf dem alle gesellschaftlichen Kräfte eines Landes gemeinsam die Grundlage für einen neuen Staat legen.

Das Modell der Nationalkonferenz

Nationalkonferenzen haben bisher in drei afrikanischen Staaten stattgefunden – in Benin (19.–28. Februar 1990), Gabun (27. März bis 23. April 1990) und Kongo (25. Februar bis 10. Juni 1991). Zur Zeit des Schreibens ist eine vierte in Togo im Gange. Einige andere Regierungen, hauptsächlich die von Mali und Zaire, bereiten die Einberufung von Nationalkonferenzen vor. In vielen weiteren Staaten steht sie an oberster Stelle der Forderungen der Opposition.

Als exemplarisch gilt in der afrikanischen Diskussion nach wie vor die Konferenz in Benin – nicht nur, weil sie die erste war, sondern auch, weil sie durch ihren erfolgreichen Verlauf einen kontinentweiten Anstoß gab. Einberufen wurde sie zu einem Zeitpunkt, als sich der Staat Benin in den Bankrott hinein gewirtschaftet hatte und nicht einmal die Gehälter seiner Beamten mehr bezahlen konnte. Demonstrationen und Streiks waren Ende 1989 zum Alltag geworden; die illegale Kommunistische Partei hatte im November 1989 sogar zum bewaffneten Aufstand aufgerufen. Der Marxismus-Leninismus, dem sich Präsident Mathieu Kérékou zugehörig gefühlt hatte, wurde schließlich nicht einmal von ihm selbst mehr ernst genommen (es ging das Wort vom »Laxismus-Beninismus« um). Die Idee, alle »lebendigen politischen Kräfte« zum Zwecke der

Systemüberwindung zusammenzurufen, verhinderte in dieser Situation eine völlige politische Desintegration. Bezeichnend ist, daß das Vorbereitungskomitee der Nationalkonferenz von einem Antikolonialisten der ersten Stunde geleitet wurde: Benins Planungsminister Robert Dossou, in seiner Jugend ein Freund des ghanaischen Unabhängigkeitskämpfers Kwame Nkrumah und Leiter der »Föderation der schwarzafrikanischen Studenten in Frankreich«. Wesentlich scheint tatsächlich die Überlegung gewesen zu sein, eine neue Staatsgründung vorzunehmen, nachdem die erste ja so jämmerlich gescheitert war.

Dies geht auch aus der Zusammensetzung der Nationalkonferenz hervor, die 52 politische Verbände, prominente Politiker aus der Nachkolonialzeit, Exilanten und Vertreter von Berufsgruppen für zehn Tage unter der Leitung des Bischofs Isidore de Souza in einem Hotel der Hauptstadt versammelte. Die 488 Delegierte umfassende Konferenz erklärte sich sofort für souverän, installierte ein neues politisches System und stellte dem Präsidenten einen starken Premierminister zur Seite: den bisher im Ausland tätigen Technokraten Nicéphore Soglo, der im Herbst 1990 schließlich zum Staatspräsidenten gewählt werden sollte. Ein »Hoher Rat der Republik« unter Führung von Bischof de Souza wurde gegründet, der während der Übergangszeit bis zu den freien Wahlen im Herbst das Land regieren sollte. All dies war jedoch mehr als lediglich eine Serie pragmatischer Reformen. Die Nationalkonferenz Benins entsprang einem moralischen Erneuerungsbedürfnis. »Ich bin gekommen, um zu beichten«, sagte Staatspräsident Mathieu Kérékou bei seinem Konferenzauftritt. »Sind die Schäden tatsächlich so groß, daß sie nicht mehr behoben werden können? Ich schäme mich.«

Ganz anders die Nationalkonferenz Gabuns, die wenig später in Libreville stattfand. Auch hier hatte sich politische Opposition gegen das Regime von Präsident Omar Bongo geregt, doch war die Wirtschaft in einem relativ guten Zu-

stand. Die Konferenz wurde nicht auf Drängen der Opposition, sondern auf »Einladung« des Staatspräsidenten veranstaltet und hatte zum Ziel, den wachsenden politischen Druck in eine regierungsgenehme Richtung zu kanalisieren. Sie wurde ebenfalls von einem Bischof geleitet, doch konnte sie keine grundlegenden institutionellen Veränderungen vornehmen. Die Allmacht des Staatsoberhauptes ging aus der Konferenz in keiner Weise geschmälert hervor. Sie ähnelte somit eher den informellen »Konsultationen«, die eine ganze Reihe afrikanischer Regierungen in letzter Zeit vorgenommen haben, und hat mit den Idealen Benins kaum etwas zu tun.

Kongo wiederum erlebte 1991 eine ebenso gründliche Überholung seines Staates wie Benin im Jahre zuvor, doch in einer sehr viel instabileren und ungewisseren Atmosphäre. Lange hatte Präsident Denis Sassou-Nguesso die Idee einer Nationalkonferenz in seinem Land abgelehnt, obwohl sie hier wie in Kamerun zu einer der wichtigsten Oppositionsforderungen geworden war. Als er dann plötzlich im Dezember 1990 das Mehrparteiensystem einführte und in seiner Sylvesteransprache zu Jahresende eine Konsultativkonferenz ankündigte, hoffte der Präsident zweifellos, dem manipulativen Beispiel des benachbarten Gabun folgen zu können. Von Selbstkritik war wenig zu spüren, als er Anfang 1991 sagte: »Wir haben nicht die (sowjetische) Perestroika abgewartet, um eine Reihe von Reformen einzuleiten. Innerhalb des Einparteiensystems hatten wir einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet . . . Es hatte noch nicht diesen ganzen Rummel in Osteuropa gegeben, wenn Sie mir den Ausdruck erlauben. Die Berliner Mauer stand noch.« Erst nach einem Generalstreik im Februar schwenkte Sassou-Nguesso um und setzte auf den Überraschungseffekt, indem er die Eröffnung einer allen Gruppen offen stehenden Nationalkonferenz binnen zwei Wochen ankündigte.

Als sich am 25. Februar 1200 Delegierte aus 72 verschiedenen Verbänden vor dem Kongresspalast in Brazzaville

drängten, der von Panzern und Soldaten umstellt war, gab es jedoch weder eine Tagesordnung noch ein klares Programm, das die Kompetenzen der Konferenz hätte festlegen können. Viele der Delegierten vertraten frischgegründete Organisationen, die dem Schoß der alten Einheitspartei entsprungen waren. Anders als in Benin hielt der Präsident die Eröffnungsansprache selber, und es klang wie eine selbstgewisse Drohung, als er sagte: »Das souveräne Volk wird hören, was in diesem Saal gesagt wird. Es wird zuhören, weil es wartet und hofft. Und wenn die Zeit gekommen ist, wird es in aller Souveränität die Ergebnisse Ihrer Arbeit beurteilen.«

Doch der Umstand, daß der Großteil der vor Sassou-Nguesso ins Ausland geflohenen Oppositionspolitiker und die Überlebenden der Militärputsche der Vergangenheit anwesend waren, bewirkte, daß die Konferenz sich doch von der Obhut des Regimes emanzipieren konnte. Entgegen dem Willen des Präsidenten erklärte sie sich souverän, wie in Benin, und wandelte sich in den nächsten drei Monaten zu einem wahren Tribunal. Bei Konferenzende war Sassou-Nguesso zwar immer noch Staatsoberhaupt Kongs, doch seine gesamte Macht hatte er verloren.

Gleichzeitig hatte die Konferenz auch für einige unliebsame Überraschungen gesorgt. Begonnen hatte sie mit dem Versuch, die dunkle, trübende und gewalttätige politische Geschichte des unabhängigen Staates Kongo erstmals ans Tageslicht zu bringen und bis ins Detail zu sezieren – die überlebenden Geschichtszeugen waren ja anwesend. Selbst Präsident Denis Sassou-Nguesso schien den Nutzen dieses Vorgehens anerkannt zu haben, als er am 26. April vor der Konferenz sagte: »Die Zukunft der Demokratie in der Welt, in Afrika, in diesem Teil Afrikas und in Kongo gehört nicht denen, die sich unschuldig, rein und unbefleckt geben, sondern denjenigen, die sich der neuen Herausforderung zu stellen wissen.« Doch später wurden auch die Grenzen der Konferenz deutlich. Berufsverbände und regionale Gruppen

überboten sich gegenseitig mit Forderungen an die Adresse eventueller zukünftiger Regierungen. Die Konferenz verabschiedete Lohnsteigerungen im Bewußtsein, für ihre Erfüllung niemals geradestehen zu müssen. Aus dem Ziel der gemeinsamen Staatsneugründung wurde ein Nebeneinander von Partikularwünschen.

Die drei Erfahrungen zeigen, daß die Nationalkonferenz in der Praxis nicht automatisch mit dem Ideal des Staatsgründungsakts identisch ist. Dafür müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein: Die Konferenz muß sich per Souveränitätserklärung den bestehenden staatlichen Institutionen überordnen; diejenigen Institutionen, welche die unmittelbare Staatsgewalt darstellen, müssen sich während der Zeit der Konferenz neutral verhalten; es muß gewährleistet sein, daß die Konferenz repräsentativ und transparent arbeitet. Die Erfüllung der letzteren beiden Bedingungen ist von der politischen Konjunktur im Lande abhängig und obliegt in der Praxis dem Geschick des Konferenzleiters, welcher allseitiges Vertrauen sowohl in der alten Staatsmacht wie auch in den demokratischen Bewegungen genießen muß. Die erste Bedingung – die Souveränitätserklärung – ist dagegen von grundsätzlicher Art. Sie war in Benin und Kongo gegeben, in Gabun jedoch nicht. Die Fälle Benin und Kongo entsprechen somit durchaus dem Modell der »politisch-kulturellen Revolution«, in denen das Volk gegenüber seinen Institutionen Überlegenheit erlangt.

Wie zu erkennen ist, entspringt die Einrichtung der Nationalkonferenz vor allem dem Bedürfnis, mit dem alten Regime abzurechnen. Die bisherigen Machthaber werden mit den zukünftigen konfrontiert, um Rechenschaft über ihre Amtszeit abzulegen und eine Analyse der Fehler der Nachunabhängigkeitsperiode zu ermöglichen. Zu bedenken ist, daß die nachkoloniale Herrschaftsstruktur eine Herausbildung von Öffentlichkeit nicht vorsah und die demokratischen Bewegungen somit auf einem weitgehenden Informationsdefizit über die tatsächliche

Vergangenheit ihres Landes aufbauen müssen. Da die Konferenzteilnehmer somit lediglich mit den Partikularerfahrungen ihrer bisherigen gesellschaftlichen Tätigkeit ausgestattet sind, dient die Rechenschaftsablegung auch dem Zweck, ein Gesamtbild des tatsächlichen Zustandes des Landes herzustellen und nach Verantwortlichkeiten zu fragen. Im Detail geht es dabei um den Verbleib von Finanzmitteln, die Haushaltsstruktur des Staates und den Inhalt von wirtschaftlichen Vereinbarungen oder Verträgen und weiteren Regierungsverpflichtungen.

Doch als Staatsgründungsakt hat die souveräne Nationalkonferenz vor allem die Aufgabe der Geschichtsaufarbeitung. Die Konferenzteilnehmer sind sich bewußt, daß eine Staatsneugründung nur auf der Basis von Vergangenheitsbewältigung möglich ist. Transparenz über die Geschichte herzustellen – dies dient der Klärung der Gegenwart und der Entscheidungsfindung über die Zukunft. Die ablehnende Haltung anderer Regierungen gegenüber der Nationalkonferenz ist zu einem großen Teil in der Furcht vor einer solchen Geschichtsaufarbeitung zu sehen. Kameruns Premierminister Sadou Hayatou begründete vor wenigen Monaten die Haltung seiner Regierung explizit auf diese Weise: »Welcher Kameruner könnte sich danach noch im Spiegel anschauen? Nehmen wir eine Nationalkonferenz nach dem kongolesischen Modell. Die Kongolesen sind in ihren Diskussionen bis 1948 zurückgegangen! Stellen wir uns vor, wir würden dasselbe machen. Für die Zeit bis 1958 würden wir die alte Kolonialmacht anklagen. Die Folge wäre eine Verschlechterung der Beziehungen mit Frankreich. Haben wir daran ein Interesse?

Ich sage: Nein. Dann werden wir die ersten 25 Jahre der Unabhängigkeit analysieren, von 1958 bis 1982. Wen wird man verunglimpfen? Den verstorbenen Präsidenten Ahidjo. Ohne daß er sich verteidigen kann.«

Natürlich ist diese Kritik nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, auch wenn das hinter ihr stehende machtpoli-

tische Interesse eindeutig ist. Vielmehr deutet sie auf ein Grundproblem hin, welches das Selbstverständnis der Nationalkonferenz insgesamt berührt. Die oben am Beispiel Kamerun ausgeführten Überlegungen gründen nämlich auf der Annahme, das betroffene afrikanische Land sei eine verhinderte Nation, eine zur demokratischen Gemeinsamkeit längst bereite Gesellschaft, deren zukünftiger Nationalentfaltung lediglich der bisherige Staat im Wege gestanden hätte. Das Volk, so die Annahme, sei seinen Institutionen nicht nur im demokratischen Sinne voraus, sondern auch im nationalen. Die Nationalkonferenz diene dem Zweck, die Hürde des bisherigen Regimes zu beseitigen und die »lebendigen Kräfte« der Gesellschaft zum Zwecke der Stiftung eines neuen demokratischen Nation freizulegen.

Dies birgt zwei Schwierigkeiten, die in der bisherigen afrikanischen Diskussion noch nicht gelöst worden sind. Zum ersten kann ein in der Gesellschaft vorhandenes Nationalbewußtsein nicht einfach vorausgesetzt werden. Gerade das Scheitern der bisherigen Entwicklungswege erzwingt eine Bereitschaft, über die gegensätzliche Eventualität und deren Konsequenzen nachzudenken: der einer Vielzahl noch nicht integrierter sozialer Horizonte und Interessen. Die zweite Schwierigkeit ergibt sich aus der ersten: Die Heterogenität der Erfahrungen, Forderungen und Ideale, aus denen sich die demokratischen Bewegungen Afrikas speisen und die ihre politische Kraft ausmachen, erlaubt keine institutionelle Verfestigung, welche das Moment der Bestandsaufnahme einem wie auch immer gearteten ideologischen Projekt unterwirft. Weder die Aufarbeitung der Geschichte noch die freie Diskussion um zukünftige Entwicklungswege können als Königswege zur Herstellung einer zuvor verfehlten demokratischen Nationalkultur dienen. »Demokratie läßt sich nicht wie Nescafé herstellen«, sagt der kenianische Soziologe P. Anyang Nyong'o.

Das Ziel der Nationalkonferenz beschränkt sich in der Praxis auf die Offen-

legung des Zustandes der Nation. Am Verlauf der Debatten zeigt sich, ob Eignigkeit über die Probleme und Lösungen des Lands besteht oder nicht. Dies müßte auch im Sinne der oben versuchten staatsphilosophischen Begründung liegen, welche die Nationalkonferenz als Medium der Freilegung von Zukunftsmöglichkeiten begreift. Ihre Legitimation bezieht sie daraus, möglichst akkurat den Zustand der Gesellschaft widerzuspiegeln und diesen Zustand in eine Form zu übersetzen, die politische Gestaltungschancen eröffnet. Möglicherweise wird erst ein Fortdauern dieser Wirren, in dessen Verlauf die Erfahrung der politischen Unsicherheit die der verworfenen diktatorischen »Stabilität« ablöst, neue demokratische Ordnungen und Gemeinwesen hervorbringen.

BERNHARD WEIMER

Afrika – Kein Thema mehr?

Über das Verschwinden Afrikas aus der Welt

Zunächst erscheint es geboten, das Fragezeichen in der Überschrift selbst zu hinterfragen bzw. es durch ein Ausrufezeichen zu ersetzen. Afrika scheint zu verschwinden, scheint in einem gewissen Sinne zu sterben.

Zunächst einmal müßte auf die alarmierenden Statistiken bzw. Indikatoren für Hunger, Unterernährung und mangelnde Ernährungssicherung, drückende Schuldenlast und steigende Arbeitslosigkeit bei sinkender Produktion, fortschreitende Umweltzerstörung, Desertifikation und Wassermangel sowie auf die Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen verwiesen werden. Insbesondere



Wiederaufforstung in Gambia

Foto: Netzhaut / Hoppe / Rapner

das Krankheitssyndrom Aids und seine fatalen Folgen bedrohen in nachhaltiger Weise gerade jene Institution, die Afrika immer wieder die schwersten Krisen hat überleben lassen: die Familie. In Analogie zur Kernschmelze eines Atomreaktors ist Aids mit dem »gesellschaftlichen GAU« gleichgesetzt worden. Doch selbst ohne Berücksichtigung der Aids-bezogenen »Katastrophendynamik« bzw. »Katastrophenszenarien« bleiben die sozio-ökonomischen und ökologischen Indikatoren im kritischen Bereich der Alarmskalen. So ist, um hier auf einen Indikator zu verweisen, Afrika so gut wie völlig aus dem Welthandel verschwunden, da sein ehemals ohnehin geringer Anteil am Welthandel von 2,4 % (1970) auf 1,3 % (1988) gesunken ist und weiter sinkt. Die Bedeutungslosigkeit Afrikas für den Handel und die Investitionen der bundesdeutschen Unternehmen wird in einer neueren Studie dokumentiert: »Die knapp 50 Territorien und Länder Afrikas südlich der Sahara bringen alles in allem einen Anteil von weniger als einem Pro-

zent in die Waagschale des deutschen Außenhandels und der Direktinvestitionen.« Die *Weltbank* hat in ihrer bislang umfangreichsten Studie über die Lage Schwarzafrikas dramatische Töne angeschlagen und spricht von »Niedergang« und einem »wachsenden Gefühl von Hoffnungslosigkeit« bei vielen Menschen in Afrika. Die Lage werde sich weiter verschlechtern, sofern keine neu konzipierte Anpassungspolitik betrieben werde, für die ein umfassendes Programm zur »Entwicklung menschlicher Ressourcen«, ein Programm zum »Schutz der Armen und wirtschaftlich Schwachen in der afrikanischen Gesellschaft«, sowie die Verdoppelung der nach Afrika fließenden Entwicklungshilfe die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Allein letztere Bedingung, die Verdoppelung der Entwicklungshilfe, scheint eine illusorische Forderung zu sein, wenn man die stagnierenden bzw. rückläufigen Trends der Haushalte der staatlichen Entwicklungskooperation mit

Afrika bzw. der privaten Afrika-bezogenen Spendenaufkommen zu Beginn des Jahres 1991 in Rechnung stellt. Nach Auskunft von Vertretern der besonders auf Afrikahilfe spezialisierten Nicht-Regierungsorganisationen gehen die Überweisungen von für Afrika bestimmte privaten Unterstützungsgeldern und die anderen Zuwendungen der Hilfswerke und Wohlfahrtsverbände deutlich zurück. Die Mittel der bilateralen und multilateralen staatlichen Entwicklungskooperation, etwa der EG und ihrer Mitglieder, werden bestenfalls stagnieren, und dies in einer Situation, in der laut Weltbank nicht nur eine Verdoppelung dieser Mittel dringend geboten wäre, sondern in der Befürchtungen Afrikas nicht von der Hand zu weisen sind, der reiche Westen bzw. Norden orientiere sich eher an den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Mittel- und Osteuropa und am Wiederaufbau der Golfregion als an den Bedürfnissen Afrikas, in der aber andererseits die meisten afrikanischen Länder durch den Golfkrieg höhere Kosten, insbesondere für Rohöl, aufgebürdet bekamen. Der Golfkonflikt kostete das devisaarme Afrika mindestens 2,7 Mrd. US-Dollar allein durch die ihn begleitende, zeitweilige Erhöhung der Rohölpreise.

Doch selbst unter der – unrealistischen – Annahme, daß die Mittel für eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe an Afrika zustande kämen, wären unter den gegebenen Bedingungen die Aussichten für eine grundlegende Verbesserung der materiellen Lage aller Afrikaner skeptisch zu beurteilen. Es ist ja nicht zu übersehen, daß die bisherige Form der Hilfe und die Rahmenbedingungen, unter denen sie gewährt und in Programmen und Projekten angewendet wurde, mit zum ökonomischen Niedergang Afrikas beigetragen haben. Bilanziert man etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, die landwirtschaftliche Kooperation der EG mit Afrika im Rahmen der Lomé-Verträge (Agrarhandel, ländliche Entwicklungsprojekte, STABEX), so hat sich per Saldo die Lage der afrikanischen Kleinbauern kaum verbessert, während sich eine dünne Schicht der afrikanischen

Staatsklassen bereichern und die EG ihre Agrarinteressen weitgehend durchsetzen konnten.

Daher ist plausiblerweise anzunehmen, daß die Fehlkonzeption der Hilfe in Wechselwirkung mit den unzulänglichen sozio-ökonomischen und politischen Verhältnissen in Afrika das Ihre zum »Verschwinden« des schwarzen Kontinents beigetragen haben. Insofern stellt sich auch nicht primär die Frage nach einer quantitativen Erhöhung der Transfers nach Afrika, sondern nach der qualitativen Veränderung der Rahmenbedingungen, unter denen die Entwicklungskooperation stattfindet. Dies schließt auch politische Reformen, »popular participation«, und Demokratisierung »von unten«, vermehrtes »institution building«, die Umschichtung der Staatshaushalte in Afrika usw. ein. Derartige Forderungen sind mittlerweile Gemeinplatz geworden und werden nicht nur von der Weltbank und bilateralen staatlichen Organisationen, dem UN-Development Program (UNDP) und Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf der Geberseite erhoben, sondern auch von afrikanischen Basisorganisationen, Intellektuellen und führenden Politikern, auch im OAE-Rahmen.

Die Forderung nach längst überfälligen Reformen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade jetzt zusätzliche Finanzmittel für Afrika gebraucht werden, und zwar dringend und vor allem in Form von Nothilfe. Denn die für Afrika negativen Veränderungen im internationalen System werden ausgerechnet zu einem Zeitpunkt besonders virulent, zu dem nach Meinung internationaler Hilfsorganisationen, wie OXFAM und FAO, 15 bis 20 Mio. Menschen in Angola, Mosambik, Äthiopien, Eritrea, Liberia, Ruanda, Somalia, Sudan und Uganda wenn nicht vom Hungertod unmittelbar bedroht, so doch akut gefährdet erscheinen. Und in Angola, Mosambik, Äthiopien und Liberia käme es gerade jetzt darauf an, fragile Friedensvereinbarungen durch gezielte, zusätzliche materielle Hilfe, insbesondere Nothilfe, zu festigen, ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

Was die Großmächte anbelangt, so ist ihr Rückzug bzw. »Desengagement« aus Schwarzafrika seit geraumer Zeit zu beobachten. Insbesondere die Sowjetunion scheint sich überstürzt aus Afrika zurückzuziehen, weil sie, *erstens*, ihre Politik der vergangenen Jahrzehnte gegenüber dem schwarzen Kontinent inzwischen mehr oder weniger als verfehlt und teuer, als politische und ökonomische »Fehlinvestition« betrachtet, und weil, *zweitens*, der Bevölkerung zu Hause, gleichermaßen desillusioniert von der sowjetischen Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte und den wirtschaftlichen Folgen der Perestroika, das »Hemd näher ist als die Hose«. Entsprechend gering ist die Bereitschaft sowjetischer Politiker und Experten, für eine sowjetische Entwicklungspolitik zugunsten Afrikas Partei zu ergreifen. Statt dessen ist eine »Pause« in den sowjetisch-afrikanischen Beziehungen angesagt.

Auch führende Vertreter der US-amerikanischen Regierung gehen davon aus, daß das Thema Afrika für die Außen- und damit auch die Innenpolitik der USA, insbesondere im Hinblick auf Wahlen, von untergeordneter Bedeutung ist. Entsprechend gering ist das Engagement. Die überraschende Erhöhung der bilateralen Hilfe für Afrika im Jahr 1991 um 200 Mio. US-Dollar über die von Präsident Bush geforderte Summe ist eher als Zufallsergebnis denn als Ausdruck einer dezidierten Afrikapolitik zu werten, weder auf seiten des US-Kongresses noch auf jener der Regierung. Das wirtschaftliche und geo-strategische Interesse der USA an Afrika dürfte daher gering bleiben. Überdies, so wird der frühere Afrika- und Abrüstungsexperte der Reagan-Administration, Ken Adelman, zitiert, sei Afrika kein Erfolgsmodell, das Inspiration und Orientierung böte.

Afrika »nach dem Ende des Ost-West-Konflikts« und am Beginn einer Phase rückläufigen Interesses und Engagements der Supermächte und der wichtigsten Geber bedürfe eines »neuen Realismus« und müsse seine Entwicklungschancen bei sich selbst entdecken, so die Diagnose Winrich Kühnes.

Doch, so ist zu fragen, schließt dieser »neue Realismus« auch Chancen des Experimentierens sowie politische Wahlmöglichkeiten ein, wie sie Ausdruck jener freiheitlichen Ordnung sind, die der zivilisierten Welt zu Recht so sehr am Herzen liegt?

In der *Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik* stehen die Wahlmöglichkeiten Afrikas nur auf dem Papier, wenn man den hohen Verschuldungsgrad des schwarzen Kontinents und die auch damit zusammenhängende Abhängigkeit von den Washingtoner Institutionen (Weltbank, Weltwährungsfonds) der reichen Geberländer in Rechnung stellt, die die Strukturanpassungspolitik der ersten mittragen. Dies soll nicht heißen, daß deren Strategien und Rezepturen per se unangemessen und fehlgeleitet wären. Doch eigenständige Konzepte und Versuche afrikanischer Provenienz, sei es etwa der mehrjährige Versuch Sambias, ohne IMF/Weltbank-Strukturanpassungsprogramme auszukommen, oder der Versuch der OAU und der UN Economic Commission for Afrika (ECA), auf der Grundlage der Deklaration der »Khartoum Conference on the Human Dimension of Africa's Economic Recovery and Development« vom März 1988 einen afrikanischen Alternativrahmen für Strukturanpassungsprogramme zu formulieren, besaßen angesichts der geballten Macht von Weltbank, IMF und den reichen Industrieländern von Anfang an wenig Aussichten auf Erfolg.

Dies kann – in dieser zugespitzten Form zumal – nur die eine Seite der Medaille sein. Die andere Seite betrifft Afrika selbst, die »autochthonen« Zerstörungen und Verwüstungen, die sich dort, wie es scheint, in progressiver Weise manifestieren, verursacht durch Afrikaner selbst. Zu denken wäre etwa an die Bürger- und Sezessionskriege, an gewaltsam ausgetragene Macht- und Stammeskämpfe in vielen Teilen Afrikas, die oftmals in unerbittlicher Grausamkeit geführt werden. Allein schon die auf 10 Mio. Menschen geschätzte Zahl von Flüchtlingen auf dem afrikanischen Kontinent – nicht mitgezählt die Vertriebe-

nen in den eigenen Ländern – gibt einen Anhaltspunkt dafür, welch ungeheures Elend und welche sozialen, ökologischen und ökonomischen »Verwerfungen« von diesen Kriegen verursacht werden. Zu nennen sind aber auch die Menschenrechtsverletzungen (Folter, Inhaftierungen ohne Anklageerhebung etc.), die in zahlreichen afrikanischen Ländern – mit unterschiedlichen Formen politischer Herrschaft – begangen werden aus Gründen der »Staatsraison« und des Erhalts der Macht von einzelnen Autokraten und Diktatoren, von »Eliten« und Parteien. In den Afrika-Karten von Amnesty International (AI) waren in den vergangenen Jahren kaum weiße Flächen zu sehen, die Länder markieren (wie z. B. Botswana), in denen die Menschenrechte eingehalten werden.

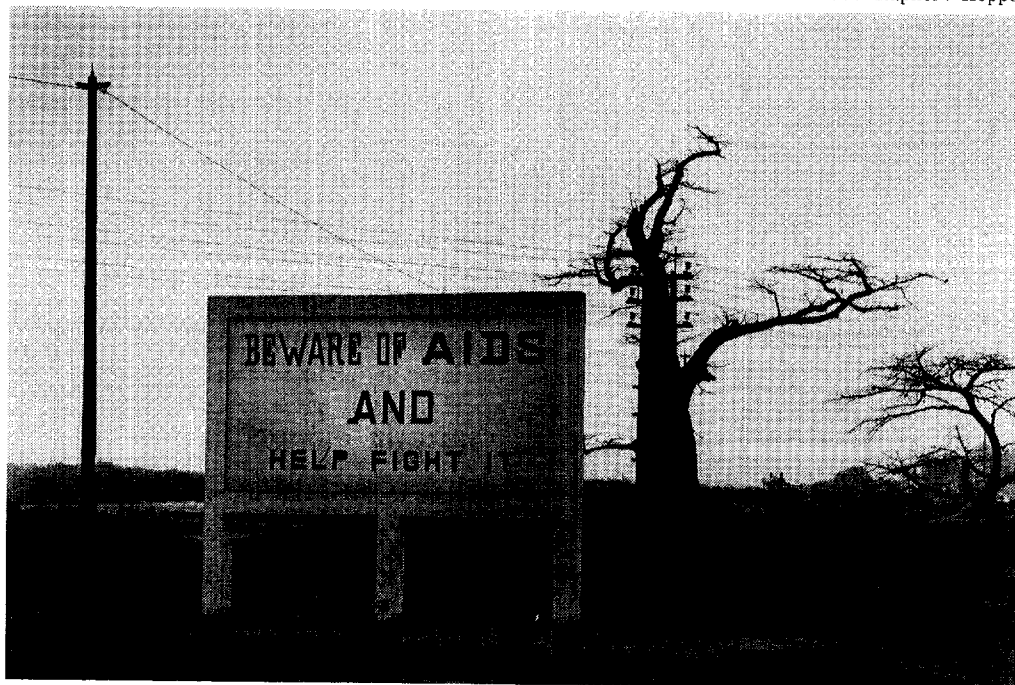
Und schließlich, mit den vorgenannten Faktoren zusammenhängend, ist das wirtschaftliche »Absahnen« zu nennen, mit dem politische und wirtschaftliche Machteliten in zahlreichen afrikanischen Ländern ihre eigenen Bevölkerungen (aber auch Steuerzahler in den Geberlän-

dern) ausbeuten und betrügen. Korruption und Mißwirtschaft sind auch Ursachen der sozialen und ökonomischen Misere in Afrika und dessen Verschwindens von der ökonomischen Bildfläche.

Ein selbstbewußtes, freies Afrika verschwindet indes nicht nur durch die Herrschaft der »korrupten, ruchlosen, unfähigen Cliquen, die ihre Staaten in Kleptokratien verwandeln und ihre Völker ausbluten«. Es verschwindet auch durch die drückende Schuldenlast, die Marginalisierung in der Weltwirtschaft und die drastische Verringerung der Freiheitsgrade seines politischen Handelns. Darüber hinaus verschwindet Afrika von den Bildschirmen und aus den Gazetten. In den letzten Monaten haben Osteuropa, die deutsch-deutsche Vereinigung und der Golfkonflikt die Fernsehkanäle und Schlagzeilen monopolisiert. So wundert es nicht, daß Afrika-Korrespondenten sich über die mehrfache, sich z. T. über vier Monate hinziehende Verschiebung von Sendungen, etwa zum Thema Aids in Afrika, beklagen, einem Thema, so der betroffene ARD-Korrespon-

Hinweisschild in Gambia

Foto: Netzhaut / Rapner / Hoppe



dent, »... das nach den Kriterien des Nachrichtenwesens wohl heute noch keine Meldung ist, doch vielleicht morgen schon eine Mega-Katastrophe«.

Was verschwindet, wenn Afrika verschwindet?

Verschwindet ein Kontinent, bzw. droht er zu verschwinden, so verschwindet zwangsläufig ein Teil unseres Weltbilds und des Bildes von uns selbst. Damit geht uns die Möglichkeit verloren, uns im Anderen, Fremden, widerzuspiegeln, d. h. uns selbst, unser Selbst, zu erkennen.

Die folgenden Überlegungen sind sehr stark vom eigenen Erleben des Verfassers in Afrika und Europa geprägt und unterstellen ein Spannungsverhältnis zwischen »afrikanischer Weltanschauung« und »ökonomischer Rationalität«. Dabei ist der Einwand sicherlich nicht völlig zu entkräften, daß Aussagen über Afrika auch gewisse projektive Momente enthalten können. Dennoch sei hier unterstrichen, daß der Verfasser von der Prämisse ausgeht, daß sich »der Neger« in keinsten Weise von »dem Europäer«, »dem Indianer« usw. unterscheidet, was die substantiell-geistigen Dimensionen des Menschseins anbelangt, bzw. sich »der Neger« in »dem Europäer« genauso wiederfindet, wie dies umgekehrt der Fall ist.

Wenn also über jene Qualitäten gesprochen wird, von denen der Verfasser annimmt, daß sie im Begriff sind, in Afrika verloren zu gehen, dann heißt dies nicht, daß diese Qualitäten des menschlichen Zusammenlebens in anderen Kulturen nicht existierten oder existiert hätten. Um welche Qualitäten handelt es sich, was geht verloren, was tritt an dessen Stelle?

– Verloren gehen die Kunst der freien Rede, die mündliche Überlieferung sowie die Vielfalt der Sprachen, die das jeweils Angemessene auszudrücken vermögen und die im Jetzt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft bilden. An ihre Stelle tritt zunehmend das kodifizierte Wort, der

objektivierbare Begriff, das, was Schwarz auf Weiß geschrieben steht. In letzter Konsequenz setzt sich daher *eine* Weltsprache, die Weltsprache der Schlüsselbegriffe durch, sowie die standardisierte, vereinheitlichte Sprache des Computers. In seiner Sprache lassen sich aber keine Visionen, keine Zukunftsentwürfe ausdrücken, weil ihm dafür eine der Voraussetzungen, die Fähigkeit des Vergessens, des »Entlassens« von Ereignissen und Informationen in die Geschichte, der Mythos, fehlt.

- Verloren geht die in Afrika nach wie vor spürbare Lebendigkeit und Offenheit, das Leidenschaftliche, der lebendige Geist, der sich in Arbeit, Tanz und Gebet manifestiert. Die Starrheit, Gewohnheit und Gewöhnung, der Stress, scheinen Platz zu greifen.
- Verloren gehen die vielfältigen Formen von »Zeit« sowie das Bewußtsein davon, daß sich Zeit zyklisch manifestiert, ewig ist und man sich von dieser nur zu nehmen braucht, was man benötigt. Damit geht auch die wichtigste Voraussetzung für Selbstbestimmung und Selbstorganisation verloren. Statt dessen greift auch in Afrika eine Form der Zeit um sich, die abgezählt, portioniert und knapp ist, die einem permanent fehlt. Wann wird Afrika von einem »Kontinent der Zeit« endgültig zu einem »Kontinent der Uhren« werden?
- Verloren geht damit auch die erfahrbare Bewegung, die Langsamkeit der Fortbewegung, das Bewußtsein für den dafür nötigen Energieaufwand und die bestehenden Risiken. Statt dessen schiebt sich auch in Afrika die hohe Geschwindigkeit und die Beschleunigung durch die Maschine sowie die simulierte Bewegung, die simulierte Wirklichkeit und das sitzende Erleben der Welt vor dem Bildschirm und vom Auto aus in den Vordergrund.
- Verloren geht der Sinn für das Teilen, auch im Sinne von Mit-Teilen, in der Familie, in der Gemeinschaft, als Voraussetzung des gesellschaftlichen Le-



Das Bewußtsein gegenüber unserer Umwelt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Die Erhaltung der Natur wird heute von fast allen Menschen als wesentliches Ziel genannt – im Interesse einer lebenswerten Zukunft.

Uns bewegen die gleichen Sorgen.

Als Energieproduzent und Dienstleistungsunternehmen sind wir uns der Verantwortung bewußt, ökonomische und ökologische Anforderungen so weit wie möglich in Einklang zu bringen. Techniken kann man ersetzen, die Umwelt nicht. Ziel ist es deshalb, Umweltbelastungen, wo immer sie auftreten, so gering wie möglich zu halten – und ständig nach Verbesserungen zu suchen.

Bereits erzielte Fortschritte – etwa bei der Rauchgasentschwefelung und -entstickung von Kohlekraftwerken – sind bedeutsam, aber selbstverständlich kein Grund für uns stehenzubleiben. So erarbeiten wir neue Konzepte für jede Art von Kraftwerken, damit aus möglichst wenig Primärenergie möglichst viel Strom gewonnen wird. Energie, die von vornherein eingespart wird, läßt Schadstoffe erst gar nicht entstehen – das gilt im Großen wie im Kleinen, das gilt für konventionelle Kraftwerke wie für kerntechnische Anlagen.

Wir wollen unseren Beitrag leisten – und das ist kein Lippenbekenntnis: Schließlich haben wir keine andere Umwelt und Zukunft als Sie.

E n e r g i e u n d I d e e n

VEW AG · Hauptverwaltung
Rheinlanddamm 24
4600 Dortmund 1

VEW

bens, der Produktion und Zirkulation und damit des wirtschaftlichen Erfolges und des sozialen Wohlergehens. Was sich in den Vordergrund schiebt, ist das Besitzen, das Behalten, das Nicht-Hergeben.

Da die genannten, im Verschwinden begriffenen Qualitäten nicht von den afrikanischen Gesellschaften, in denen sie sich manifestieren, abstrahiert werden können, sind diese potentiell »Gesellschaften bedrohter Völker«. Paradoerweise wird aber gerade den afrikanischen Völkern bzw. Gesellschaften nicht nur explizit ein (Völker-)»Recht auf Entwicklung« zugestanden (etwa in der afrikanischen Menschenrechts-Charta, Art. 22), sondern man sieht in ihnen und ihren Unterorganisationen entscheidende Agenten für sozialen Wandel, Demokratisierung und Entwicklung gerade dort, wo der afrikanische Staat von Schwäche, Ineffizienz und »De-Territorialisierung« gekennzeichnet, sowie vom Wohlwollen eines benevolenten internationalen Systems abhängig ist.

Die für Afrika reklamierten Erscheinungen des Verschwindens müssen also befürchten lassen, daß jene Institutionen zunehmend gefährdet sind, die Wesentliche zu einer »Gesundung« des Krisenkontinents beizutragen hätten. Aber mehr noch: Mit dem Verschwinden des direkten Erlebens, der gelebten Wirklichkeit, des unmittelbaren Miteinander, des Bewußtseins von Zeit, deren »Sinn das Werden ist«, von »Vielfalt«, »Gemächlichkeit« und »Selbstbestimmung« verschwinden genau jene Eigenschaften und Qualitäten, die laut Peter Kafka *weltweit* zur Anwendung kommen müßten, soll die rasch fortschreitende »Erkrankung der Welt« geheilt, den zukünftigen Generationen überhaupt ein Leben ermöglicht und dem physikalisch-thermodynamisch begründeten »Grundgesetz vom Niedergang« ein evolutionäres Pendant, das »Grundgesetz vom Aufstieg« ausgleichend zur Seite gestellt werden. Das – paradoxe – Motto kann daher für den politisch denkenden Physiker Kafka nur lauten: »Es muß sich so schnell wie möglich etwas ändern – und

zwar überall. Also *in Eile zur Gemächlichkeit* und *global zur Vielfalt*. Dies ist der Sprung im Raum der Möglichkeiten, die Revolution, die wir herbeiführen müssen . . . Die Evolution hat in uns, in den Gestalten, die die Krise herbeiführen mußten, auch die Fähigkeit entwickelt, sie zu überwinden . . . Im Menschen hat sich die Freiheit entwickelt, sich selbst Schranken zu setzen.« (P. Kafka, *Das Grundgesetz vom Aufstieg*, München 1989)

Der »Mondialisierungsprozeß« des modernen Systems

Mit dem Frankfurter Ethno-Soziologen Tirmiziou Diallo aus Guinea teilt der Verfasser die *These*, daß der von Europa über Nordamerika sich ausbreitende Prozeß der weltweiten Ausdehnung eines modernen ökonomisch-politischen Systems die Hauptursache für die Krise darstellt, deren Afrika-spezifische Elemente im Vorhergegangenen skizziert wurden. Wie Virilio und andere postulieren, vollzieht sich dieser Prozeß immer schneller, auch gewaltsamer, und überzieht die Welt u. a. mit einem »Kapitalismus« genannten Wirtschaftsmodell, das zur Vereinheitlichung und zur Verweltlichung der Welt und zum Verlust ihrer Vielfalt führt. Dieser Prozeß und seine Selbstbeschleunigung bedroht nicht nur Afrika und die »Entwicklungsländer«, sondern letztendlich auch die anglo-europäische Kultur selbst, da das zugrundeliegende Wachstums- bzw. Beschleunigungs-Modell letztlich nur die Wahl zwischen ökologischer oder sozialer Katastrophe zuläßt, ohne Rücksicht auf staatliche oder kontinentale Begrenzungen.

Lösungsmöglichkeiten oder Erlösung?
Zum Primat des Dialogs

Richard Harvey Brown geht von der Annahme aus, daß sinnvolle und praktikable Maßnahmen zur Verhinderung globaler Katastrophen und Ungleichgewichte entweder nur innerhalb einer einzigen, einheitlichen Konzeption von Welt oder eines weltweiten Diskurses möglich seien. (Richard Harvey Brown, *Telos*

und Transformation gesellschaftlicher Bedeutungssysteme. Einem neuen Weltbild entgegen, in: Kamper/Wulf (Hrsg.), *Ende der Welt*, S. 32–51.) Im Hinblick auf die erste Alternative diskutiert er drei Optionen, die Welt, vor allem in ökonomischer Hinsicht, gewissermaßen neu zu schaffen:

- eine starke Macht könnte ein Regelungs- und Legitimationssystem mit oder ohne Einwilligung der Mehrheit der anderen Mitglieder koordinieren;
- supra-nationale Institutionen könnten die Oberhoheit über die Wirtschaft bestimmter Nationen übernehmen;
- ein partnerschaftlicher Verband der wichtigsten Nationen könnte die Weltwirtschaft koordinieren.

Der Autor ist sich durchaus dessen bewußt, daß jedes dieser drei Szenarien seine eigenen Schwierigkeiten hat, die man um ein Mehrfaches vervielfältigen könne, wenn man neben ökonomischen Faktoren auch Umweltaspekte und Kriegführung mit ins Kalkül einbezieht. Aber er hält einen neuen, weltweiten *contrat social* prinzipiell für möglich, auch wenn er die dringliche Frage nach der erforderlichen neuen Qualität der Wirtschafts-, Geld- und Sozialordnungen) unbeantwortet läßt.

Diese Alternative erscheint nur auf der Grundlage des Dialogprinzips, in seiner Doppelbedeutung des Mit-teilens und Teilens denkbar: »Ein an historischen und auch an gegenwärtigen Maßstäben gemessener Wohlstand ist auch ohne den verschwenderischen Umgang mit den Ressourcen möglich und ohne das besitzergreifende Konkurrenzdenken, die moderne Zivilisation kennzeichnen. Die Wahl eines einfacheren Weges, eines Lebens in mehr Harmonie mit anderen Menschen und mit der Natur, wird von den Weisen vieler Kulturen schon seit Jahrtausenden verfochten. Heute ist eine solche Perspektive zu einem Imperativ geworden. Auf diesem Hintergrund gesehen, ist nicht der materielle oder technologische, auch nicht der institutionelle Mangel am bedrohlichsten, sondern der Mangel an Werten, an gemeinsamen

Symbolen, die die Grenze dessen erweitern, was die verschiedenen Völker der Erde als »menschlich« betrachten und die so eine Legitimation für Altruismus und Opferbereitschaft liefern könnten, die für jedes nicht-totalitäre Szenario unerläßlich sind, wenn es sich mit unseren weltweiten Problemen auseinandersetzt.«

Genau darin ist das Wesentliche der Forderung nach einem *Weltethos* zu sehen, wie sie z. B. Hans Küng (Hans Küng, *Projekt Weltethos*, München/Zürich 1990) erhebt. Die Realisierung dieser Forderung beruht dabei auf mindestens drei politisch-kulturellen Voraussetzungen bzw. Einsichten,

- daß das Konzept des Nationalstaats nicht nur in Afrika eine Fiktion, sondern auch weltgeschichtlich begrenzt ist,
- daß Ethnizität und Regionalismus nicht negative afrikanische Eigenarten sind, sondern ein weltweites Phänomen widerspiegeln und
- daß demzufolge die wechselseitige Akzeptierung und Integration von ethnisch-regional bedingten »Weltanschauungen« eine Bedingung sine qua non für die Schaffung eines weltweiten Kulturdialogs ist.

Demnach gehört der inter-kulturelle, letztendlich der interreligiöse Dialog zum unverzichtbaren Bestandteil eines Prozesses, der zur Herausbildung eines *Weltethos* führt. In diesem Dialog ist für die Völker, die Internationale Gemeinschaft, die Welt und deren Überleben jene Qualität zu sehen, die dem Atmen des Individuums entspricht: »Nur wer dialogfähig ist, wird überleben.«

Abschließende Überlegungen

Zurückkommend auf die Ausgangsfrage, läßt sich im Lichte des Gesagten folgern, daß es in unserem eigenen Interesse, im Interesse der reichen Länder des Nordens liegt, auch mit dem schwarzen Kontinent – wo die Wiege der Menschheit liegt – in den Dialog zu treten, auf der Grundlage von Gleichberechtigten und in

Anerkennung des Grundtatbestands, daß zum Überleben die Vielfalt Voraussetzung war und ist. Das Verschwinden Afrikas aus unserer Wahrnehmung und unserem Weltbild bedeutet auch immer zugleich das Verschwinden eines Teils von uns selbst und unterstreicht die Notwendigkeit, zu erforschen, welcher Teil warum verschwindet. Dabei braucht nicht zwangsläufig davon ausgegangen zu werden, daß der verschwundene Teil für immer verloren ist: Wie das Beispiel der Dreifelder-Wirtschaft zeigt, kann es sinnvoll sein, einen Teil der Ressourcen zyklisch aus dem Verkehr zu ziehen, »zu vergessen«, »verschwinden zu lassen«, zu Zwecken der Regeneration, der Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit. Vielleicht bietet sich die Analogie an, Afrika in seiner gegenwärtigen Phase als im Zustand der Brache befindlich zu begreifen, als ein Kontinent, der aus Gründen der Regeneration und der Reproduktion des Gesamtsystems den Wirtschaftskreisläufen entzogen ist. Und in der Tat wird im »Verschwinden« des schwarzen Kontinents aus dem Koordinatensystem des beendeten Ost-West-Konflikts *die* Chance für einen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Neubeginn und Wiederaufbau gesehen. Wenn dem so wäre, dann müßte allerdings ganz klar gesehen werden, daß dies kein Neubeginn für Afrika allein sein kann, sondern dieser Neubeginn auch im Dienste derjenigen Regionen und Zonen stehend zu sehen ist, die in Zukunft dem Verschwinden, der Brache, anheimfallen könnten. Daß auch Europa vom Verschwinden, vom Sterben, eines Tages betroffen sein könnte und es genau deswegen die (kulturelle) Vielfalt und damit auch Afrika zum Überleben braucht, hat im letzten Jahrhundert bereits der Schweizer Philosophiehistoriker Jacob Burckhardt angesprochen: »Tödlisch für Europa ist immer nur Eins erschienen: erdrückende mechanische Macht, möge sie von einem erobernden Barbarenvolk oder von angesammelten heimischen Machtmitteln im Dienst Eines Staates oder im Dienst Einer Tendenz, etwa der heutigen Massen, ausge-

hen. Retter Europas ist vor Allem, wer es vor der politisch-religiös-sozialen Zwangseinheit und Zwangsnivellierung rettet, die seine spezifische Eigenschaft, nämlich den vielartigen Reichtum seines Geistes, bedroht.«

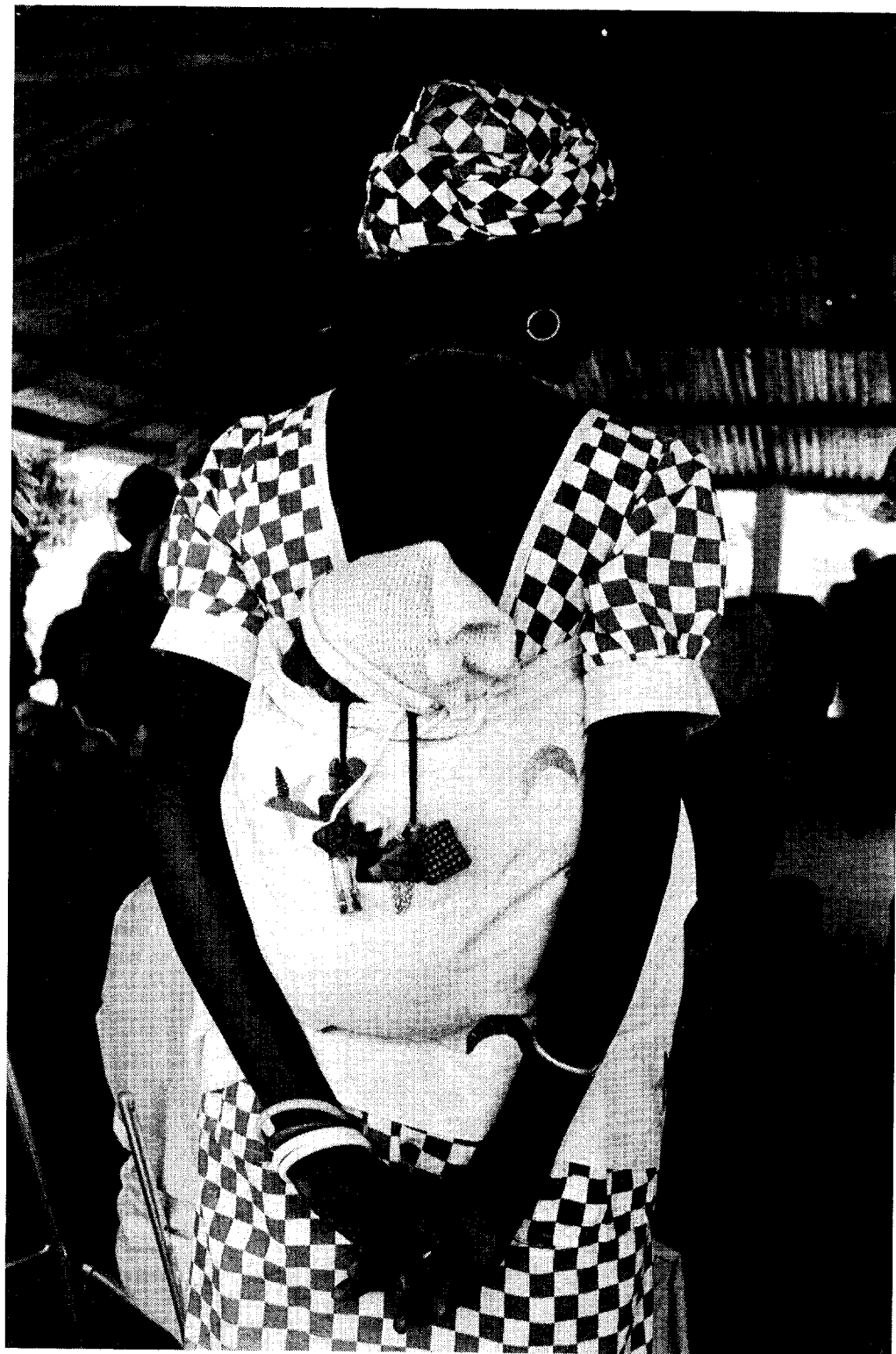
Und in der UNESCO-Studie mit dem Titel: »Priority Future-oriented Studies for the Year 2000« heißt es analog für die ganze Welt: »For culture in the face of the trend towards cultural homogenization, the main challenge consists of guaranteeing cultural plurality, that is, ensuring the exercise (sic!), maintenance and betterment of divers cultural alternatives in a new political and social order, that articulates them in conditions of equality and makes possible their mutual enrichment. Thus cultural plurality is seen not an obstacle, but as a resource, the basis and a promise for the construction of societies that are fairer, more democratic and more creative.«

Insofern müßte die Überschrift dieses Essays eigentlich gelautet haben: »Afrika – das Thema, das alle Kulturen und Gesellschaften besonders angeht.«

WALTER MICHLER

Weltgeschichtlich nicht im Abseits: Perestroika in Schwarzafrika

Entweder es gibt eine Massenflucht, oder die Menschen werden sterben; jeder Tag bringt unsere Bevölkerung dem Hungertod näher.« So appellierte bereits Mitte März Berhe Tesfamariam von der Hilfsorganisation der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) an die Weltöffentlichkeit. Wenige Tage später erklärte die Deutsche Welthungerhilfe: »In Afrika bahnt sich eine Katastrophe millionenfachen Hungers an, ohne daß die internationale Gemeinschaft davon



Notiz nimmt.« Mehrere kirchliche Hilfswerke schlossen sich dieser Auffassung an und appellierten an die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft, unverzüglich eine Soforthilfe-Aktion für 20 Millionen Hungertod-bedrohte zu starten. Auch das EG-Parlament forderte anschließend ein Sonderprogramm in Höhe von 750 000 t Getreide, um ein Massensterben in letzter Minute zu verhindern.

Doch trotz der Eindringlichkeit dieser Appelle und der katastrophalen Not-situation in acht Staaten Schwarzafrikas beschloß die EG lediglich Hilfsmaßnahmen in Höhe von 400 000 t Getreide, und zwar erst Anfang Mai. Wieviele Menschen wegen dieser *verspäteten* und *geringen* Hilfe sterben müssen, wird sich erst während der nächsten Monate zeigen. Abertausende werden es mit Sicherheit sein. Sicher ist freilich auch: Hätten die Medien – insbesondere die großen Fernsehanstalten – über Schwarzafrikas neue Katastrophe berichtet, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, dann wäre die Hilfsentscheidung der EG schneller getroffen und mehr Getreide zur Lebensrettung bewilligt worden.

Festzuhalten bleibt allerdings auch: Nicht ganz Schwarzafrika ist erneut von einer Hungerkatastrophe getroffen, sondern »nur« acht Staaten: Sudan, Äthiopien, Somalia, Mosambik, Malawi, Angola und Liberia sowie einige Regionen innerhalb der Sahelzone am Südrand der Sahara. In den übrigen 35 Staaten Schwarzafrikas gibt es derzeit keine akuten Versorgungseinbrüche, wohl aber strukturelle Unterentwicklung. Während die Staaten am Horn von Afrika (Äthiopien, Sudan, Somalia: Gesamtbevölkerung ca. 80 Mio. Menschen) durch die langjährigen Kriege immer mehr in Schutt und Asche versinken, während hier die Begrifflichkeit kaum noch ausreicht, die Situation angemessen zu beschreiben, ist aus einer großen Gruppe anderer Länder Positives, Erstaunliches, ja völlig Überraschendes zu vermelden: Rund 20 Staaten entschieden sich während der letzten anderthalb Jahre, den Weg zur Mehrparteiendemokratie einzuschlagen.

»Wir stehen am Beginn einer neuen Ära in Afrika, einer Ära, in der Führer nicht länger die Meinungen und Stimmen ihrer Mitmenschen und deren Grundrechte ignorieren können«, so der ehemalige Staatspräsident Nigerias, Olusegun Obasanjo, auf einer internationalen Fachkonferenz 1990 in Paris, die sich mit den Auswirkungen des politischen Systemwandels in Osteuropa auf Afrika befaßte. Obwohl von Kommentatoren oft behauptet, liegt Schwarzafrika doch nicht im Abseits der Weltgeschichte, zumindest teilweise nicht: Die in Osteuropa geborene und dort entfachte Perestroika ist längst zu einem neuen *wind of change* für den afrikanischen Kontinent geworden.

Schwarzafrika erlebt derzeit die tiefgreifendsten Umbrüche seit dem Ende des »territorialen Kolonialismus«, als der erste *wind of change* die weißen Fremdherrscher verjagte. Das führte vor einer Generation, im Jahr 1960, zur Wiedergeburt Afrikas. Denn damals konnten 17 Kolonien ihre formale Unabhängigkeit und staatliche Selbständigkeit gegenüber Europa durchsetzen. Der neue *wind of change* markiert den Anbruch eines zweiten »Uhuru-Zeitalters«: Schwarzafrika ist dabei, sich von jenen »Haifischen der Unabhängigkeit« und »Scheckbuchrevolutionären« zu befreien, die sich an der Wiedergeburt Afrikas veründigten, weil sie sich in den Sesseln der Macht nicht viel besser, manchmal noch schlimmer gebärdeten als zuvor die weißen Kolonialherren.

Der politische Systemwandel in Osteuropa sowie die veränderten Ost-West-Beziehungen haben zusammengefaßt die folgenden Auswirkungen auf die innerafrikanischen Geschehnisse:

1. Fast alle Staaten haben den Marxismus-Leninismus als offizielle Staatsideologie aufgegeben; der real existierende Sozialismus als Entwicklungsmodell hat ausgedient.

2. Eine Demokratisierung der afrikanischen Gesellschaften hat begonnen, und man kann davon ausgehen, daß dieser Prozeß nicht mehr umkehrbar ist. Gleichwohl ist es bis zur Erreichung

wirklich demokratischer Verhältnisse noch ein sehr weiter Weg, denn diese sind mit der bloßen Einführung eines formalen Mehrparteiensystems noch keineswegs realisiert.

3. Die Einparteiensysteme sind de facto auf dem Rückzug. Diejenigen, die sie weiter aufrechterhalten wollen, geraten in immer größere Legitimationszwänge, und zwar nach außen wie nach innen.

4. Ökonomisch ist vielfach – zumindest auf dem Papier – eine Wende zur Marktwirtschaft angebrochen, und zwar gemäß der Maxime: weniger Staat und weniger Dirigismus.

Möglich wurde diese »Schwarzafrikanische Perestroika« durch die sog. »Nach-Uhuru-Generation«, durch jene neue Generation, die nicht um die Unabhängigkeit – um die erste Wiedergeburt – gekämpft hat, sondern die unter den eigenen Herrschern ins Erwachsenenalter gekommen ist. Und diese neue Generation pocht auf Veränderung, pocht immer stärker auf die demokratischen Bürgerrechte, will das Joch der – wie sie sagt – »modernen Monarchen Afrikas« abschütteln. Diese Generation war es auch, deren Vertreter sich im tansanischen Arusha zu Beginn des vergangenen Jahres (Februar 1990) versammelten und eine *Demokratie-Charta des Volkes* beschlossen. Die Inhalte dieser Demokratie-Charta sind ebenso spektakulär wie die Manifeste der französischen Revolution. Verwunderlich allerdings ist, daß diese Demokratie-Charta von der Gipfelkonferenz der Organisation für afrikanische Einheit – von den Regierungen also – gewissermaßen als eine Entwicklungsstrategie für den Kontinent adoptiert worden ist, und zwar im Juli 1990. Nicht mehr so überraschend ist diese Tatsache, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die afrikanischen Regierungen bereits im Sommer 1989 sich zur Notwendigkeit einer völligen Demokratisierung ihrer Gesellschaften bekannt haben.

Die Quintessenz der neuen Demokratie-Charta lautet: Nur wenn die gesamte Bevölkerung aktiv, direkt mitbe-

stimmend und selbst entscheidend in den Entwicklungs- und notwendigen Transformationsprozeß eingebunden wird, besteht die Chance, daß Afrika seinen ruinösen Niedergang in einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend umkehren kann. »Putting the People first« (Mensch und Bevölkerung ins Zentrum) wird zur Maxime aller künftigen Politik proklamiert. Vier Grundelemente der Charta sind besonders hervorzuheben:

- umfassende und direkte Demokratie ist ein Grundrecht des Volkes;
- der Souverän ist das Volk: kollektive Machtausübung ist die Leitlinie zur Neuordnung der Gesellschaft;
- dem Volk muß nicht nur politisch seine Macht zurückgegeben werden, sondern auch ökonomisch; und dies heißt: sozial gerechte Verteilung der Einkommen;
- der Bevölkerung kommt das Recht und die Pflicht zu, auf allen Ebenen der Gesellschaft Druck auf die Regierungen auszuüben.

Ist Schwarzafrika schon reif für die Demokratie? »Bereits diese Frage ist nichts anderes als blanker Rassismus«, sagte mir der katholische Bischof de Souza aus Benin: »Wenn in unserem Land, dem Königreich Dahomey, der König einen Fehler beging, wurde er von einer entsprechenden Institution des Hofes verurteilt und konnte geschlagen werden. Beging er einen ganz gravierenden Fehler, der sein Volk insgesamt schädigte, wurde er von dieser Institution gezwungen, den Giftbecher zu trinken. Also: Ein Land, das schon vor Jahrhunderten derartige Kontrollinstanzen hervorgebracht hat, kann doch nicht unreif sein für die Demokratisierung!«

Benin hat die erste Phase seiner Demokratisierung erfolgreich abgeschlossen und gilt bereits als Modellfall. Im Frühjahr 1991 wurde zunächst ein neues Parlament auf der Grundlage der zuvor verabschiedeten Mehrparteienverfassung gewählt; anschließend bestimmte die Bevölkerung in einem zweiten Durchgang allgemeiner und freier Wahlen den Chef der Übergangsregierung, Nicéphore Soglo, zum neuen Staatspräsidenten.

ten. Zwei Jahre zuvor hatte das alte Regime unter Mathieu Kérékou soweit abgewirtschaftet, daß es zu einem monatelangen Massenstreik kam. Kérékou sagte sich daraufhin vom Marxismus-Leninismus los. Doch damit gaben sich die Streikenden nicht zufrieden. Ihr fortgesetzter Aufstand erzwang eine Nationalkonferenz, die die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen sollte. Die Nationalkonferenz, an der unter Vorsitz von Bischof de Souza alle gesellschaftlichen Gruppen Benins teilnahmen, erklärte sich jedoch zum »Souverän« und beschloß einen politischen Systemwandel: Die Ausarbeitung einer Mehrparteienvfassung wurde verabschiedet sowie in Auftrag gegeben, und noch auf der Konferenz gingen die Amtsgeschäfte an eine neu eingesetzte Übergangsregierung. Der alte Staatschef war so klug und kompromißbereit, dem Druck der Bevölkerung nachzugeben: Eine friedliche Revolution war damit zur Wirklichkeit geworden.

Mehr noch als im Falle der neuen Hungerkatastrophe gilt für die afrikanische Perestroika: Sie ist von den Medien unserer Welt praktisch nicht wahrgenommen worden: ARD-Brennpunkte und ZDF-Specials gab es über die politischen Umbrüche auf unserem Nachbarkontinent nicht. Auch dies hat Folgen für die Politik: Sonderprogramme zur Stützung der angelaufenen Demokratisierungsprozesse sind nicht in Gang gekommen. Schlimmer noch: Schwarzafrikas zweite Wiedergeburt ist unter *todbringenden* Außenbedingungen gestartet. Mehr als je zuvor werden die schwarzafrikanischen Wirtschaften von Rohstoffpreisverfall, Überschuldung und unangemessenen Sanierungsaufgaben stranguliert.

Schwarzafrika hat auf dem Weltmarkt praktisch nichts anderes anzubieten als Rohstoffe. Durch den Verkauf von Rohstoffen muß und soll es einen Großteil seiner Entwicklung finanzieren. Die Rohstoffpreise sind jedoch während des letzten Jahrzehnts abermals einer rapiden Talfahrt ausgesetzt gewesen. Die Preise werden allein an den Börsen entschieden; die Produzenten selbst können

dabei nicht einmal ein Wörtchen mitreden. Während des vergangenen Jahrzehnts entstand den schwarzafrikanischen Ländern durch den Niedergang der Rohstoffpreise ein Einnahmeverlust von rund 150 Mrd. US-Dollar, und zwar bezogen auf das Ausgangsniveau von 1980. Legt man jedoch ein *angemessenes* Rohstoffpreinsniveau als Vergleichsmaßstab zugrunde, dann schnellte der Einnahmeverlust auf ca. 400–500 Milliarden Dollar empor. Unter »angemessen« wird ein solches Preisniveau verstanden, welches den Rohstoffproduzenten die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ermöglicht. Andersherum ausgedrückt bedeutet der Einnahmeverlust, daß die Industriestaaten Schwarzafrikas um eine Summe von 400–500 Mrd. Dollar ausgebeutet haben. Eine solche Ausbeutung muß notwendigerweise zur absoluten Verelendung der Ausgebeuteten führen.

Auf dem Gebiet der Auslandsverschuldung gilt: Schwarzafrika ist nicht bloß verschuldet, sondern überschuldet. Gleich welche ökonomischen Margen man anlegt, die Schuldenstände und die daraus sich ergebenden Zins- und Tilgungsbelastungen sind – rein ökonomisch betrachtet – unvertretbar hoch. In einer solchen Situation hilft nur noch eines: *Entschuldung*. Kommt es dazu nicht, wird das Schuldnerland in den totalen Ruin, d. h. Zusammenbruch, getrieben. Obwohl die westliche Politik vielfach behauptet hat, sie habe Schwarzafrika einen Großteil seiner Schulden erlassen, ist dies in Wirklichkeit nicht der Fall. Alle Schuldenerlasse zusammengekommen machen nicht einmal 10 % der gegenwärtigen Außenstände von rund 160 Mrd. Dollar aus.

Während des letzten Jahrzehnts zahlten die sog. schwarzafrikanischen Hungerhäuser fast 50 Mrd. Dollar Zinsen an ihre Kreditgeber. Damit hätten 200 000 Dorfschulen und noch 200 000 dörfliche Gesundheitsstationen gebaut werden können. Viele Länder haben das Doppelte, Dreifache und noch mehr an Zinsen und Tilgungen gezahlt im Vergleich zu dem, was ökonomisch eine Staatswirtschaft verkraften kann. Diese

ENERGIE VERWENDEN MIT FINGERSPITZEN- GEFÜHL



RWE Energie
AKTIENGESELLSCHAFT

zu hohen Abflüsse führten dazu, daß beispielsweise Gesundheitsdienste radikal beschnitten wurden: Impfprogramme fielen dadurch aus, die Kindersterblichkeit stieg wieder an.

Als etliche Länder ihre Zinsen und Tilgungen nicht in der fälligen Höhe aufbringen konnten, verfügten die Kreditgeber die sog. Struktur Anpassung: Durchführung von Sanierungsmaßnahmen gegen Schuldenerleichterungen (z. B. Streckung der Zahlungszeiträume). Daß in Schwarzafrika effizienter gewirtschaftet werden muß, liegt auf der Hand. *Die Frage ist nur:* Stellen die von den westlichen Kreditgebern – und hierzu gehören auch IWF und Weltbank – verfügten Sanierungsaufgaben die richtige Kurskorrektur dar? Hier muß die Antwort ein klares »Nein« sein. Denn die per Struktur Anpassung realisierten drakonischen Sparprozesse führten u. a. zu einer erneuten Kürzung der Sozialausgaben. Kürzung von Ausgaben für Gesundheit und Erziehung bedeutet aber im Falle Schwarzafrikas, daß in der Regel aus wenig nichts wird.

Aufgrund von Angaben des Weltkinderhilfswerkes UNICEF ergibt sich, daß allein im Jahr 1988 an den Folgen von Rohstoffpreisverfall, Überschuldung und Struktur Anpassung 320 000 Kinder *zusätzlich* gestorben sind. Zynisch gesprochen gibt es also einen Leichenberg Nr. 1, der von der Unfähigkeit und Ineffizienz der einheimischen Politik verursacht wird, und einen Leichenberg Nr. 2, der durch die Außeneinwirkungen auf Schwarzafrika bedingt ist. Für die 80er Jahre steht jedenfalls fest, daß mehrere Millionen Menschen durch die drei genannten Strangulationen zu Tode gekommen sind. Wenn aber eine Politik dazu führt, daß *nur* wegen dieser Politik Menschen sterben, muß man von einer Kriegspolitik sprechen.

Die *inneren* Hürden, die Schwarzafrikas Demokratisierung überwinden muß, sind noch größer als diejenigen Osteuropas. Und wenn Osteuropas Perestroika Unterstützung von außen benötigt, wenn sie gelingen soll, dann gilt dies in besonderer Weise für

Schwarzafrika: Wenn die außenwirtschaftlichen Strangulations-Stricke nicht gelockert werden, und wenn es darüber hinaus kein *zusätzliches Sonderprogramm* zur Stützung des angelaufenen Umbaus der Gesellschaften (»Marshallplan für die Demokratie«) geben wird, kann die Demokratisierung unseres Nachbarkontinents keine Chance haben. Eine solche Umgestaltung der Außeneinwirkung auf Afrika würde freilich eine Perestroika in den Beziehungen der Reichen zu dem Rest der Welt voraussetzen. Doch die Besitzenden und Mächtigen wollen, daß sich alle verändern, nur sie selbst nicht.

WOLE SOYINKA

Aké – Eine Kindheit

Ich werde in die Schule gehen«, verkündete ich eines Tages. Wie ein Witz ging der Ausspruch von Mund zu Mund und löste spontan schallendes Gelächter aus. Mutter besänftigte mich: »Warte, bis du so alt bist wie deine Schwester.«

Sobald die Schüler im Gebäude verschwunden waren, nahm das Gemurmel in den Schulräumen mysteriöse Züge an. Durch die offenen Fenster der Klassenzimmer sah ich in Konzentration gebeugte Häupter und die majestätische Gestalt eines Lehrers, die in mein Blickfeld kam und wieder verschwand und dabei über den Köpfen der aufmerksamen Zuhörer Zaubersprüche murmelte. Aus allen Ecken und Winkeln der verschiedenen Gebäude tönten Psalmodien, und manchmal hörte man sogar richtiges Singen mit Harmoniumbegleitung. Wenn die geheimen Riten hinter den verschlossenen Türen beendet waren, kamen die Kinder wieder in Gruppen heraus und fingen an zu spielen – Verstecken oder Nachlaufen

–; sie verteilten sich über das ganze Gelände, hoben Abfälle auf, säuberten die Pfade, schnitten den Rasen und jäteten Unkraut. Sie streiften umher mit Harken und Macheten, mit Stöcken und Besen und zogen sich dann in die offenen Werkstattstätten zurück, wo sie Körbe flochten, Holz- oder Bambusschnitzereien anfertigten oder Lehm zu eigenartig geformten Objekten kneteten.

Unter der fürsorglichen Aufsicht von Auntie Lawanke spielte ich allein auf den Pflastersteinen vor unserem Haus und beobachtete all diese verschiedenen Geschäftigkeiten. Die Werkzeuge für die Arbeit im Freien wurden wieder gegen Bücher getauscht, Übungsbücher, Schultafeln, unter die Achsel geklemmte Bücher, in kleinen Blech- oder Holzranzen, Bücher in Raffiabeuteln, Bücher mit einem Riemen zusammengebunden und auf dem Kopf balanciert, über die Schulter geschlungen in Tuchtaschen. Genau vor unserem Haus lag der Rasen, der ausschließlich von den Mädchen der anderen Schule benutzt wurde. Sie bildeten Kreise, jagten sich gegenseitig innerhalb

und außerhalb dieser Kreise, rangelten um einen Ball und warfen ihn durch einen eisernen Ring, der an einem Brett befestigt war. Dann verschwanden auch sie in den Klassenzimmern, Bücher wurden hervorgeholt und sie begannen, ihre eigenen Geheimriten zu befolgen.

Tinu wurde immer überheblicher. Meine ehemalige Spielkameradin war in eine neue Welt eingetreten, und obgleich wir noch immer miteinander spielten, hatte sie jetzt ein anderes Feld, dem ihre Aufmerksamkeit galt. Jeden Morgen wurde sie früher als ich geweckt, gebadet, bekam ihr Frühstück und wurde dann von einem der älteren Kinder, die im Haus lebten, zur Schule gebracht. Meine Spielsachen wurden mir fad und langweilig, doch das Hohngelächter dröhnte mir noch in den Ohren, und so verlangte ich nicht mehr, Tinu in die Schule begleiten zu dürfen.

Statt dessen stand ich eines Morgens mit auf, als sie geweckt wurde, verlangte, mit ihr zusammen gebadet zu werden, frühstückte, wählte von meinen Kleidern die aus, die wohl der Schuluni-

Dorf am Rande des Niokolokoba Nationalparks im Senegal

Foto: Netzhaut / Hoppe



form am ähnlichsten sahen, und bestand darauf, sie angezogen zu bekommen. Ich hatte schon ein paar Bücher auf Vaters Schreibtisch vorgemerkt, nahm sie aber noch nicht weg. Ich wartete im Wohnzimmer. Als Tinu mit ihrer Begleitung durchkam, ließ ich sie erst das Haus verlassen, wartete noch einen Augenblick, dann schnappte ich mir die Bücher, die ich mir vorher ausgesucht hatte, und folgte ihnen.

Die Eltern waren beide noch im Eßzimmer. Ich folgte mit einem Abstand, damit man mich nicht bemerken sollte, ehe wir die Schule erreichten.

Ich wartete an der Tür, beobachtete, wo Tinu sich hinsetzte, und schlüpfte dann auf den Platz in der Bank neben ihr.

Erst jetzt bemerkte Lawanle mich, die heute Tinus Eskorte bildete. Sie ließ einen lauten Schrei los und fragte mich: »Was fällt dir denn ein?« Aber ich ignorierte sie. Die Lehrer hörten den Lärm und kamen ins Klassenzimmer. Ich schien für jedermann Gegenstand größter Belustigung zu sein. Sie schauten mich an, zeigten mit Fingern auf mich, hielten sich die Seiten und bogen sich vor Lachen. Nun kam ein Mann herein, der die Aufsicht über die Klassen der Jüngsten zu führen schien. Er war ein Freund von Vater und kam uns oft zu Hause besuchen. Ich erkannte ihn und war froh, daß er nicht in das Gelächter der anderen einstimmt. Statt dessen stellte er sich vor mich hin und fragte:

»Willst du deiner Schwester heute Gesellschaft leisten?«

»Nein. Ich will von jetzt an in die Schule gehen.«

Nun schaute er auf die Bücher, die ich von Vaters Schreibtisch stibitzte hatte.

»Sind das nicht die Bücher deines Vaters?«

»Ja. Ich will sie lernen.«

»Aber du bist noch nicht alt genug, Wole.«

»Ich bin drei Jahre alt.«

Lawanle mischte sich ein: »Drei Jahre alt, ha! Hören Sie nicht auf ihn, Sir. Er wird erst im Juli drei.«

»Ich bin fast drei. Jedenfalls will ich in die Schule gehen. Ich habe Bücher.«

Er wendete sich an den Klassenlehrer und sagte: »Nehmen Sie ihn in die Liste auf.« Dann drehte er sich zu mir um und sagte: »Natürlich mußt du nicht jeden Tag in die Schule kommen – komm nur, wenn du Lust dazu hast. Vielleicht wachst du morgen auf und hättest viel mehr Lust, zu Hause zu bleiben und zu spielen . . .«

Ich blickte ihn einigermaßen erstaunt an. Keine Lust haben, in die Schule zu gehen! Die bunten Landkarten, die Bilder und all die anderen Dinge, die an den Wänden hingen, die farbigen Zählperlen, die Lesezeichen, die Schiefertafeln, die Tintenfässer in ihren sauberen runden Löchern, die Kreidestifte und die Malbücher, das Regal, das beladen war mit Modellen von Tieren, Menschen, Werkzeugen, die Raffia- und Korbwaren in verschiedenen Stadien der Fertigung, selbst die Wandtafel, die Kreise und der Wischlappen . . . ein einladenderes Spielzimmer mußte man mir erst noch zeigen! Hinzu kam, daß ich eine vage, intuitive Verbindung geschaffen hatte zwischen der Schule und den Stößen von Büchern, mit denen mein Vater eine fast religiöse Kommunikation pflegte und die mir ständig entrissen werden mußten, sobald meine Arme lang genug geworden waren, daß ich damit auf den Schreibtisch langen konnte.

»Ich werde jeden Tag kommen«, verkündete ich zuversichtlich.

Mit freundlicher Genehmigung des Ammann Verlags entnehmen wir diesen Auszug aus dem Roman von *Wole Soyinka, Aké. Eine Kindheit*. Aus dem Engl. v. Inge Uffelman, Ammann Verlag, Zürich 1986, 355 S., DM 39,-

Deutscher Sonderweg?

PETER GLOTZ

Normalisierung – Sonderweg

Aus dem Wörterbuch des
wiedervereinigten Deutschland

I

Die Wiedervereinigung erzeugt in Deutschland, das ist sozusagen »natürlich«, neue Grundstellungen des Zeitgeists, neue oder neu drapierte Ideologiebildungen. Ein gerade zur Formel erstarrender Gedanke lautet: Deutschland müsse jetzt, nachdem es seine volle Souveränität Schritt für Schritt zurückerhalte, eine Rückkehr zur Normalität der deutschen und europäischen Üblichkeiten vollziehen. Die zweite Hälfte dieser Denkfigur benutzt den Topos des »Sonderwegs«: eine allzu erkennbare Abwei-

chung von der »Norm« des europäischen Nationalstaates sei eine neue Variante eben jenes verderblichen »Sonderwegs«, den die verspätete Nation der Deutschen im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert gegenüber dem Westen kultiviert hatte. Das Normalisierungs-Paradigma wurde erstmals mit besonderer Wirkung im Golfkrieg verwendet, als Deutschland eine Beteiligung an den militärischen Aktionen der Anti-Saddam-Koalition unter Hinweis auf das Grundgesetz von 1949 ver-

Supermarkt oder Eingedenken. Manfred Stolpe auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück, Fürstenberg

Foto: dpa / Kumm



weigerte. Seitdem sickert die Normalisierungs-These scheinbar unaufhaltsam in unsere Sprache ein.

Der Grundgedanke der Normalisierung ist natürlich nicht neu. Auch vor der mitteleuropäischen Revolution waren die besonderen Sensibilisierungen, die zwei Weltkriege und der Holocaust bei einem Teil der Deutschen ausgelöst hatten, manchen Leuten auf die Nerven gegangen. Die deftigsten Beispiele bieten Franz Josef Strauß und Alfred Dregger, die gelegentlich die Formel benutzt hatten, man müsse »aus dem Schatten Hitlers treten«. Aber zum einen hatten solche Äußerungen jeweils Stürme des Protests ausgelöst; und zum anderen war diesen großen Kristallisationsfiguren der deutschen Rechten noch nicht der glückliche Einfall gekommen, die Linke mit den eigenen Waffen (Begriffen) zu schlagen: Die Kritik am Sonderbewußtsein des deutschen Kaiserreichs, mit dem sich seine traditionellen, vormodernen Führungsgruppen vom »Westen« abschotteten, war seit je linker Stoff. Wenn der Vorwurf, einen arroganten »Sonderweg« (des »negativen« Nationalismus) gehen zu wollen, plötzlich umgedreht und von rechts gegen links verwendet wird, entstehen neuen Berührungsflächen, neue Spaltungen, kurz: politische Wanderungsbewegungen.

II

Halten wir uns nicht mit den (durchaus legitimen) Neuerungen im Diskurs der politischen Rechten auf; konzentrieren wir uns auf die Wirkungen, die er in der Linken – und zwar bei intellektuellen Wortführern von Gewicht – auslöst. Aus Hunderten Fundstellen drei: von Dan Diner, Historiker in Essen und Tel Aviv, Jürgen Manthey, Komparatist in Essen, Wolfgang Thierse, Abgeordneter aus Berlin und Stellvertretender Vorsitzender der SPD.

Diners¹ These geht dahin, daß der Krieg am Golf »in Deutschland die politische Kultur des Sonderwegs in Differenz zum westlichen Westen aufs neue« stärke. Schon die Wortschöpfung vom »westlichen Westen« (gemeint sind wohl die USA, England und Frankreich) verrät umsichtige Sprachpolitik. Dieser »westliche Westen« habe den Krieg gegen den Irak wegen des »universellen Prinzips der Existenzhaltung aller Staaten« geführt. Die Deutschen, befangen von ihren Erfahrungen im Bombenkrieg 1944/45 (Dresden), zögen sich jetzt auf eine »hochmodisch besetzte pazifistische Ablehnung einen jeden Krieges« zurück. Es entstehe eine »späte psychische Parteinahme« gegen die Alliierten des Zweiten Weltkriegs, ein »affektiver Distanzierungsstau dem Westen gegenüber«.

Manthey², der auch die deutsche Haltung im Golfkrieg analysiert, vergleicht die Deutschen mit Hamlet. Hamlet hat es nicht geschafft, erwachsen zu werden; emotional sei er ein Kind geblieben. So die Deutschen. »Wie wäre es, wenn man sagte: Unter den erwachsenen Nationen der westlichen Allianz verhielt (verhält?) die deutsche sich wie ein Kind?« Die Folgerung (die bei Manthey nicht einfach mit einem Expeditionskorps endet, sondern bei einer »hochdotierten Einsatzgruppe von Friedensberatern«) lautet: Deutschland muß normal (»erwachsen«) werden. Der Versuch, aus der nationalen Katastrophe der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts etwas »Besonderes« zu lernen, wird auch hier als »Sonderweg« eher kritisch beurteilt.

Wolfgang Thierse³ nimmt das Modernisierungs-Paradigma unabhängig von der Golfkrieg-Debatte auf. Sein Ansatzpunkt ist die »ideologisch falsche Verabschiedung des Nationalstaats«. Die »Realität« sei: »Wir sind umringt von Nationalstaaten. Und es hieße, ... wieder von Deutschland einen Sonderweg verlangen, den genau dieselben Linken immer für etwas höchst Gefährliches halten. Deswegen sage ich: Wir müssen fertig bringen, ein relativ gelassener, entspannter und insofern relativ normaler europäischer Nationalstaat zu werden. Wir sollten dieses Durchgangsstadium nicht überspringen, nur weil manche schon vom Europa der Regionen reden.«

Wie kommt diese neu-alte Faszination der »Normalität« zustande? Wohin führt sie uns? Anders gefragt: Muß die Zerbröselung des Marxismus wirklich zu einer relativistischen Kapitulation der Idee eines möglichen moralischen Fortschritts in der Geschichte führen?

III

Nun kann man einigen der vorgebrachten Argumente ganz ohne Rückgriff auf eine universalistische Prinzipienethik begegnen. Sowohl Diner als auch Manthey adressieren ihre Argumente an einen »absoluten Pazifismus«, den es in Teilen der deutschen Friedensbewegung natürlich gibt, der aber nicht einmal dort – geschweige in Deutschland – eine Mehrheit hat. In der Tat wäre die Maxime »Nie wieder Krieg« ein zu dürftiges Lernergebnis aus der deutschen Geschichte. Der Krieg gegen Hitler war gerechtfertigt; und niemand kann ausschließen, daß in der Zukunft eine vergleichbare Konstellation entsteht. Gegen den Golfkrieg konnte man aber nicht nur aufgrund von »absolutem Pazifismus« sein, sondern aufgrund einer ganz konventionellen Abwägung der Risiken. Dieser Krieg hat rund 200 000 Menschen das Leben

gekostet; aber kein Problem gelöst. Die Lage der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden des Irak ist ebenso wie die der Palästinenser weit miserabler als vorher. Die Sicherheit Israels hat sich keineswegs vergrößert, einer sinnvollen und friedlichen Nutzung der Ölsourcen der Golfstaaten ist man keinen Schritt näher gekommen. Und das »universalistische Prinzip der Existenzerhaltung von Staaten«, in diesem Fall Kuwaits, hätte man ja wohl mit anderen universalistischen Prinzipien – zum Beispiel dem der Menschenrechte der Bevölkerung Kuwaits, unter anderem der dort lebenden Palästinenser – abwägen müssen. Jedenfalls läßt sich im Licht der heute bekannten Tatsachen keinesfalls beweisen, daß die Linie der Bush-Administration – und eines Großteils der mitziehenden europäischen Nationalstaaten – richtiger war als die der SPD, des italienischen PARTITO DEMOCRATICO DELLA SINISTRA (PDS) oder jener Teile des amerikanischen Generalstabs um Colin L. Powell, die die Fortführung von Sanktionen einem Krieg vorgezogen hätten.

Interessanter als diese akzidentiellen – auf die gegebenen Randbedingungen zielenden – Argumente sind aber die prinzipiellen. Was signalisiert eigentlich die generelle Verdammung von »Sonderwegen« und die diskussionslose Festlegung auf Ülichkeiten, *Common sense* und gelebtes Ethos? Es signalisiert einmal eine überaus kluge Sprachstrategie; denn der »Sonderweg« deutscher Tiefe und deutscher Gemeinschaft, der gegen die Oberflächlichkeit westlicher Zivilisation und westlicher Gesellschaft gesetzt worden war, war zweifellos ein Irrweg. Bedeutet das aber, daß unter keinen Umständen ein Partner der idealen oder auch faktischen Kommunikationsgemeinschaft »Menschheit« durch »Vorleistungen« aus der Reihe tanzen darf? Ist Lernen möglich, wenn man postuliert, daß alle Partner jede Einsicht gemeinsam, im gleichen historischen Moment entwickeln müssen. Oder soll die Polemik gegen den deutschen Sonderweg nur heißen: »Ihr Deutschen habt zwischen 1914 und 1945 soviel Elend über die Welt gebracht, daß Ihr jetzt schön unauffällig alle unsere Handlungen, einschließlich aller unserer Fehler, mitzumachen habt«? Das wäre ja für einige Zeit ein noch zu rechtfertigendes, allerdings nicht sehr zukunftssträchtiges Argument. Auf die Dauer können Bündnisse freier, gleichberechtigter Partner nach solchen Prinzipien nicht funktionieren.

IV

In Wirklichkeit zeigt die Suggestion einer »Rückkehr zur Normalität«, daß in Deutschland

der Historismus und der Relativismus des neunzehnten Jahrhunderts in einer neo-aristotelischen oder neo-konservativen Fassung erneut zur Hegemonie gekommen ist. Üblichkeiten entscheiden von vornherein über den möglichen Sinn moralischer Normen und Prinzipien; alles was darüber hinausgeht, wird zu gefährlichem Utopismus gestempelt. Die Idee einer universalen, intersubjektiven Konsensfähigkeit von Gültigkeitsansprüchen gilt als überspannt, unpraktisch, verführerisch. Einen »Fortschritt« im Sinne einer kosmopolitischen Einheit der menschlichen Geschichte kann es nicht geben. Wo diese Philosophie enden kann, hat Karl-Otto Apel in seinem großen Essay *Zurück zur Normalität? Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben?* eindringlich beschrieben: Bei der Rückkehr zur Binnenmoral der europäischen Nationalstaaten, beim trotzigem Ethnozentrismus des Spruches: »I am just a German.« Sagen die Amerikaner denn nicht auch ganz unbefangen: »I am just an American«?

Aber was sind denn die Üblichkeiten europäischer Nationalstaaten? Bestanden sie bisher nicht darin, daß wirtschaftlich starke Staaten in der Regel auch militärisch starke Staaten waren? Daß militärische Stärke gelegentlich auch politisch ausgemünzt wurde? Daß waffenproduzierende gleichzeitig waffenexportierende Staaten waren? Das Selbstbeschränkungen der Bewaffnung immer nur für gewisse Zeit galten? Sind wir jetzt, zwei Jahre nach der mitteleuropäischen Revolution, an jener Zeitgrenze angekommen, an der die besonderen Verpflichtungen der deutschen und japanischen Verfassungen aufgekündigt werden müssen, weil beide Staaten wieder in das Gesetz der »Normalität« eingehen?

Wie die Hoffnungen 1945 aussahen, hat Thomas Mann⁵ formuliert. In seiner Rede *Deutschland und die Deutschen* an seinem siebzigsten Geburtstages am 6. Juni 1945, in der Library of Congress in Washington, heißt es: »Es könnte ja sein, daß die Liquidierung des Nazismus den Weg freigemacht hat zu einer sozialen Weltreform, die gerade Deutschlands innersten Anlagen und Bedürfnissen die größten Glücksmöglichkeiten bieten. Weltökonomie, die Bedeutungsminderung politischer Grenzen, eine gewisse Entpolitisierung des Staatenlebens überhaupt, das Erwachen der Menschlichkeit zum Bewußtsein ihrer praktischen Einheit, ihr erstes Ins-Auge-Fassen des Weltstaates – wie sollte all dieser über die bürgerliche Demokratie hinausgehende soziale Humanismus, um den das große Ringen geht, dem deutschen Wesen fremd und zuwider sein?«

Weitragreichende Perspektiven – formuliert im Angesicht eines Zivilisationsbruchs ohne- gleichen. »Die Geschichte« hatte gerade 50 Mil- lionen verstümmelter Leichen produziert. Wo- hin gerät Politik, die sich ein halbes Jahrhun- dert später schon der Spannung zwischen Pers- pektiven und der Realität der Üblichkeiten entzieht? Linke Politik?

V

Wolfgang Thierse will sich solcher Spannung sicherlich nicht entziehen. Er bemüht sich, die Interessen seiner ostdeutschen Landsleute zu vertreten; sie haben die erschte Veränderung ihrer politischen Existenz in der Form »Wieder- herstellung des Nationalstaats« erlebt. *Muß* man da beim »normalen Nationalstaat«, wenn auch als »Durchgangsstadium«, landen?

Die erste Frage wäre: Wieso Durchgangs- stadium? Welche Logik der Geschichte garan- tiert uns, daß der Nationalstaat überwunden wird? Die reale Lage ist so: Die Gründerväter Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, Ade- nauer, Monnet, de Gasperi, wollten ein *supra- nationales* Europa, kein Europa der National- staaten. Diese Linie verfiert Jacques Delors mit einem Teil des EG-Ministerrats auch heute. Man muß inzwischen aber der Tatsache ins Auge se- hen, daß die europäische Rechte dieses Ziel zu torpedieren sucht. Der erste Deutsche, der das konzeptionell formuliert hat, ist Herbert Kremp⁶. Eine Vertiefung der EG sei eine »Zer- nierung«, eine »Kontrolle Deutschlands«. So würde das – noch – kein Politiker sagen. In ei- nem Jahr wird diese Diskretion überwunden sein. Wenn die EG nicht *rasch* einige Struktur- muster des Nationalstaats überwindet, wird sie sie nie mehr überwinden.

Die zweite Frage könnte lauten: Muß die Linke eigentlich in die semantische Falle tap- pen, besondere Lernschritte, die die Deutschen aus ihrer Geschichte folgern, mit dem zu Recht verabscheuten Begriff »Sonderweg« zu be- legen? Ist der Gedanke, daß die Erfahrung der jahrzehntelangen Teilung uns einen Erkennt- nisvorsprung (statt einer – Behinderung) ge- bracht haben könnte, wirklich so abwegig? Muß Teilung (wie in der polnischen Geschichte) zu gesteigertem Nationalismus führen? Könnte sie – unter den besonderen deutschen Bedingun- gen – nicht auch zum Durchschauen nationaler Alibis und Idolbildungen geführt haben? Könnte sie uns bereit gemacht haben zu freiwil- ligen Souveränitätsverzicht zu zugunsten einer über-nationalen europäischen Staatlichkeit?

Die wichtigste Frage allerdings lautet: Wieso müssen wir Deutschen die Ordnungs- form, mit der wir so blutig gescheitert sind,

noch einmal »annehmen«? Gerade *weil* wir ge- scheitert sind? Was spricht dafür, daß Europa diesmal einen deutschen Nationalstaat – als mächtigsten Partner einer ungefestigten Ge- meinschaft – erträgt? Sicher – allein können die Deutschen die Ordnungsform »Nationalstaat« nicht überwinden. Aber heutzutage gibt es – noch – Partner für dieses Projekt; in der Euro- päischen Kommission, in der politischen Klasse Frankreichs, Belgiens, Italiens, Luxemburgs, auch bei einigen anderen Partnern. Der berück- tigte Mantel der Geschichte rauscht wieder ein- mal, aber er rauscht, weil er hin und her schlägt wie ein nasses Segel beim schlecht bewältigten Landemanöver. Es muß offen bleiben, ob die Deutschen diesen Mantel zu fassen bekommen.

VI

Die »Normalisierung« ist eine Philosophie der Abwiegung. Der Schock von 1945 soll über- wunden werden: durch Rückgriff auf herge- brachte Institutionen und gelebtes Ethos. Die Rechte – gerade die demokratische – kann da- mit gut leben. Sie kann den ganzen Hokuspo- kus der Begründungen – ob Heidegger oder Gadamer, Richard Rorty oder J. F. Lyotard – ignorieren; das »gesunde«, »gewachsene« Ver- trauen auf konventionelle, erwartbare Verhal- tensweisen genügt ihr. Aber die Linke? Über- lebt sie als irgendwie »sozialere« Fraktion der europäischen Postmoderne? Oder verliert sie ih- ren Halt, wenn sie in die groben Gesänge ein- stimmt, die derzeit das Scheitern der Idee einer Universalgeschichte der menschlichen Emanzi- pation besiegeln sollen?

Anmerkungen:

- 1 Dan Diner: Den Westen verstehen. Der Golfkrieg als deutsches Lehrstück, in: KURSBUCH 104, S. 143 ff.
- 2 Jürgen Manthey: Glossar continua X, in: MERKUR 508, S. 642 ff.
- 3 Wolfgang Thierse, in: KÖLNER POLITISCHE INFORMATIONEN, Juli/August 1991, S. 8.
- 4 Karl-Otto Apel: Zurück zur Normalität? Oder können wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonde- res gelernt haben? In: K.-O. Apel: *Diskurs und Ver- antwortung. Das Problem des Übergangs zur post- konventionellen Moral*. Frankfurt a. M. (Suhrkamp- Taschenbuch Wissenschaft) 1990, S. 370–474.
- 5 Thomas Mann: *Deutschland und die Deutschen*. Ber- lin 1947, S. 32.
- 6 Herbert Kremp: Europas Doppelleben, in: DIE WELT 20. 6. 1991.

Der Golfkrieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität?

Wir dokumentieren hier einen Auszug aus dem Gespräch zwischen Michael Haller und Jürgen Habermas, erschienen unter dem Titel »Vergangenheit als Zukunft«, Zürich 1990 im Pendo-Verlag.

Erst wenige Monate vor Beginn des Golf-Kriegs hatten die Supermächte die deutsche Staatenfusion zugelassen und damit eine potentielle Großmacht aus der Taufe gehoben. Früher fanden es die Siegermächte richtig, daß die Deutschen im weltpolitischen Geschäft keine ordnungspolitischen Aufgaben übernehmen wollten. Jetzt beklagt man sich, daß die Deutschen den Kriegszug am Golf nicht auch politisch und militärisch mittragen. Offenbar soll das Mündel Vormund werden. Soll es?

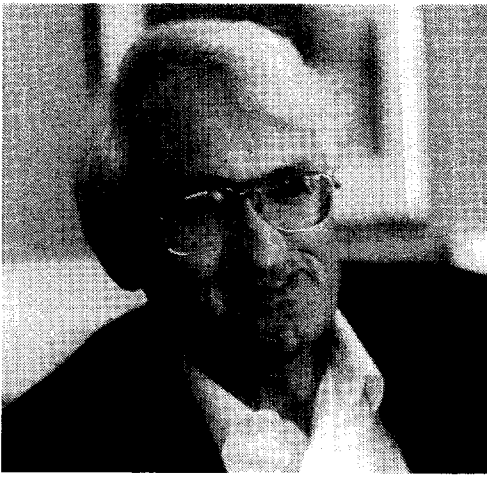
Das ist ein Puzzle für den Völkerpsychologen. In der Kritik an den lauen Deutschen und deren Waffengeschäften – die andere ja im selben Stil und oft in größerem Umfange betrieben haben – haben sich, zumindest bei den europäischen Nachbarn, wohl auch ambivalente Gefühle Luft gemacht; Gefühle, die sich während des überraschenden Einigungsprozesses und nach der Entlassung eines von der amerikanischen Regierung auch noch zum »partner in leadership« hochgelobten Deutschlands in die Souveränität angestaut hatten. Zudem ist es etwas anderes, wenn man Wehrpflichtige an den Golf schicken soll – oder die aus den Unterschichten rekrutierten Söldner mit ihren Berufsoffizieren dorthin schicken kann. Darüber will ich nicht weiter spekulieren.

Hier im Lande ist aber durch unsere Reaktionen auf die Kritik der Verbündeten eine eigentümliche Situation entstanden. Die Rechten flicken ihrer eigenen Regierung am Zeug und warnen vor einem neuen deutschen Sonderweg – wohl weniger, weil sie den fürchten, sondern weil sie eine Chance wittern, unter dem irreführenden Titel einer wiederzugewinnenden »Normalität« endlich die Zielgerade zu erreichen, die sie bisher immer verpaßt hatten, zuletzt im Historikerstreit.

Ich will nicht leugnen, daß unsere Regierung Fehler gemacht hat. Sie war zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt (z. B. mit dem Problem, wie sie aus der selbstgestellten Falle ihrer »Steuerlüge« wieder herausfinden sollte), um

die internationale Lage rechtzeitig zu analysieren. Sie hat sich nicht einmal während der Monate, als die Uhr des Ultimatums bereits tickte, Klarheit darüber verschafft, welche Position sie zu einem bevorstehenden militärischen Einsatz am Golf beziehen sollte. Andernfalls hätte sie auch auf die Einhaltung von Bedingungen für einen von der UNO lizenzierten Einsatz Einfluß nehmen können. So aber hat sie konfus auf vollendete Tatsachen reagiert – mit eilfertigen Waffenlieferungen und peinlichen Schecks aus schlechtem Gewissen. Der israelische Schriftsteller David Grossmann hat gemeint, Israel solle dieses Geld nicht annehmen – »denn es riecht nach Bestechung«. Aber was immer unsere Regierung falsch gemacht hat, ihre Politik des Verzichts auf einen Einsatz deutscher Tornados gegen Bagdad war weiß Gott kein Fehler. In Erinnerung an die Großmachtaspirationen eines Deutschen Reiches, das Europa in zwei Weltkriege gestürzt hat, war die Politik auch der Ausdruck einer historisch gut begründeten Hemmung.

Ich kann Yorim Kaniuk verstehen, wenn er an uns Deutsche, insbesondere an die, die gegen den Golf-Krieg protestiert haben, appelliert, wir sollten Solidarität üben mit einem in Gefahr geratenen Israel, wir sollten uns in die Lage der Israelis einfühlen, die Nacht für Nacht ihre Gasmasken überstülpen und in versiegelten Räumen ausharren mußten. Auch wenn Günter Grass der falsche Adressat war, hatte Kaniuk recht, als er die besondere Verantwortung der Deutschen für die Existenz und den Schutz seines exponierten Landes beschwor. Ich meine nicht, daß es in solchen verzweifelten Dialogen um ein Spiel von Israelis mit dem schlechten Gewissen der Deutschen geht, das mein Freund Ernst Tugendhat kritisiert. Es geht um die moralische Selbstverständlichkeit, im Lande der Täter die Sensibilität für unvergleichliche, an die nächste und übernächste Generation vererbte Verletzungen wachzuhalten. Das heißt ja nichts anderes, als daß diese speziellen Verpflichtungen auch in den rationalen Begründungen nüchterner politischer Urteile erkennbar bleiben müssen. Etwas ganz anderes ist aber jenes verzerrte Echo, das diese und andere Appelle hierzulande finden. Es ist die falsche Antwort, wenn sich die bekannten Apologeten eines strammeren Denkens nun dazu



Jürgen Habermas

Foto: Moosbrugger

ermutigt fühlen, einer in Jahrzehnten mühsam erworbenen Mentalität der Zurückhaltung den Stempel »Flucht aus politischer Verantwortung« aufzudrücken. Wenn die vernünftigen Konsequenzen, die die Nachkriegsdeutschen spät genug aus dem katastrophalen Ende ihres Sonderweges, aus ihrem von den Traditionen des Westens jedenfalls abgespaltenen *Sonderbewußtseins* gezogen haben, jetzt als ebenso-viele Symptome eines neuen *Sonderbewußtseins* denunziert werden, ist das nicht nur eine Verdrehung von Worten, sondern eine groteske Verdrehung von Tatsachen.

Über Sonderbewußtsein und Sonderweg der Deutschen wie auch über die Frage nach ihrer neuen Normalität ist im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Vereinigung viel geschrieben worden. Wenn schon, so sagen viele Menschen vor allem in der Friedensbewegung, dann könnte die nationalsozialistische Vergangenheit nur in einer Beziehung eine Sonderrolle der Deutschen begründen: daß sie trotz Westbündnis und (west)europäischer Einbindung für eine radikale Friedenspolitik eintreten. Oder verbergen sich hinter solchen Postulaten allzu naive Vorstellungen?

Das ist eine zentrale, aber eine heikle Frage. Sie ist deshalb delikat, weil man schon mit einer falsch intonierten Antwort in die Falle des negativen Nationalismus tappt, den uns ja viele vorwerfen. Wenn die Bürger der Bundesrepublik nach 45 Jahren wirklich etwas aus den verhängnisvollen Fehlern der Väter und Großväter gelernt haben sollten – darauf kann man ja nur mit angehaltenem Atem hoffen –, dann hätten sie ohne großes Verdienst Chancen genutzt, die mit Niederlagen und Katastrophen

eben auch verbunden sind. Als ich 1988 das erste Mal in Moskau war, hat mich die melancholische Bemerkung eines russischen Kollegen überrascht: Wir, die Deutschen, hätten aus dem verlorenen Kriege lernen können, während ihre Kräfte, die Kräfte der Sieger, durch die schwerwütig ritualisierten Feiern des Großen Vaterländischen Krieges eher gelähmt worden seien. Das hat auch triviale Seiten. Nach der bedingungslosen Kapitulation konnte es uns beispielsweise nicht schwer fallen, auf die Herstellung und die Verfügung über ABC-Waffen zu verzichten. Nach der wahnwitzigen Überreizung des nationalen Bewußtseins konnte es uns nicht schwerfallen, eine friedlich-unauffällige Außenpolitik zu betreiben. Und ohne die völkerrechtliche Souveränität, die Deutschland erst vor wenigen Tagen zurückerhalten hat, besäßen wir auch nichts, worauf wir zugunsten einer deshalb um so aktiver betriebenen Europäischen Einigung hätten verzichten müssen. Wir haben davon ohnehin nur profitiert.

Aber Sie meinen mit dem Hinweis auf die Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit wohl eher die Frage, die mein Freund und Frankfurter Kollege Karl-Otto Apel in einem Vortrag behandelt hat, der den Titel trägt: »Zurück zur Normalität? Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben?« Seine Antwort zielt in die von Ihnen genannte Richtung. Die Deutschen haben nach Hitler und nach Auschwitz allen Grund, für den Universalismus, und das heißt für die Unteilbarkeit der international anerkannten Menschenrechte und für einen zivilen Umgang der Völker untereinander, besonders empfindlich zu sein. Man kann mit spezifisch deutschen Erfahrungen reflektiert umgehen, ohne sich eine Sonderrolle zuzuschreiben. Der tschechische Historiker Jan Kren hat kürzlich auf einer Konferenz in Prag geäußert, die »Vergangenheitsbewältigung« in der Bundesrepublik sei eine der »großen Leistungen« des Jahrhunderts. Das kann vielleicht ein anderer sagen. Sobald wir uns in dieser Weise selbst komplimentieren würden, wäre diese – ohnehin eher beschwörend als deskriptiv gemachte – Aussage schon widerlegt. Sie besagt ja nur eins: nach dem Zivilisationsbruch, aus dem die Bundesrepublik hervorgegangen ist, war die Lage so ungewöhnlich, daß nur die schmerzhaft Vermeidung eines doch nur zudeckenden Bewußtseins von »Normalität« auch in diesem Lande halbwegs normale Verhältnisse hat entstehen lassen können. Das Gespür für diese *Dialektik der Normalisierung*, das sich erst nach der Adenauerzeit verbreitet hat, ist heute wieder im Schwinden – ja, es wird diskreditiert.

Politik in der Tiefe des Raumes

Droht uns eine Renaissance
der »Geopolitik«?

Was ist *Geopolitik*? Kein Synonym für »Weltpolitik«, wie man in Anlehnung an den Begriff »geostrategisch« vielleicht annehmen könnte, auch wenn der Versuch einer Eindeutschung einst in diese Richtung ging (»Erdmachtkunde«), sondern vielmehr eine besondere Disziplin der Geographie, eine spezielle Form der »gedanklichen Erfassung des Raumes«, wie uns der französische Geograph Yves Lacoste lehrt, oder eine Wissenschaft, deren Gegenstand »die politische Lebensform im natürlichen Lebensraum« sei, wie es einer ihrer Begründer 1925 formulierte: Karl Haushofer. Die Geopolitik war nämlich ursprünglich eine nach dem 1. Weltkrieg aus der politischen Geographie hervorgegangene Disziplin in Deutschland, wanderte dann nach Frankreich aus, nachdem sie sich im Dritten Reich kompromittiert hatte und deswegen nach 1945 an deutschen Universitäten weitgehend tabu war. Nachdem die Nachkriegsepoche zuende und das Kainsmal der Deutschen – die Teilung – beseitigt ist, scheint sie in ihre alte Heimat zurückzukehren, zunächst allerdings sehr bescheiden in Form eines Büchleins bei Wagenbach (Berlin 1990). Die darin versammelten Texte von Yves Lacoste, Herausgeber der angesehenen französischen Zeitschrift für Geopolitik *HERODOTE*, sollen den Zusammenhang von *Geographie und politischem Handeln* verdeutlichen und *Perspektiven einer neuen Geopolitik* umreißen, die sich jetzt, nach dem Ende der Ordnung von Jalta, vor allem im Hinblick auf den mitteleuropäischen Raum eröffnen – so der Autor. Dessen Anspruch, wonach »die ökonomischen, ökologischen und demographischen Probleme der Zukunft mit Hilfe der Geographen zu lösen sind«, wie der Klappentext des Buches resümiert, steht allerdings in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur Bescheidenheit dieser kleinen Texte, die man notdürftig gesammelt hat, damit ein Buch daraus wird. Überhaupt wird darin zu viel resümiert, wo Ausführlichkeit nötig wäre: Das Vorwort zur deutschen Ausgabe von Mechthild Rössler gibt einen Ultra-Kurzlehrgang durch die Geschichte der »Geopolitik« in Deutschland und Frankreich, und der einzige aktuelle und als Originalbeitrag ausgewiesene Text von Lacoste ging aus einem von ihm geschriebenen Vorwort zum

Buch seines Kollegen Michel Korinman hervor, der letztes Jahr in Frankreich eine sehr detaillierte Studie zur Entstehung und Geschichte der Geopolitik in Deutschland veröffentlichte. (*M. Korinman: Quand L'Allemagne plasait le monde – Grandeur et décadence d'une géopolitique, Paris 1990*) Die beiden anderen Beiträge von Lacoste beschäftigen sich mit dem Sinn des Faches Geographie und seiner historischen Verwicklung ins politische und militärische Denken, nicht uninteressant, aber ohne den im Buchtitel ausgewiesenen Bezug zur Aktualität. Sinnvoll wäre es gewesen, das exzellente Werk von Korinman zu übersetzen, anstatt lediglich das Vorwort dazu von Lacoste, das somit für den deutschen Leser relativ bezugslos in der Landschaft steht. . . Warum aber ist es dennoch wichtig, sich trotz aller Mängel dieser Publikation zu widmen? Weil hier die Renaissance eines politischen Denkens eingeleitet werden soll, das in Frankreich in den letzten Jahren zweifellos interessante Impulse zur politischen Diskussion gegeben hat, auf deutschem Boden aber nicht naiv und unkommentiert einfach wieder übernommen werden darf.

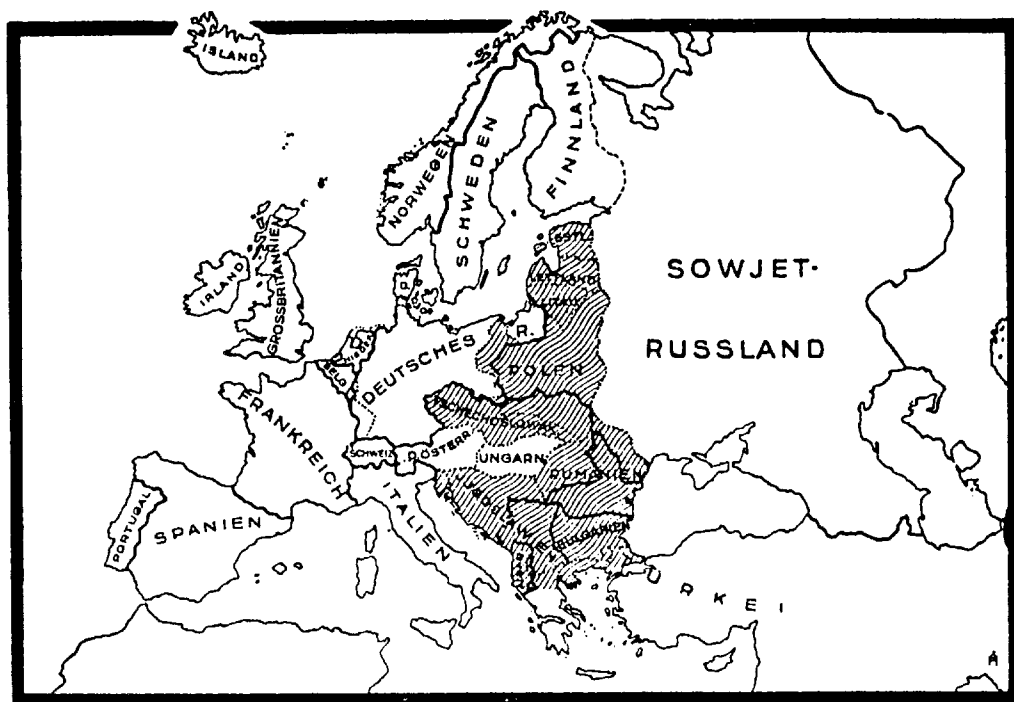
Das Dilemma der Geopolitik ist ihre Geschichte. So wie die Geographie aus der Kartographie entstand und sich aus ihrer militärischen Zweckdienlichkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts zur politischen Geographie mauserte, die, wie Lacoste darlegt, in Deutschland das Ziel verfolgte, die »natürliche Einheit« des staatlich zersplitterten Vaterlands zu verdeutlichen, so entstand die Geopolitik ihrerseits nach 1918 als Reaktion auf den Versailler »Schandvertrag«. Relativ grobe »Gesetze der politischen Geographie«, die der bedeutende Geograph Friedrich Ratzel (1844–1904) aufgestellt hatte, genügten nun nicht mehr und wurden zugunsten einer detaillierteren Analyse der Grenzen und Territorien vor allem *Mitteleuropas* überwunden – ein geopolitischer Begriff *par excellence*, der damals ins Zentrum der Überlegungen rückte. Von Ratzel übernommen wurde ein anderer folgenreicher Begriff, der des *Lebensraums*. Und »Korinman weist nach, daß es unmittelbar nach der Niederlage von 1918 nicht etwa die Militärs, sondern junge Geographielehrer waren, die die Geopolitik zum Programm erhoben, um gegen die Beeinträchti-

gung des deutschen »Lebensraums« durch die Siegermächte zu protestieren.« Es ging darum, »den Nachweis zu führen, daß die durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen Deutschlands nicht nur ungerecht und absurd, sondern für die Zukunft Europas gefährlich waren. Deshalb suchten diese jungen, patriotisch gesonnenen Geographielehrer nach einer neuen Art geographischer Argumentation, die das politische und militärische Kräfteverhältnis hinsichtlich der Kontrolle über bestimmte Gebietsabschnitte unmittelbar berücksichtigte.« (Lacoste, S. 20, 24) Mit anderen Worten: Der Hinweis auf »historische Rechte« auf die verlorenen Territorien genügte nicht mehr, um die Resultate eines verlorenen Weltkriegs zu revidieren; vielmehr mußten quasi naturwissenschaftliche Beweise gefunden werden für die »Lebensunfähigkeit« der aus der Aufteilung des Habsburgerreiches hervorgegangenen Staaten Mitteleuropas, für die »Widernatürlichkeit« des Polnischen Korridors etc.

Mehr als zweifelhaft ist die Argumentation bei Lacoste zentralem Anliegen, das bislang empfundene Unbehagen über die Politisierung der Geographie vor und nach dem 1. Weltkrieg zu entkräften und die Geopolitik als quasi wertfreie Denkmethode zu rehabilitieren: »Wer waren diese ersten Geopolitiker? Wie hat sich ihre Theorie entwickelt angesichts des Aufstiegs des Nationalsozialismus, der geopolitischen Projekte Hitlers, seiner maßlosen Eroberungszüge und schließlich der Katastrophe, in die er das deutsche Volk hineingerissen hat? Ist die Geopolitik ein für allemal mit dem Nationalsozialismus verknüpft?« (S. 20) – dies sind vor allem rhetorische Fragen, die Lacoste seinem Projekt voranstellt, denn sie suggerieren bereits die Antwort. Die oben erwähnte Aktion der »jungen Geographielehrer« 1918/19 scheint Lacoste geradezu als Emanzipation der Geographie aus der Vormundschaft der Politiker und Militärs mißzuverstehen, genauso wie er die Bedeutung Karl Haushofers, des herausragenden Geopolitikers der damaligen Zeit, für die Pläne der Nazis relativiert. Schrieben in dessen »Zeitschrift für Geopolitik« nicht Autoren aus zahlreichen mittel- und osteuropäischen Ländern? Doch »was sie alle miteinander verband«, kommentiert Lacoste, »war die Tatsache, daß sie sich mit den Grenzen, die ihren jeweiligen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg oktroyiert worden waren, nicht abfinden konnten und wollten. Ausdrücklich zu betonen ist in diesem Zusammenhang, daß sich diese ganze Bewegung lange vor dem Aufstieg der Nationalsozialisten und der Machtergreifung Hitlers entwickelte.« (S. 25) Der letzte Satz macht das

ganze Ausmaß der Lacoste'schen Banalisierung der Geopolitik deutlich: Die Nazis können an deren Entstehung nicht beteiligt gewesen sein, da es sie damals noch nicht gab; daß sie sie später für sich vereinnahmten, ist der Wissenschaft nicht anzulasten: »Seinen Durchbruch erlebte das Wort Geopolitik (...) nach 1919, das heißt – und darauf muß man hinweisen – lange vor dem Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung. Allerdings verlief die Entwicklung des geopolitischen Diskurses in einer Weise parallel zu den Hitlerschen Eroberungszügen, daß schließlich beides miteinander in Verbindung gebracht wurde. Das ist auch der Grund für das Tabu oder, besser gesagt, einer der Gründe für das Verbot, mit dem dieser Begriff nach dem Krieg in den meisten Ländern über drei Jahrzehnte belegt wurde.« (S. 14) – Genießt die Geopolitik also eine Art »Gnade der frühen Geburt«? Verließ sie nur »parallel« zur NS-Bewegung? Umgekehrt wird wohl eher ein Schuh daraus: Sozialdarwinistische und nationalistische Stichworte wie Ratzels »Lebensraum«, Grimms »Volk ohne Raum« (1926), Moeller van den Brucks »Das Dritte Reich« (1922) und eben auch explizit geopolitische Konzepte wie »der Kampf um Raum« des Geographen Otto Maull (Korinman, S. 151), ein enger Mitarbeiter Haushofers, und ganz allgemein die Vorstellung, Mitteleuropa sei die natürliche Einflußzone Deutschlands, all dies war eben mit entscheidend für die *Entstehung* der NS-Ideologie. Wie wenig »unschuldig« ein bestimmtes geopolitisches Denken ist, stellt Lacoste in seinem Buch übrigens selbst unter Beweis, wenn er von Frankreich behauptet, daß »dessen Staatsgebiet mit seinen Grenzen und seinem politisch-kulturellen Schwerpunkt seit drei Jahrhunderten eindeutig festgelegt ist.« (S. 14) Man beachte das Wort »eindeutig«! Dreihundert Jahre Kontinuität weist zweifellos die dem zugrundeliegende Vorstellung von den »natürlichen Grenzen« Frankreichs auf, und wahrscheinlich war dies sogar das erste geopolitische Konzept der Geschichte.

Welche *neuen* Perspektiven einer Geopolitik – im Buchtitel angekündigt – offeriert uns also Lacoste? Zweifellos hat er Recht, wenn er nach dem Ende der Ost-West-Spaltung die Overtüre eines neuen politischen Raumdenkens prognostiziert, denn die Zweiteilung Europas war ja nicht primär geographisch konzipiert (allenfalls für die Sowjetunion), sondern ideologisch. Daraus folgt: »Bei der Analyse der politischen Probleme müssen wir heute den Territorien und den Kämpfen um territoriale Einflüsse oder Vormachtstellungen eine sehr viel größere Bedeutung beimessen als früher.« (S. 18) Die Re-



Die Haupteerschütterungsgebiete Europas: Innereuropa, Zone, in der die Völkermischung am stärksten, die Anpassung an den Nationalstaat am wenigsten erreicht ist.

Aus: Karl Haushofer „Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung“, Berlin 1927

naissance des Mitteleuropabegriffs illustriert dies wohl am deutlichsten. Richtig erkennt Lacoste auch in der Renaissance solcher »identitätsstiftender geopolitischer Vorhaben« auch ein Konfliktpotential. Recht unklar ist aber seine Bewertung dieser Entwicklung – was bedeutet denn z. B.: »Trotz oder gerade wegen der umfangreichen Zwangsumsiedlungen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchgeführt wurden, zeigt es sich heute, daß die territorialen Forderungen in Zentraleuropa, ebenso wie auf dem Balkan, nicht geregelt sind.« (S. 19) – Wie sollte denn eine »Regelung der territorialen Forderungen« aussehen? Und dann: »Dies gilt in ganz besonderer Weise für Deutschland, auch wenn es zutrifft, daß heute nahezu die Gesamtheit des deutschen Volks und sogar die Populationen entfernt deutschen Ursprungs auf die demnächst wiedervereinigten Staatsgebiete BRD und DDR konzentriert ist. Immer noch ungelöst für die Deutschen ist das – vor allem symbolische – Problem jener Territorien, in denen sie heute nicht mehr leben, die aber historisch gesehen einen Teil Deutschlands bildeten. Vor allem stellt sich die emblematische Frage Ostpreußens, dieses Kerngebiets, aus dem die Einheit Deutschlands einmal hervorgegangen war und das heute zwischen

der UDSSR und Polen aufgeteilt ist.« – Welche Frage stellt sich hier? Welches Problem gibt es – symbolisch oder real – mit den verlorenen Ostgebieten? Die zweifelhafte Vagheit dieser »geopolitischen« Überlegungen Lacostes wird nur noch übertroffen von der grotesken Behauptung, Ostpreußen sei das Kerngebiet der deutschen Einheit gewesen... Es gemahnt daran, daß historische Kenntnisse doch noch wichtiger sind als geographische. Übrigens war die Trassierung der mittel- und osteuropäischen Grenzen von 1919/20 bereits ein Höhepunkt der Geopolitik, diesmal in Frankreich, wo man bei den Verhandlungen von Versailles, Trianon usw. auf einschlägige Studien von Geographen zurückgriff. In seinem Buch verteidigt Yves Lacoste die politische Rolle der Geographie, die er auf eine Ebene mit Politologie, Soziologie usw. gestellt sehen will. Gleichzeitig warnt er vor den damit verbundenen Gefahren. Aber steht er selbst darüber? Im Gegensatz zum äußerst sensiblen Umfang mit dieser Materie, die Korinman in seinem umfangreichen Buch an den Tag legt, scheint mir die eingangs erwähnte Annäherung, die neue Geopolitik werde alle Probleme lösen, keine Überwindung, sondern eher eine Renaissance der politischen Befangenheit der Geopolitiker von 1919 darzustellen.

KLAUS LANGE

Egozentrik als Verfassungsprinzip?

Zur Bedeutung von sozialen
Grundrechten und
Staatszielbestimmungen in einer
deutschen Verfassung

Egozentrik der »alten« Bundesländer?

Noch ist sie nicht überwunden, jene von sich überzeugte und überzogene Selbstgerechtigkeit, der die Bürger der früheren DDR als die Verlierer gelten, die klein beigegeben haben und die Segnungen der Bundesrepublik, ob sie denn nun tatsächlich in deren Genuß kommen oder nicht, widerspruchslos und dankbar hinzunehmen hätten. Verfassungsrechtlich fand sie Ausdruck in der Parole, daß mit dem Beitritt zur Bundesrepublik auch deren Verfassung akklamiert und akzeptiert worden sei und damit jeder Grund zu einer aus dieser Veranlassung erfolgenden, über die sachnotwendigsten Anpassungen hinausgehenden Neubefassung mit dem Grundgesetz entfielen. Der Beitritt zur Bundesrepublik war indessen ein Beitritt zu diesem Staatsgebilde, nicht aber eine Entscheidung über das Grundgesetz als deren Verfassung oder über deren sonstige staatliche Ordnung im einzelnen. Jede andere Auffassung läuft auf die von einer Selbstüberschätzung unserer Rechtsordnung getragene Überinterpretation der Beitrittserklärung hinaus. Art. 146 des Grundgesetzes in seiner durch den Einigungsvertrag formulierten Neufassung bestimmt, daß das Grundgesetz, das nach Vervollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gelte, seine Gültigkeit an dem Tage verliere, an dem eine Verfassung in Kraft trete, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden sei. Diese bereits und erst recht in Art. 146 GG alter Fassung vorgesehene freie Entscheidung des Volkes über eine Verfassung, die an die Stelle des weder vom Volk unmittelbar noch durch eine von ihm gewählte Verfassungsgebende Versammlung beschlossenen und von vornherein als Provisorium gedachten Grundgesetzes tritt, gilt es jetzt herbeizuführen und nicht zu zerreden. Daß das Grundgesetz sich in vielerlei Hinsicht bewährt hat, kann kein Grund

sein, es ängstlich vor der Entscheidung des Volkes zu verstecken. Außerdem schließt die Bewährung des Grundgesetzes nicht aus, daß es wichtige Aspekte gibt, denen die Aufmerksamkeit in der historischen Situation des Jahres 1949 nicht galt und denen sie unter dem Aspekt der ausdrücklichen Vorläufigkeit des Grundgesetzes auch nicht zu gelten brauchte. Und sie schließt auch nicht aus, daß die Wertvorstellungen der Deutschen, die zu den Bürgern der Bundesrepublik hinzugetreten sind, sich in der künftigen deutschen Verfassung wiederfinden. Die Absage dieser Deutschen an das Regime der DDR als Abwesenheit jeder über das Grundgesetz hinausweisender verfassungspolitischer Vorstellungen und Ideale zu verstehen, wäre nichts weniger als Ausdruck einer gänzlich ungerechtfertigten und für die künftige Verfaßtheit Deutschlands denkbar unguten verfassungspolitischen Egozentrik der »alten« Bundesländer.

Dominanz der eigenen Freiheit?

Das Grundgesetz baut auf dem Eigeninteresse des einzelnen auf. Im Mittelpunkt steht der einzelne, seine in Art. 1 GG zum unantastbaren Schutzgut erklärte Würde und seine Freiheit, die in Art. 2 Abs. 1 GG allgemeinen Ausdruck findet und in einer Vielzahl spezieller Freiheitsgrundrechte ausgefächert und konkretisiert wird. Das Sozialstaatsprinzip folgt auf die ausführlichen Freiheitsverbürgungen der Art. 1 bis 19 mit dem kargen Hinweis des Art. 20 Abs. 1 GG, daß die Bundesrepublik nicht nur ein demokratischer, sondern auch ein sozialer Bundesstaat sei. Es war kein großes Wunder, daß diese blasse Erwähnung der Sozialstaatlichkeit dazu führte, daß das Sozialstaatsprinzip von einem Teil der Rechtswissenschaft als substanzloser Blankettbegriff, ethisches Postulat oder Pro-

grammsatz ohne rechtliche Verbindlichkeit eingestuft wurde und Ernst Forsthoff im Hinblick auf die Verwendung des Beiwortes »sozial« im Grundgesetz bemerkte, wo nichts gemeint sei, lasse sich auch nichts interpretieren. Mittlerweile hat insbesondere das Bundesverfassungsgericht die rechtliche Verbindlichkeit des Sozialstaatsprinzips herausgearbeitet und ihm die Verpflichtung des Staates entnommen, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen, insbesondere Vor- und Fürsorge für einzelne oder für Gruppen der Gesellschaft zu treffen, die aufgrund persönlicher Lebensumstände oder gesellschaftlicher Benachteiligungen in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind. Gleichwohl hat das Bundesverfassungsgericht zum Ausdruck gebracht, daß das Sozialstaatsprinzip primär nur einen Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber enthalte, dem dessen Ausgestaltung im wesentlichen obliege. Infolge seiner Weite und Unbestimmtheit enthalte es regelmäßig keine unmittelbaren Handlungsanweisungen, die durch die Gerichte ohne gesetzliche Grundlage in einfaches Recht umgesetzt werden könnten. Insoweit sei es richterlicher Inhaltsbestimmung weniger zugänglich als die Grundrechte.

Die Schwäche, die dem Sozialstaatsprinzip damit gegenüber den liberalen Freiheitsgrundrechten attestiert wird, ist nicht naturgegeben. Sie ist nicht einmal zeitgemäß, sondern hinkt in einer schwer verständlichen Weise hinter der Zeit her. Längst wissen wir, daß die liberalrechtsstaatliche Errungenschaft der Grundrechte ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft der letzten Jahrhunderte ist, geboren im Kampf gegen den monarchischen Absolutismus und zunächst bestimmt zur und getragen von der Freisetzung der insbesondere ökonomischen Energien des Bürgertums von staatlicher Fesselung und Bevormundung. Dies bedeutet nicht etwa, daß die Freiheitsgrundrechte etwas Überholtes wären. Im Gegenteil: Sie sind ein weit über ihren Entstehungszusammenhang hinaus kostbares und schützenswertes Gut. Aber ihr Entstehungszusammenhang zeigt denn doch zugleich, daß sie nicht das einzige und abschließende Wort zu dem Verhältnis von einzelnen und staatlicher Ordnung sein müssen. Daß dieses Verhältnis sich tiefgreifend gewandelt hat, kann keinem Zweifel unterliegen.

Die technischen und ökonomischen Möglichkeiten und Imperative dieser Gesellschaftsordnung, so fruchtbar sie sind, werfen gewaltige Schatten. Sie tendieren zu eigengesetz-

Bürgerin und Staatsgewalt

Foto: JOKER



lichen Geschehensabläufen, die im Interesse des Menschen, der sie nur in einem fragilen Netz von Abhängigkeiten und unter anspruchsvollen Voraussetzungen nutzen kann, der koordinierenden Steuerung bedürfen, nicht zuletzt zur frühzeitigen Verhinderung katastrophaler Fehlentwicklungen, die bei einem Verzicht auf Steuerung nicht zu vermeiden wären. Sie tragen diejenigen, die ihren Rollenanforderungen entsprechen, empor und grenzen andere aus, die auf solidarische Hilfe angewiesen sind. Sie machen zuvor undenkbbare Eingriffe in die Sphäre des einzelnen wie in die Natur möglich, vor denen die Gemeinschaft schon deshalb Schutz gewähren muß, um die klassischen Grundrechte nicht faktisch aushöhlen zu lassen, aber darüber hinaus, um die Fortexistenz des Menschen und der Schöpfung überhaupt zu sichern. Die hierfür erforderlichen Steuerungsleistungen können – bei aller Wichtigkeit von Eigenverantwortung und Dezentralisierung – zu einem erheblichen Teil nur durch den Staat erbracht werden. Ihre Notwendigkeit ist es, die es verbietet, eine Verfassung allein auf den Freiheitsrechten der Bürger aufzubauen und daneben die sozialstaatliche Aufgabe des Staates zu vernachlässigen, die die Freiheiten der Bürger zu einem erheblichen Teil erst mit Leben füllen kann.

Soziale Grundrechte und Staatszielbestimmungen als Ausformung des Sozialstaatsprinzips

Das genuine Mittel, der heutigen Bedeutung von Sozialstaatlichkeit Rechnung zu tragen, ist deren Ausformung in Gestalt von sozialen Grundrechten und Staatszielbestimmungen. Nicht von ungefähr haben bereits die Schöpfer der Weimarer Verfassung von 1919 die Notwendigkeit einer solchen zu den Freiheitsrechten hinzutretenden Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips in einer Vielzahl sozialer Grundrechte gesehen. Nicht ohne Grund haben die Schöpfer insbesondere der Hessischen Verfassung bereits im Jahre 1946 diese Konzeption weitergeführt. Es wäre absurd anzunehmen, daß die Notwendigkeit sozialstaatlicher Steuerung sich mittlerweile verringert hätte.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Notwendigkeit erkannt, indem es den Grundrechten in einem bemerkenswert eigenständigen Zugriff objektivrechtliche Dimensionen und Schutzpflichten abgewonnen hat, die kaum etwas anderes als Staatszielbestimmungen sind und sozialen Grundrechten zum Teil mindestens nahekomen. An ihnen zeigt sich bereits

der Sinn, der Staatszielbestimmungen ebenso wie in ihren Wirkungen darüber noch hinausgehenden sozialen Grundrechten zukäme, mit denen das Sozialstaatsprinzip heute seine überfällige vom Verfassungsgeber beschlossene ausdrückliche verfassungsrechtliche Konkretisierung erhielt. Sie würden Aktivitäten des Gesetzgebers zur Verwirklichung der jeweiligen Ziele erleichtern, die Exekutive zu einem Hinwirken auf deren Realisierung verpflichten und zugleich ein realistisches, dem Bürger die Identifikation damit erleichterndes Bild der staatlichen Ordnung und ihrer Aufgaben vermitteln, das in der bisherigen rudimentären Anlage des Sozialstaatsprinzips nicht zum Ausdruck kommt.

In diesem Sinne ist es vor allem geboten, endlich die Mindestvoraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens verfassungsrechtlich festzuschreiben, deren Gewährleistung den Kern des Sozialstaatsprinzips ausmacht. Hierzu gehört das Recht auf das wirtschaftliche Existenzminimum und insbesondere auch das Recht auf eine angemessene Wohnung. Beides sollte als einklagbares Recht formuliert werden. In einer Gesellschaft mit den ökonomischen Möglichkeiten der Bundesrepublik, deren Pflege, auch wenn sie nicht gleich als Staatsziel mit Verfassungsrang postuliert zu werden braucht, selbstverständlich hohe Priorität verlangt, muß, wenn dies anders nicht geschieht, vom Staat verlangt werden können, daß er für eine angemessene Verteilung des vorhandenen und die Schaffung neuen Wohnraums zu akzeptablen Bedingungen Sorge trägt.

Zu den Aufgaben, denen bei einer Entfaltung des Sozialstaatsprinzips Verfassungsrang gebührt, gehört auch die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. In Anbetracht des Stellenwerts, den Arbeitsmöglichkeiten für eine sinnvolle menschliche Existenz haben, und ihres Ranges als faktischer Voraussetzung für die Verbürgung fast aller Grundrechte, voran der Würde des Menschen, überhaupt darf das Skandalon einer hohen Arbeitslosigkeitsquote nicht als selbstverständliche Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Entwicklung hingenommen werden. Freilich kann in einer aus gutem Grunde marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsordnung der Staat Arbeitsplätze nicht garantieren. Dies macht es bedenklich, in der Verfassung die Formulierung von einem Recht auf Arbeit zu verwenden. Zwar läßt sich schwerlich bestreiten, daß die Möglichkeit zu arbeiten für den Menschen von so existentieller Bedeutung ist, daß sie in einem grundsätzlichen Sinne als Menschenrecht betrachtet werden muß. Nur ist es ein erheblicher Fortschritt des

Grundgesetzes, daß das, was dort als Recht bezeichnet ist, prinzipiell einklagbar und mit gerichtlicher Hilfe durchsetzbar ist. Insofern würden mit der verfassungsrechtlichen Verbürgung eines »Rechts« auf Arbeit nicht nur falsche Vorstellungen geweckt, sondern auch der erreichte Stand der Durchsetzbarkeit verfassungsrechtlich verbürgter Rechte in Zweifel gezogen und aufgeweicht werden können. Daran, daß die verfassungsrechtliche Verankerung einer Staatsaufgabe, auf die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für jeden Arbeitswilligen hinzuwirken, in hohem Maße angezeigt ist, ändert das nichts.

So wie die vorgenannten Staatszielbestimmungen letztlich nur der Realisierung bereits grundrechtlich verbürgter Freiheiten dienen, ist es in anderen Bereichen an der Zeit, durch Staatszielbestimmungen Zweifel darüber zu beheben, daß Grundrechtsverbürgungen in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip den Staat nicht nur zur Passivität gegenüber grundrechtlich geschützten Sphären, sondern zu deren aktiver Förderung verpflichten. Dies schließt eine verfassungsrechtliche Aussage darüber ein, daß es zu den Aufgaben des Staates gehört, die tatsächlichen Voraussetzungen für die Gleichheit von Frauen und Männern zu schaffen.

Überwindung der Egozentrik?

In allen diesen Punkten kommt die Überwindung der Egozentrik eines Freiheitsverständnisses zum Ausdruck, das sich auf den Schutz der Freiheit des einzelnen vor staatlichen Ingezenzen beschränkt. Freilich fragt sich, ob diese Überwindung nicht oft noch zu kurz greift.

Wo es um ein Staatsziel Umweltschutz geht, ist die Bereitschaft noch am ehesten erkennbar, Formulierungen zu finden, die die Schöpfung nicht nur als Lebensgrundlage des Menschen, sondern um ihrer selbst willen unter Schutz stellen. Aber verfahren wir mit den Menschen ähnlich einsichtig? Wäre den Belangen von Kindern, Alten und Kranken wirklich damit hinreichend gedient, wenn ihnen die notwendigen wirtschaftlichen Subsistenzmittel verfassungsrechtlich verbürgt würden? So wichtig diese sind, geht es nur um die Bereitstellung von Geld? Müßte hier nicht viel weiter, im Sinne einer Gewährleistung angemessener Lebensbedingungen, formuliert werden? Und schreit nicht die Situation in der Bundesrepublik gerade nach dem Beitritt der neuen Bundesländer danach, daß die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im Bundesgebiet – unbeschadet der in die Verantwortlichkeit der Län-

der und Kommunen zu legenden vielfältigen Ansatzmöglichkeiten hierzu – über die vergleichsweise marginale Formulierung des Art. 72 Abs. 2 Nr. 3 GG hinaus zum Staatsziel erhoben wird? Seltsam wenig scheint aber auch die Rede von jenen zu sein, die jenseits der Grenzen des Bundesgebiets leben. Dabei kann die Frage der militärischen Präsenz der Bundeswehr nicht der Punkt sein, auf den es primär ankommt. Viel wichtiger dürfte eine über die Verpflichtung zur Friedenserhaltung hinausgehende Verpflichtung der Bundesrepublik zu solidarischer Bekämpfung menschlicher Not auch außerhalb der Bundesrepublik sein. Wer, wenn nicht wir, sollte sich, und sei es in der Präambel unserer Verfassung, zu einer solchen Verpflichtung bekennen? Sie wäre kein schlechter Schritt in Richtung einer Verwirklichung der in der bisherigen Präambel des Grundgesetzes beschworenen Verantwortung vor Gott und den Menschen. Und sie würde, wie andere Staatszielbestimmungen auch, nicht nur rechtliche und nicht nur politische Bedeutung beanspruchen können, sondern mit der Kraft des auch moralischen Appells dazu beitragen können, daß die Menschen ihre Verfassung als etwas verstehen, das sie anruft, bewegt, verpflichtet und engagiert. Verfassung will gelebt sein, und dazu gehört ihre verpflichtende Kraft über das Eigeninteresse hinaus.

STEFAN KESSLER

Plädoyer für ein Grundrecht

Zur Diskussion um das Asylrecht

An der Asylrechtsgarantie als einem in unserer Verfassung verankerten Grundrecht (Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG) muß unbedingt festgehalten werden. Das Grundrecht auf Asyl ist die Konsequenz aus den Erfahrungen, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes – während des Dritten Reiches meistens selbst Asylsuchende – hatten machen müssen. Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland – politisch wie rassisch Verfolgten – wurden oftmals die Grenzen verschlossen (die Schweiz bildet hier ein unrühmliches Beispiel), oder sie mußten im Aufnahmeland unter äußerst schwierigen und entwürdigenden Umständen versuchen zu

überleben. Ein neues Deutschland, so die Intention der Verfassungsgeber, müsse Verfolgten unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit Schutz gewähren. Das Grundrecht auf Asyl gehört aber auch zum Selbstverständnis eines demokratischen Deutschland. Menschen Schutz und Aufnahme zu gewähren, die verfolgt werden, weil sie Menschenrechte in Anspruch genommen haben, ist eine Verpflichtung, der sich ein demokratischer Rechtsstaat nicht entziehen kann, wenn er nicht seinen eigenen Grundsätzen zuwider handeln will.

In der Diskussion um das Asylrecht werden oftmals die Menschen vergessen. Bei kaum einem anderen Grundrecht geht es aber in dem Maße wie beim Asylrecht um menschliche Schicksale. Dies sollte stets, bei allen Erörterungen von Rechtsprinzipien, im Auge behalten werden.

Nicht selten wird behauptet, das Asylrecht würde von »Wirtschaftsflüchtlingsen mißbraucht«. Das Boot sei voll, die Akzeptanz in der Bevölkerung nehme ab, weil immer mehr »Scheinasylanten« nach Deutschland kämen. Dem »massenhaften Mißbrauch« des Asylrechts müsse Einhalt geboten werden. Diese Argumentation beruht vor allem auf den Statistiken des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die in der Tat einen immer geringer werdenden Anteil der Anerkennungen ausweisen.

Zunächst muß hierzu erwähnt werden: Während die veröffentlichte Statistik die Anerkennungsrate aus der Gesamtzahl der behandelten Fälle (also inkl. Antragsrücknahmen, die 1988 20,2 % ausmachen) errechnet, berechnet sie beispielsweise der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) auf der Basis der materiell entschiedenen Fälle, weil, so der UNHCR, »von den anderweitig erledigten Fällen nicht bekannt ist, ob sie abgelehnt oder anerkannt worden wären, hätte sich ihr Asylverfahren nicht anderweitig erledigt. Es erscheint somit zweifelhaft, ob man diese große Personenzahl generell den abgelehnten Fällen zurechnen kann.«¹

Außerdem *verdoppeln* sich nach einer Schätzung des Bundesinnenministeriums die Anerkennungszahlen durch die Urteile der Verwaltungsgerichte.² Die Statistik des Bundesamtes sagt also nur sehr wenig über die tatsächlichen Zahlen als asylberechtigt anerkannter Flüchtlinge aus.

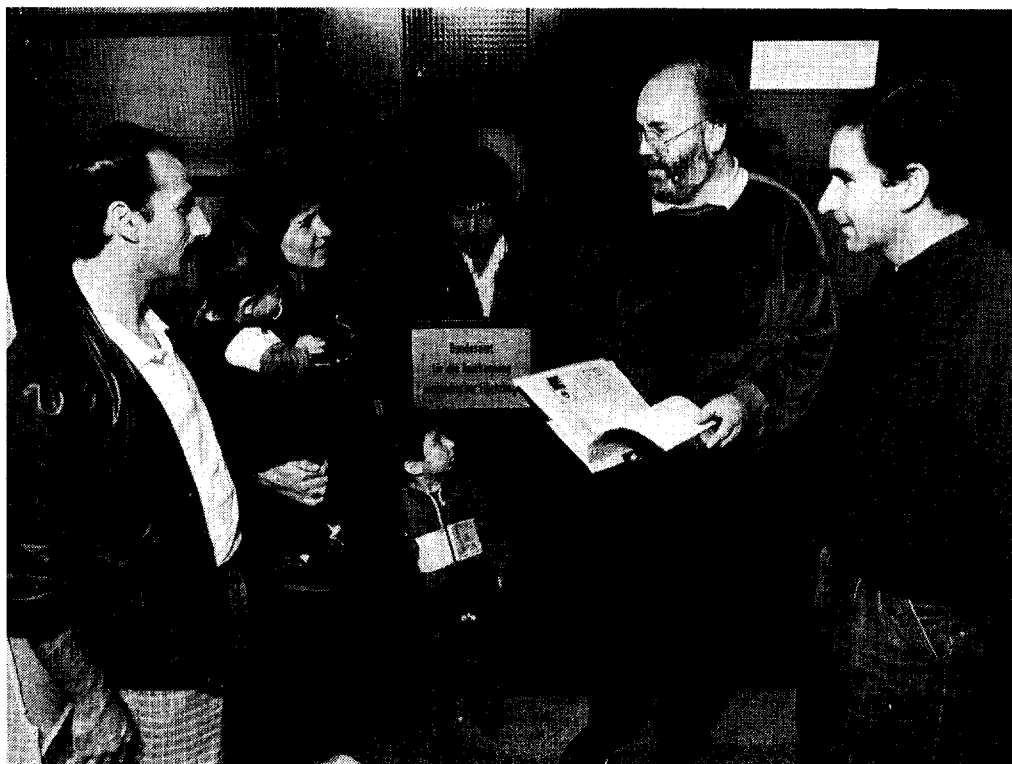
Gleichzeitig ergibt eine nähere Betrachtung der Statistik: Die Anerkennung hat offenkundig mit objektiven Faktoren wie der Situation in den Herkunftsländern oder sich ändernder Fluchtwege nichts zu tun. Die Veränderung in

den Anerkennungsquoten ist vielmehr zum einen auf die 1987 vorgenommene Änderung des Asylverfahrensgesetzes mit der Einführung der Ausschlußtatbestände *Nachfluchtgründe* (§ 1a AsylVfG) und *Schutz im Drittland* (§ 2 AsylVfG) zurückzuführen. Zum anderen ist in der Rechtsprechung der vergangenen Jahre die Definition des »politisch Verfolgten« immer weiter *eingeeengt* worden, etwa durch Urteile wie das des Bundesverwaltungsgerichtes, mit dem 1985 der Ausschlußtatbestand des *Bürgerkriegs* geschaffen wurde (wo der Staat nur noch Bürgerkriegspartei sei, finde durch ihn keine politische Verfolgung statt). Das Urteil ist erst 1989 durch das Bundesverfassungsgericht teilweise korrigiert worden. Und bereits 1983 wurde entschieden: *Erlittene Folter ist kein Asylgrund*, wenn nicht nachgewiesen werden kann, daß sie aus politischen Gründen erfolgte.³

Die Restriktionen sowohl im Gesetz als auch in der Rechtsprechung haben dazu geführt, daß zahlenmäßig bedeutende Gruppen von Flüchtlingen, die bis dahin in der Bundesrepublik als Asylberechtigte anerkannt wurden und die in den übrigen europäischen Staaten auch als Flüchtlinge anzuerkennen wären, aus dem »normalen« Asylrecht ausgegrenzt werden. Diese Personengruppe genießt allerdings den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention und verbleibt auch nach Ablehnung des Asylanspruchs in Deutschland. Dies ist eine äußerst unbefriedigende Situation: Eine immer größer werdende Zahl von Flüchtlingen wird aufgrund der restriktiven Auslegungen des Begriffs »politisch verfolgt« nicht als asylberechtigt anerkannt, kann aber auch nicht abgeschoben werden, sondern lebt – mit einem äußerst unsicheren Status – weiterhin in der Bundesrepublik.

Deshalb sind m. E. die Ausschlußtatbestände der §§ 1a und 2 AsylVfG abzuschaffen. Statt dessen sollte in Anlehnung an Art. 1 A 2 der Genfer Flüchtlingskonvention und Art. 1 I der OAU-Flüchtlingskonvention *gesetzlich bestimmt* werden, daß *insbesondere* als asylberechtigt anzuerkennen ist, wer aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung nicht in sein Herkunftsland zurückkehren kann. Als asylberechtigt anerkannt werden muß gleichfalls, wer vor Krieg oder Bürgerkrieg flieht.

Eine solche Regelung hat den Vorteil, das statusrechtliche Durcheinander zu beenden. Als asylberechtigter Flüchtling gilt dann jeder, der wegen Umständen, die er nicht zu vertreten hat, in Deutschland Schutz suchen muß. Dies



Asylgesuch

Foto: dpa / Weihs

würde für eine klare rechtliche und politische Lage sorgen. Nicht zuletzt würde damit auch die Verwirrung in der Bevölkerung beendet und damit angesichts klarer, nachvollziehbarer Kriterien die Akzeptanz des Asylrechts steigen. Auch für die Flüchtlinge wäre dann mehr Rechtssicherheit geschaffen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hierdurch würden *keine neuen Schutztatbestände* geschaffen. Vielmehr würden die bisherigen Regelungen, die eine Abschiebung ausschließen, unter einem »Dach« zusammengefaßt.

Gelegentlich wird behauptet, notwendig sei »eine restriktive Asylpolitik im Verbund mit einer Entwicklungshilfe, die diesen Namen wirklich verdient«⁴. Entwicklungspolitik erscheint hier als »Verbrämung« der tatsächlichen Abschottung gegenüber Flüchtlingen. Die Argumentation bedeutet letztendlich, daß die Verfolgten gefälligst die Erfolge der Entwicklungshilfe abzuwarten hätten. Die Möglichkeiten sind begrenzt, auch durch eine noch so gute und sinnvolle Politik die Verhältnisse in anderen Ländern zu verändern, soll diese Politik nicht gleichzeitig die Souveränität und Eigenständigkeit des betreffenden Landes verlet-

zen. Auch dauert es lange, bis Hilfsmaßnahmen zu wirklichen Verbesserungen führen.

Es ist sicherlich wichtig, daß eine Hilfspolitik an einer langfristigen Perspektive orientiert ist. Dies darf aber nicht dazu führen, daß Menschen daran gehindert werden, *jetzt* politischer Verfolgung und existentiellen Notlagen zu entgehen. Deshalb darf die Entwicklung einer Flüchtlingskonzeption nicht als Vorwand dafür genommen werden, daß die Situation der Flüchtlinge in unserem Land mehr und mehr verschlechtert und der Zugang zur Bundesrepublik erschwert wird. Verstärktes Engagement in den Herkunftsländern kann nicht einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen ersetzen, beides muß sich ergänzen.

Einige wollen das Asylrecht mit einem Einwanderungsrecht – und damit auch mit Quoten oder ähnlichen Regelungen – verknüpfen. Ich plädiere hingegen für ein Festhalten an der besonderen Stellung des Grundrechts auf Asyl. Dies zum einen wegen der eingangs beschriebenen besonderen historischen Wurzeln und der großen Bedeutung für das Selbstverständnis eines demokratischen Deutschland. Zum anderen aber auch, um dieses Grundrecht vor beliebigen

Eingriffen durch einfach-gesetzliche Regelungen auf der Grundlage wechselnder Mehrheiten zu schützen. Das Asylrecht kann und darf nicht durch Maßnahmen wie etwa die Einführung von Quoten eingeschränkt werden: Jeder, der vor politischer Verfolgung flieht, muß ungehindert in Deutschland Schutz finden können.

Gleichzeitig sind allerdings Überlegungen zu begrüßen, durch das Schaffen sinnvoller Aufenthaltstitel Ausländer nicht in das Asylverfahren abzudrängen. Hier wäre das Asylverfahren zu »entlasten«, indem etwa nach dem Vorbild der alten »Iran-Erlasse« oder der Alt-fall-Regelungen Flüchtlingsgruppen ein Aufenthaltsrecht eingeräumt wird, ohne daß sie das Asylverfahren in Anspruch nehmen müssen. Die schwierige Situation, in der die Kommunen zur Zeit stehen, ist nicht zu verkennen. Probleme wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit sind jedoch nicht Folgen einer verstärkten Einwanderung, sondern haben andere, »hausgemachte« Ursachen. In Köln etwa belasten nicht so sehr die rund 6 000 Flüchtlinge bei einer Gesamteinwohnerzahl von knapp einer Million den Wohnungsmarkt, sondern vielmehr der Niedergang des sozialen Wohnungsbaus durch eine verfehlte Bundespolitik. Zu fordern sind daher verstärkte Anstrengungen des Bundes und der Länder, den Kommunen durch Hilfen etwa im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus und im Ausbau der sozialen Infrastruktur beizustehen. Gleichzeitig müssen die Kommunen entlastet werden durch die endgültige Abschaffung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber (was dem Sozialhilfe-Etat zugute käme) und die Aufhebung des Zwangs zu teuren und nur schwer zu realisierenden Sammel-lagern.

Manche behaupten, das Grundrecht auf Asyl stünde einer »Harmonisierung« des Asylrechts in Europa entgegen. Dies ist falsch. Wenn es um eine Angleichung der materiellen Entscheidungskriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft geht, dann stellt Art. 16 II 2 GG kein Hindernis dar.

Grundlage für die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft sind in den anderen europäischen Staaten die Kriterien, die in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) festgelegt sind. Der damit entwickelte Flüchtlingsbegriff stimmt in weiten Teilen mit dem des Grundgesetzes überein. Erst durch die später geschaffenen Ausschußstatbestände sind Flüchtlinge aus dem deutschen Asylrecht »hinausdefiniert« worden. Würden diese Restriktionen aufgehoben, stünde einer europäischen Harmonisierung auf der Basis des genannten Flüchtlingsbegriffs nichts im Wege. Eine Harmonisierung

würde auch dann erreicht, wenn die Genfer Flüchtlingskonvention in Deutschland wieder als eine Grundlage des Anerkennungsverfahrens gesetzlich verankert würde. Erste Ansätze dazu wurden mit dem neuen Ausländergesetz (§ 51 I AuslG) geschaffen; hierbei ist allerdings nicht den betroffenen Flüchtlingen eindeutig der Status des Asylberechtigten zugewiesen worden.

Das Problem ist somit nicht die inhaltliche Harmonisierung des Asylrechts in Europa. Das Grundgesetz bietet aber den Flüchtlingen gegenüber der GFK einen entscheidenden Vorteil: Während die GFK die Abschiebung eines Flüchtlings in das Verfolgerland verbietet, garantiert das Grundgesetz darüber hinaus einem Flüchtling den Zugang zu einem gerichtlichen Überprüfungsverfahren. Diese Garantie steht allerdings den Plänen der europäischen Regierungen entgegen, wonach festgelegt werden soll, daß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nur noch ein Asylantrag gestellt werden kann. Wird die Bundesrepublik dadurch nach dem Wegfall der westeuropäischen Binnengrenzen zum »Asyl-Reserveland«? Der UNHCR hierzu: »Der Eindruck des UNHCR ist, daß *Asylbewerber sich in größeren Zahlen aus der Bundesrepublik in die benachbarten Staaten als in der umgekehrten Richtung bewegen*. Es scheint nicht unwahrscheinlich, daß die Abschaffung der Binnengrenze bei im übrigen unveränderten nationalen Praktiken diese Tendenz *verstärken* würde.«

Zur Beschleunigung der Asylverfahren soll vor allem die Einführung Zentraler Anlaufstellen für Asylbewerber (ZAST) in allen Regierungsbezirken dienen, in denen zumindest für Flüchtlinge aus Polen, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei (andere Länder können jederzeit dazukommen!) nur noch drei bis sieben Tage Zeit zwischen den beiden Anhörungen zu ihren Fluchtgründen vor dem örtlichen Ausländeramt und einer Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bleiben soll. Grundsätzlich ist gegen eine zeitliche Verkürzung des Asylverfahrens nichts einzuwenden, solange die berechtigten Interessen der Flüchtlinge gewahrt bleiben. Bei diesem »Modell« müssen aber vor allem zwei Punkte kritisiert werden: Den ankommenden Flüchtlingen fehlt durch den äußerst geringen zeitlichen Abstand zwischen den beiden wichtigsten Anhörungen im Asylverfahren noch die Orientierung. Sie sind froh, die Flucht überstanden zu haben, und überhaupt nicht in der Lage, die Bedeutung der Anhörungen innerhalb so kurzer Zeit zu ermessen. Infolgedessen wird eine detaillierte und substantiierte Schilderung des

persönlichen Verfolgungsschicksals selten, zumal aus den persönlichen Erfahrungen heraus gerade bei wirklich politisch Verfolgten große Hemmschwellen gegenüber Staatsbediensteten bestehen.

In der kurzzeitigen Abfolge der Anhörungen kann auch überhaupt nicht ausreichend auf die Situation von *Folteropfern* (beispielsweise aus der Türkei) eingegangen werden. Diese Menschen haben oft die traumatischen Erfahrungen, die ja noch nicht lange zurückliegen, verdrängt und machen bei der Anhörung nur ungenaue Angaben. Gerade diese Flüchtlinge fassen erst nach langen, intensiven Gesprächen Vertrauen und sind bereit, von ihren Erlebnissen zu berichten.

Zusammenfassend liegt in einer Beschleunigung des Asylverfahrens nach *diesem* Muster die Gefahr, daß berechnete Interessen der Flüchtlinge nicht mehr wahrgenommen und somit ein faires Verfahren, das rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt, nicht mehr möglich ist. Die Bedenken richten sich nicht gegen die Dezentralisierung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, sondern gegen die kurze Zeit zwischen den Anhörungen. Somit wäre als Kompromiß denkbar, daß die Flüchtlinge nach der ersten Anhörung mindestens vier Wochen Zeit erhalten, um sich zu informieren und beraten zu lassen. Dann erfolgt die zweite Anhörung in der Außenstelle des Bundesamtes. Beide Dienststellen in der Zentralen Anlaufstelle werden personell und materiell ausreichend ausgestattet. Voraussetzung für ein solches Verfahren wäre allerdings, daß das Bundesamt es den Flüchtlingen ermöglicht, auch nach der ersten Anhörung Abschiebungshindernisse geltend zu machen.

Oberste Prinzipien der Sozialhilfe sind die »Hilfe zur Selbsthilfe« sowie das Eingehen auf individuelle Bedürfnisse. Demgegenüber bestehen Ansätze zu Regelungen, mit denen die Sozialhilfegewährung für Flüchtlinge pauschal und ohne Prüfung des Einzelfalls auf Sachleistungen und Gemeinschaftsverpflegung umgestellt und die Leistungen insgesamt gekürzt werden sollen. Diese Vorschläge sind unhaltbar.

Zum einen widerspricht diese pauschale Benachteiligung einer Gruppe von Sozialhilfeempfängern den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes, wonach solche Regelungen nur in Einzelfällen und nach sorgfältiger Prüfung der individuellen Umstände möglich sind. Zum anderen verletzen diese Maßnahmen die Menschenwürde. Ein Flüchtling würde endgültig wirtschaftlich, rechtlich und psychologisch in die Abhängigkeit gedrängt. Er würde die Fä-

higkeit zur Selbsthilfe verlieren mit der Folge, daß er auf Dauer von der Öffentlichen Hand abhängig bleibt. Es steht zu befürchten, daß er nicht nur hier nicht zu integrieren, sondern auch im Falle der freiwilligen Rückkehr nicht im Heimatland zu re-integrieren ist. Schon die bisherigen Lebensumstände, besonders im Zusammenwirken mit der Verfahrensdauer, wirken im Normalfall psychisch belastend, in schlimmen Fällen persönlichkeitszerstörend. Wenn jetzt auch noch durch die Umstellung der Sozialhilfe den Flüchtlingen, insbesondere den Frauen, die einzige noch verbliebene echte Beschäftigung und Verbindung mit der heimischen Lebensweise genommen wird, dann führt das zu ihrer vollständigen Entmündigung. Gerade bei Flüchtlingen, die wirklich schwere Verfolgung und Folter erlebt haben, wird dies zu nachhaltigen psychischen Schäden führen. Die angebliche Entlastung der Kommunen wird zudem durch diese Maßnahmen in ihr Gegenteil verkehrt, weil die schon jetzt stark belasteten Verwaltungsmitarbeiter mit Aufgaben wie Essensausgabe und Verwaltung von Kleiderkammern zusätzlich belastet werden. Dazu tritt, daß die Beziehungen zwischen Behörden einerseits und Flüchtlingen und Initiativen andererseits tiefe Brüche erleiden wird, wenn die Behörden solche Umstellungen vornehmen müssen. Ein Eingehen örtlicher Verwaltungen auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Notwendigkeiten wird unmöglich, wenn Vorgaben »von oben« sie zur Umstellung zwingen. Daher dürfen Flüchtlinge nicht schlechter als andere Hilfeempfänger gestellt und über die Sozialhilfe diskriminiert sowie der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Kommunen nicht unnötig eingeengt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß an dem vorbehaltlosen, eigenständigen Grundrecht auf Asyl in unserer Verfassung festgehalten werden muß. Schutz für Flüchtlinge bedeutet ein Verfahren, das ihren Bedürfnissen gerecht wird, und einen menschlichen Umgang mit ihnen im Bereich der Sozialhilfe.

Anmerkungen

- 1 UNHCR: Stellungnahme zum Fragen- und Sachverständigenkatalog für eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses (des Deutschen Bundestages) am 20. Februar 1989, S. 6–8 und 220 f.
- 2 Mitteilung des Bundesministers des Innern über die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung. Bonn, 25. 9. 1990, Fußnote auf S. 2.
- 3 BVerwG, Urteile vom 3. 12. 1985, BVerwGE 72, 269 = DVBl. 1986, 512; BVerfG, Beschluß vom 10. 7. 1989 – 2 BvR 502/86 u. a.; BVerwG, Urteil vom 17. 5. 1983, NVwZ 1983, 678.
- 4 Jochen Welt, Sichtwechsel, Kurswechsel: Asyl. VORWÄRTS 10/1990, S. 32.

Deutschland – ein »normaler Nationalstaat«?

Die SPD hat der Beteiligung deutscher Friedenskörps an Einsätzen der Vereinten Nationen (UN) unter bestimmten Bedingungen zugestimmt (Special Peace-keeping Operations). Dieser Beschluß war bis zuletzt umstritten und das Abstimmungsverhältnis ist ein Dokument der Skepsis. Dennoch, der eigentliche Disput wurde weder in Bremen noch anderswo unmißverständlich thematisiert. Hierfür kann man verschiedene Gründe anführen. Am Anfang der Debatte stand ein Definitionsproblem, da die friedenserhaltenden Maßnahmen der UN als solche kein Element der Charta der Vereinten Nationen sind. So wurden die »Blauhelm«-Missionen gedankenlos mit den auf Ersuchen des Sicherheitsrates aufzustellenden UN-Truppenkontingenten und der Konstituierung eines Generalstabsausschusses, wie dies in Artikel 42 ff. der UN-Charta vorgesehen ist, vermengt oder gleichgesetzt. Überlagert wurde diese Frage von einem gesellschaftlichen Trend, der im Zuge des Golf-Krieges und der Herstellung der deutschen Einheit durchbrach. Zahlreiche politische Akteure unternahmen den (bis heute noch nicht abgeschlossenen) Versuch, die Bundesrepublik Deutschland als von der Vergangenheit unbelasteten Staat in die Weltgemeinschaft zurückzuführen. Zeitgeschichtlich verbindet sich diese Debatte mit den bekannten Anstrengungen im Rahmen des »Historikerstreits«. Die Diskussion über angemessene Formen zur Erhaltung des Friedens und eines leistungsfähigen kollektiven Sicherheitssystems wurden dabei zugunsten eines weiter gesteckten Ziels mißbraucht; ein oft und zum Teil erfolgreiches Politikkonzept. Es scheint mir den Versuch wert, der daraus resultierenden Verwirrung zu begegnen.

Nach Artikel 24 Grundgesetz (GG) ist ein »System gegenseitiger kollektiver Sicherheit« das einzige verfassungsrechtlich anerkannte Friedenskonzept. Es unterscheidet sich vom herkömmlichen Militärbündnis in der Definition des potentiellen Aggressors, der Machtstellung einzelner Systemmitglieder, der Sanktionsmechanismen, der institutionalisierten politischen Streitschlichtung und der Zusammensetzung und Führung der Militärorganisation. Im Sinne des Grundgesetzes kann und soll die Bundesrepublik Deutschland mit allen Rechten und Pflichten Mitglied der UN sein, einem formal gestalteten System kollektiver Sicherheit.

An diesem Punkt entkoppeln sozialdemokratische Politiker den im Konzept kollektiver Sicherheit angelegten Grenzfall militärischer Maßnahmen von vorgeschalteten Handlungen zugunsten friedlicher Streitbeilegung. So entwickelt etwa Norbert Gansel, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, eine Grundgesetzergänzung zu Artikel 24 und entledigt sich dabei dem, einem militärischen Eingriff vorgestellten Streitbeilegungsmechanismus. Im Gansel-Entwurf heißt es wörtlich: »1. Außer zur Verteidigung des Bundesgebietes dürfen bewaffnete Streitkräfte des Bundes nur zur Verteidigung von Staaten eingesetzt werden, mit denen der Bund vertragliche Verpflichtungen zur gemeinsamen Verteidigung eingegangen ist, und zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Rahmen des Kapitels VII der Charta der Vereinten Nationen, wenn die Bundesrepublik gemäß der Verpflichtung aus Artikel 43 der Charta der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat Streitkräfte zur Verfügung gestellt hat.« Norbert Gansel betont dabei, daß die von ihm gewählte Fassung jeden bewaffneten Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes ausschließe, grundsätzlich plädiert er aber für »den Einsatz einzelner Bundeswehreinheiten unter dem Oberkommando des Sicherheitsrates nach Kapitel sieben der UN-Charta«. Auch Karsten Voigt, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Fraktion, Peter Struck, parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, oder Florian Gerster, ehemaliges SPD-Mitglied im Verteidigungsausschuß, traten zu diesem Zeitpunkt für eine Grundgesetzänderung ein, um Kampfeinsätze der Bundeswehr unter Führung des Sicherheitsrates der UN zu ermöglichen. Gerster ging sogar so weit und trennte den Fall des Kampfeinsatzes vom System kollektiver Sicherheit.

Nachdem die innerparteilichen Widerstände gegen solcherlei »Säbelrasseln« unüberhörbar wurden (über hundert Anträge aus Parteigliederungen wandten sich in Bremen gegen die neuen Überlegungen), unternahmen die Befürworter dieses Ausgangspunkts den Versuch, die Teilnahme deutscher Streitkräfte an weltweiten militärischen Aktionen in einem ersten Schritt auf die »Blauhelm«-Missionen der UN zu beziehen. Dieses Unternehmen beruhigte zwar die grundsätzliche Kontroverse, doch verla-

gerte sich der Disput jetzt auf die dafür untaugliche Gruppe der UN-Friedenskorps. Den Trägern des Friedensnobelpreis wurde damit Unrecht getan und ihre vorbildhafte Funktion als Teil friedlicher Streitbeilegung in sein Gegenteil verkehrt. Die Bellizisten in der SPD sind allein für diese Schieflage verantwortlich.

Zugleich sollte ein weiterer Beweggrund für die Debatte nicht unerwähnt bleiben. Teile der SPD plagt die aus der Geschichte resultierende Sonderrolle Deutschlands. So betonte Norbert Gansel Ende Mai in einem Interview: »Ich bin auch der Meinung, daß deutsche Politik in Anbetracht unserer Geschichte immer ein Element der Selbstbeobachtung und Selbstkontrolle braucht. Aber man kann alles übertreiben.« Das Ziel dieser Politiker ist nach Herstellung der territorialen Einheit, »die Nation zu einigen und damit zu einem *normalen* Staat zu machen«. Nach Ansicht der Mehrheit in der Kommission Sicherheitspolitik des SPD-Parteivorstandes ist ein ganz wesentlicher Ausdruck dieser *Normalität* eine Beteiligung an militärischen Aktionen im Rahmen der UN-Charta. So heißt es wörtlich: »Deutschland muß bereit sein, als *normaler* Nationalstaat mit gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen teilzunehmen, auch wenn diese anstelle des bisherigen Charakters von Waffenstillstandsgarantien (Blauhelme) einen Charakter der Wiederherstellung des Friedens durch Gewaltanwendung unter Kommando der Vereinten Nationen annehmen.«

Die Geschichte der Sozialdemokratie war seit ihrer Gründung auch von der prinzipiellen Frage »Krieg oder Frieden« geprägt. Die Kolonialdebatte, die Bewilligung der Kriegskredite, der Streit über den Bau der Panzerkreuzer und das Votum für die Landesverteidigung münden heute in einer Kontroverse über die Errichtung einer neuen Weltmilitärordnung. Zu allem Überfluß ist diese Diskussion von dem Versuch überlagert, einen Schlußpunkt hinter die deutsche Geschichte zu setzen. Dabei ignorieren ihre Anhänger, daß das »geeinte« Deutschland die Summe der beiden Staaten ist, dessen einer Teil unfähig war zu trauern (Mitscherlich) und dessen anderem Teil ein Anti-Faschismus und Unbedenklichkeitszertifikat verordnet werden mußte. Die Sozialdemokratie würde gut daran tun, den Pfad zur Rückgewinnung der Normalität nicht weiter zu beschreiten.

Vielmehr sollte die SPD wieder darangehen, die Bausteine einer neuen europäischen Friedensordnung mit zu legen. Hierbei könnte man auch von den Erkenntnissen der vergangenen Monate profitieren. Die Reduktion kollektiver



Sicherheit auf militärische Formen ist gerade für das europäische Friedensmodell vernunftwidrig. Sollte im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eine nationale Angriffsunfähigkeit und eine neue Friedensordnung herstellbar sein, wird militärische Aggression in dieser Region nicht nur unwahrscheinlich, sondern undurchführbar. Der Aufbau dieses kollektiven Sicherheitssystems muß vom Abbau des Systems der kollektiven Verteidigung begleitet sein, »denn in der Endphase können nicht beide nebeneinander bestehen«. Ohnehin ist fraglich, ob das System kollektiver Sicherheit angesichts der globalen Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und entsprechender Trägersysteme auf militärische Maßnahmen überhaupt noch zurückgreifen kann. »Gewalt zur Konfliktlösung (wo sie) unvermeidbar ist«, ist daher weder geeignet noch erfolgsorientiert. Angesichts der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und technologisch-ökonomischen Abhängigkeiten sollten deshalb Maßnahmen kollektiver Sicherheit ausschließlich nicht-militärische Sanktionen einschließen. Gerade Rüstungspotentiale in Krisenregionen sind technologisch und finanziell auf auswärtige Hilfe angewiesen. Das Ziel einer hundertprozentigen Unabhängigkeit vom Weltrüstungsmarkt etwa in Indien, Brasilien oder Ägypten ist eine trügerische Hoffnung der dortigen politischen Akteure. Die westliche Rüstungsindustrie ist darüber gut unterrichtet, die SPD sollte davon lernen.

RENATE WIGGERSHAUS

2052 Ichs und eine Ich

Virginia Woolfs *Orlando*

Die Wirkung Vita Sackville-Wests auf Virginia Woolf ist vollständig in *Orlando* enthalten, dem längsten und bezauberndsten Liebesbrief der Literatur, in dem sie Vita erforscht, sie in die Jahrhunderte hin und her verwebt, von einem Geschlecht ins andere versetzt, mit ihr spielt, sie in Pelze, Spitzen und Smaragde kleidet, sie neckt, mit ihr flirtet und tändelt, einen Dunstschleier über sie wirft und sie schließlich in der aufgeweichten Erde in Long Barn fotografiert, mit ihren Hunden, wie sie Virginias Ankunft am nächsten Tag erwartet.

Der längste und bezauberndste Liebesbrief der Literatur – eine knappere und treffendere Charakterisierung von Virginia Woolfs *mock biography*, also scherzhaft fiktiver Biographie *Orlando*, ist schwerlich vorstellbar. Nigel Nicolson gibt sie in seinem 1973 publizierten *Portrait einer Ehe* – der ungewöhnlichen Ehe nämlich seiner Eltern, der Schriftstellerin und Gartenarchitektin Vita Sackville-West und des Diplomaten Harold Nicolson. Diese beiden lieben sich leidenschaftlich – auf emotionaler, geistiger und zeitweise physischer Ebene; beide gingen aber auch lesbische bzw. homosexuelle Beziehungen teils recht abenteuerlicher Natur ein, ohne doch je das Vertrauen zueinander zu verlieren, ohne je das Gefühl zu haben, dem anderen gegenüber treulos geworden zu sein. So stellte es für die Sackville-Nicolson'sche Ehe keine Gefahr dar, als Vita Sackville-West sich heftig in Virginia Woolf verliebte und diese eine zärtlich-innige Zuneigung zu ihrer Freundin faßte. Doch auch die Woolf'sche Ehe basierte auf einer so intensiven Liebe und auf einem so tiefen Verständnis füreinander, daß sie durch die Liebe der beiden Frauen zueinander nicht erschüttert wurde. Das Gemeinsame dieser beiden außerordentlichen Ehen kennzeichnete Nigel Nicolson folgendermaßen: »Ihre Ehen ähnelten sich in der Freiheit, die sie einander zugestanden, in der Unbesiegbarkeit ihrer Liebe, in ihrer intellektuellen, geistigen und nicht-körperlichen Grundlage, in der Begierde aller vier, das Leben voll auszukosten, die Konventionen herauszufordern, hart zu arbeiten, gefährliches Spiel mit den Gefühlen zu treiben – und in ihrer Sorge umeinander.«

Leonard Woolfs zugleich großmütige und spartanische Art, sein unbedingtes Vertrauen und seine stete Zuverlässigkeit gaben Virginia Woolf jenen starken Rückhalt, den sie brauchte, um ihre wagemutigen Essays und Romane schreiben zu können. Obgleich der Literaturzwitter *Orlando* auch heute zuweilen noch als belanglos oder als amüsanter Spaß abgetan wird – woran Virginia Woolf nicht unschuldig ist: sie nannte das Buch »die Ferien eines Schriftstellers« und begann es nach ihren eigenen Worten als »Witz« –, obgleich er also vielfach als Unterhaltungsliteratur gilt, stellt er doch wie alle Bücher dieser Autorin in formaler und inhaltlicher Hinsicht ein kühnes Unternehmen dar.

Formal, weil das Buch sich an Gattungsgrenzen nicht stört: Es gibt vor, eine Biographie zu sein und ist doch eher eine Parodie auf die faktsammelnde Biographik des viktorianischen Zeitalters. Woolf amüsiert sich über eine Quellenforschung, die Dokumente auf Dokumente häuft, wobei die Persönlichkeit eines Menschen aus dem Blick gerät. Papiere, die Auskunft über ein herausragendes Ereignis in Orlandos Werdegang geben könnten, werden nur noch in verkohltem Zustand oder vom Zahn der Zeit durchlöchert aufgefunden.

Schon das Vorwort, in dem sich Virginia Woolf bei all jenen bedankt, ohne deren fachmännische Hilfe das Buch gar nicht hätte geschrieben werden können, sowie der Index, der einen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und künftige wissenschaftliche Nutzbarkeit zu erheben vorgibt, erweisen sich bei näherem Hinsehen als Schabernack, als ironische Anspielungen auf den üblichen Wissenschaftsbetrieb, als augenzwinkerndes Kompliment mit den Lesern, die sich nicht selten durch Historiker und Biographen gefoppt vorkommen müssen, weil sie nach der Lektüre mit fast leeren Händen dastehen. In einem solchen Kontext gewinnen noch die in den Teppich historisch belegbarer Familien- und Kulturgeschichte eingewobenen Fäden zügelloser Imagination den zusätzlichen Reiz des Spotts auf eine um Objektivität bemühte und ihr durch ihren Mangel an Phantasie meist allzu ferne Historiographie.

Literarisch gesehen ist *Orlando* eine Parodie auf den Entwicklungsroman, am Ende steht der Held bzw. die Heldin genauso reif bzw. unreif wie am Anfang da, erfahrener zwar, aber stets staunend, offen, voller Fragen, und letzten Endes ist er bzw. ist sie sich in den wesentlichen Dingen gleich geblieben – ein nachdenklicher Mensch mit einer großen Liebe zur Natur, zu Tieren, zu Landschaften, zu den Jahreszeiten.

Wie alle Romane Virginia Woolfs ist auch *Orlando* ein Buch über das Leben und über die Kunst, ein Buch der Verwandlungen und der Infragestellung der herkömmlichen Auffassung von Raum und Zeit und der Polarisierung der Geschlechter und zugleich ein poetologischer Roman.

Orlando ist die Geschichte eines Menschen, der um etwa 1500 geboren wurde, zur Zeit der Restauration sein Geschlecht wechselte und 1928, als das Buch endet, gerade 36 Jahre alt war. Die teils schmerzlichen, teils amüsanten Erfahrungen Orlandos als junger Adliger, als Liebender, als Diplomat und später als Frau und Dichterin berühren viele heikle und zu Beginn dieses Jahrhunderts noch tabuisierte Themen. Es wäre beispielsweise nachgerade ausgeschlossen gewesen, so freimütig und offen über die ambivalente Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen, über die damit einhergehenden Verhaltensweisen und seine gleichgeschlechtlichen Regungen zu sprechen, wie Virginia Woolf das in *Orlando* tut, hätte sie es ernsthaft und nicht im Schutz von Komik und Scherz getan, die die Zensur weitgehend außer Kraft setzen. In *Orlando* erleben wir Virginia Woolf als Humoristin, die sowohl die eigenen inneren Hemmungen als auch die des Lesers aufhebt. Gleich im ersten Satz des ersten Kapitels schneidet die Autorin ihr Generalthema an: das der Geschlechtszugehörigkeit: »Er – denn es konnte keinen Zweifel an seinem Geschlecht geben, wenn auch die Mode der Zeit einiges tat es zu verhüllen – war soeben dabei, auf den Kopf eines Mohren einzusäbeln, der von den Dachbalken baumelte.«

Da die spitzen- und bänderverzierte Kleidung der elisabethanischen Zeit und das langlockige Haar das Geschlecht eines Mannes eher verbargen als betonten, werden bereits zu Beginn des Buches – eigens angestachelt durch die irritierende Hervorhebung des selbstverständlich Scheinenden – Zweifel an Orlandos Männlichkeit geweckt. Das 16. Jahrhundert hatte gerade begonnen. Orlando war 16 Jahre alt. Er durchstreifte das Haus seiner Eltern und schlüpfte ins Freie: »Er umging alle Stallungen, Zwinger, Brauereien, Tischlereiwerkstätten,



Virginia Woolf

Foto: S. Fischer Verlag

Waschhäuser, Stätten, an denen Talglichter gemacht, Ochsen geschlachtet, Hufeisen geschmiedet, Wämser genäht wurden – denn das Haus war eine Stadt, widerhallend von Männern, die ihren verschiedenen Gewerben nachgingen ...«

Dieses Haus mit seinen – wie es später heißt – 365 Schlafzimmern und 52 Treppenhäusern ist Schloß Knole, das im 16. Jahrhundert von Elisabeth I. ihrem Vetter Thomas Sackville geschenkt wurde. Hier wuchs Vita Sackville-West auf. Sie hätte es als einzige Nachfahrin geerbt, wenn sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts nicht automatisch von der Erbfolge ausgeschlossen gewesen wäre. Der Roman, in dem Schloß Knole immer wieder als Orlandos Zuhause heraufbeschworen wird, stellte für sie einen »einzigartigen Trost« dar, weil er sie auf immer mit dem Schloß verband.

In Virginia Woolfs Buch ist es Orlando selber, dem die Königin das Schloß vermachte. Der junge Adlige führte ein ausschweifendes Leben – er durchstreifte die Natur, er verkehrte in den Kreisen der gehobenen Gesellschaftsschichten. Nach vielen Liebschaften, die er alle in Versen besang, wäre er fast im Hafen der Ehe gelandet. Doch breitete sich just zu jener Zeit – es war die Regierungszeit James I. – eine ungeheure Kälte über das Land aus: »Der

Große Frost war, so erzählen uns die Historiker, der strengste, der diese Inseln je heimsuchte. Vögel erfroren mitten in der Luft und stürzten wie Steine auf die Erde. Zu Norwich wollte eine junge Bauersfrau in ihrer üblichen robusten Gesundheit die Straße überqueren und ward von Zuschauern gesehen, wie sie sich vor aller Augen in Pulver verwandelte und als ein Staubgewöl über die Dächer verwehte, als der eisige Sturm sie an der Straßenecke traf . . . Es war kein ungewöhnlicher Anblick, auf eine ganze Herde von Schweinen zu stoßen, die unbeweglich auf der Straße angefroren waren. Die Felder waren voll von Schafhirten, Pflügern, Pferdegespannen und kleinen, Vögel scheuchenden Jungen, alle erstarrt in dem, was sie gerade getan hatten, der eine mit der Hand an der Nase, ein anderer mit der Flasche an den Lippen, ein dritter mit einem Stein, den er erhoben hatte, um ihn nach dem Raben zu werfen, der wie ausgestopft kaum einen Meter von ihm entfernt auf der Hecke saß . . . Aber während das Landvolk die bitterste Not litt und der Handel des Landes zum Stillstand kam, erfreute sich London eines Karnevals von allergrößter Pracht.«

Der Hof hielt bei riesigen Eichen- und Zedernholzfeuern festliche Gelage ab; Schlittschuhtänze sorgten für Kurzweil. Bei dieser Gelegenheit sah Orlando eine Gestalt aus der moskowitzischen Botschaft kommen, deren lose Tunika und lange Hosen ihr Geschlecht unkenntlich machten. »Als der Knabe, denn, ach, ein Knabe mußte es sein – keine Frau konnte mit solcher Schnelligkeit und Kraft Schlittschuh laufen –, fast auf Zehenspitzen an ihm vorbeifegte, war Orlando bereit, sich die Haare auszureißen vor Kummer darüber, daß die Person seinem eigenen Geschlecht angehörte und alle Umarmungen außer Frage standen.«

Doch der Schlittschuhläufer entpuppte sich als Frau. Orlando entbrannte in einer solchen Leidenschaft zu ihr, daß ihm alle früheren Lieben als schal erschienen. Virtuos schildert Virginia Woolf Orlandos Entflammtsein, seine blinde Hingabe, seine wilde Eifersucht, schließlich seine Verzweiflung, als die russische Prinzessin – denn für eine solche hielt er sie – bei dem über Nacht hereinbrechenden Tauwetter, das das Eis in wüste Wasserströme verwandelte, treulos entwand.

Orlando zog sich in sein großes Haus zurück, in die Einsamkeit. In seinem Liebesleid wurde er von einer neuen Leidenschaft erfaßt: von der Liebe zur Literatur. Mit hinreißender Komik läßt Virginia Woolf nicht nur die Größen der englischen Literatur auftreten, sie gibt auch eine eindrucksvolle Hommage an Marcel

Proust, ohne daß sein Name fiele, als Orlando melancholisch über die »Hure« Erinnerung reflektiert; später dann eine ironisch-heitere Hommage an Joseph Conrad, als es um die Umschiffung von Kap Horn geht. Um tiefer in das Wesen der Poesie einzudringen, ließ Orlando Nick Greene, einen leibhaftigen Dichter, zu sich kommen. Der erzählte von Ruhm und von »edlem Schreiben«, schimpfte über seine intriganten Kollegen, brannte Löcher in die kostbaren Teppiche, ließ sich von Orlando aushalten und schrieb, nachdem er ihn verlassen hatte, eine Satire über seinen Besuch bei einem Edelmann auf dem Land, in dem Orlando unschwer zu erkennen war. Das Pamphlet, das sogleich mehrere Auflagen erreichte, wurde Orlando von Freunden zugeschickt. »Als er es gelesen hatte, was er mit tödlicher Gefäßtheit von Anfang bis Ende tat, klingelte er nach dem Bedienten, übergab ihm das Dokument am Ende einer Zange, hieß ihn, es in das schmutzigste Herz des stinkenden Misthaufens auf dem Anwesen zu werfen . . . »Denn«, murmelte er . . ., »mit den Menschen bin ich fertig.«

Er verbrannte alle seine Dichtungen, außer einer, *Der Eichbaum* – wiederum eine Anspielung, denn der Titel erinnerte an Knole, das in Sevenoaks – Siebeneichen – liegt, sowie an Vita Sackville-Wests langes Gedicht *The Land*, aus dem wörtlich zitiert wird.

Verfolgt von einer Herzogin, die zwar sexuelles Verlangen, aber keine Liebe in ihm weckte, wußte Orlando sich keinen anderen Rat, als das Land zu verlassen. Unter Charles I. wurde er Gesandter in Konstantinopel. Um sein Leben dort zu schildern, mußte die Autorin ihrer Phantasie freien Lauf lassen, denn ein Feuer, das infolge einer Revolution ausbrach, hatte einen Großteil der Dokumente vernichtet. Tatsache ist, daß Orlando im Alter von 30 Jahren in einen tiefen siebentägigen Schlaf fiel, aus dem er als Frau erwachte. Unklar bleibt, was in der Zwischenzeit geschah. Später wird Orlando angeklagt, er habe – als Mann noch – mit einer Zigeunerin namens Pepita drei Kinder gezeugt. Auch dies eine der zahllosen Anspielungen, diesmal auf Vitas Großvater, Lionel Sackville-West, der einen Prozeß wegen seiner fünf illegitimen Kinder führte, unter ihnen Vitas Mutter, die er mit Pepita, einer andalusischen Tänzerin, gezeugt hatte. Die weibliche Orlando, die – wie es heißt – »die Kraft eines Mannes und die Anmut einer Frau« in sich vereinigte, zog nun mit Zigeunern in die Berge, lebte unter freiem Himmel, wurde von ihnen als eine der Ihren aufgenommen. Durch sie lernte sie, ihre Vorfahren mit neuen, nämlich kritischeren Blicken zu sehen: »Vom Zigeuner-

standpunkt aus betrachtet, war ein Herzog, das verstand Orlando, nichts weiter als ein Beuteschinder oder Räuber, der Menschen, die diese Dinge für wenig wertvoll erachteten, Land und Geld entriß und dem nichts Besseres einfiel, als 365 Schlafzimmer zu bauen, wo eines genug war, und keins sogar noch besser als eins.«

Die aufkommende Fremdheit zwischen den Zigeunern und Orlando weckte in ihr eine überwältigende Sehnsucht nach ihrer Heimat, nach Knole. Wann genau sie zurückfuhr, erfahren wir nicht, wie wir ja auch ihr Geburtsdatum nicht erfahren. Aber ausdrücklich wird gesagt, daß sie sich am Dienstag, dem 16. Juni 1712, fragte: »Was, zum Teufel, ist mit mir los?«

Das Buch steckt voller Anachronismen, voll ironischer Anspielungen auf die Wertschätzung bzw. Wertlosigkeit von festgesetzten Zeitmaßen. Die eigentliche Wirklichkeit liegt außerhalb der von Menschen künstlich festgelegten und unterteilten Zeit. Realität – das ist für Virginia Woolf der unaufhaltsame Strom emotionaler Momente, eine Dauer im Sinne der »durée« des französischen Lebensphilosophen Bergson –, die sich entsprechend der unterschiedlichen Intensität menschlicher Erfahrungen dehnt und zusammenzieht. Ebenso spielerisch und ungebunden wie ihr Verhältnis zur Zeit ist Virginia Woolfs Verhältnis zur Dimension des Raums. Er erhält ebenfalls den Charakter des letztlich vom Subjekt und seinem Lebensgefühl Bestimmten, wenn sie Orlando von einem einzigen Punkt aus die Kirchtürme Londons, den Ärmelkanal und die Berggruppe Snowdon in Wales erblicken läßt.

Als Frau zurück in England, gewährte Orlando die Vor- und Nachteile, die es mit sich brachte, als Mann oder Frau in einer bestimmten Gesellschaft zu leben. Zögernd dachte sie: »Besser ist es, in Armut und Unwissenheit gekleidet zu sein, welches die dunklen Gewänder des weiblichen Geschlechts sind; besser, die Beherrschung und Zucht der Welt anderen zu überlassen; besser frei zu sein von kriegerischem Ehrgeiz, von der Liebe zur Macht und von all den anderen männlichen Begierden, wenn man so die höchsten Verzückungen, die der menschliche Geist kennt, voller auskosten kann, nämlich Beschaulichkeit, Einsamkeit, Liebe.« Die Liebe allerdings sollte Orlando erst im viktorianischen Zeitalter kennenlernen – dann allerdings als Rettung aus einer dumpf-düsteren Zeit, die vor lauter Sittsamkeit und übertriebener Schamhaftigkeit von Virginia Woolf als »abscheulich« und »unanständig« geschildert wird.

Den Frauen bescherte das 19. Jahrhundert die Krinoline, die die zahlreichen Geburten

schamhaft verdeckte. »Sie war schwerer und trübseliger als jedes andere Kleid, das Orlando bis jetzt getragen hatte. Keines hatte ihre Bewegungen so behindert. Sie konnte nicht mehr mit den Hunden durch den Garten streifen und leichtfüßig die Anhöhe hinauflaufen und sich unter der Eiche auf den Boden werfen.« Also stürzte sie zu Boden, als sie es dennoch versuchte, und blieb mit gebrochenem Knöchel liegen. Als sie glaubte, nun nahe der Tod, und wie in einer Vision die zerklüfteten Berge der Türkei vor sich aufsteigen sah, wo sie mit den Zigeunern in großer Freiheit gelebt hatte, preschte ein Reiter heran. »Madam«, rief der Mann, auf den Boden springend, »Sie sind verletzt!« »Ich bin tot, Sir«, antwortete sie. . . . Ein paar Minuten später waren sie verlobt. Am Morgen danach, als sie beim Frühstück saßen, nannte er ihr seinen Namen. Er lautete Marmaduke Bonthrop Shelmerdine, Esquire.«

Er war ein ehemaliger Soldat, ein Seemann, nun ein Forschungsreisender, der auf Wind wartete, um mit seiner Brigg zum Horn zu segeln. »O! Shel, verlaß mich nicht!« rief sie. »Ich liebe dich leidenschaftlich«, sagte sie. Kaum waren die Worte über ihre Lippen, als ihnen beiden gleichzeitig ein schrecklicher Verdacht durch den Sinn schoß. »Du bist eine Frau, Shell!« rief sie. »Du bist ein Mann, Orlando!« rief er. Seit Anbeginn der Welt hatte es keine derartige Szene der Beteuerungen und Beweise gegeben, wie sie nun stattfand.«

Und nun erzählten sie einander, wie sie lebten. Als sie sich ihren Geliebten unter taumelnden Sternen an Deck auf hoher See vorstellte, traten Tränen in Orlandos Augen: »Ich bin eine Frau«, dachte sie, »endlich eine richtige Frau«. Sie dankte Bonthrop aus ganzem Herzen, daß er ihr dieses seltene und unerwartete Entzücken geschenkt hatte.«

Aber diese Frau war nur *ein* Ich in ihr, eines von – wie es bei Virginia Woolf ironisch heißt – 2052, die es nach Ansicht mancher Leute gebe. Ein anderes, das dichtende, trat wieder in Erscheinung, als der aufkommende Wind den geliebten Shelmerdine auf seine Brigg und aufs Meer trieb. Orlando vollendete das Poem *Der Eichbaum*, jenes Gedicht, das sie – see- und blutbefleckt – mehr als 300 Jahre bei sich getragen hatte. Beim Dichten gesellte sich ein neues Ich hinzu, das sie beim Beschreiben einer schlangengleichen Blume an ägyptische Mädchen denken ließ. Da beugte sich der Zeitgeist mahnend über sie und fragte, ob denn Mädchen etwas in den Gedichten einer Frau zu suchen hätten. Orlando wies auf den Ring an ihrem Finger, sagte, ihr Mann umsegele gerade Kap Hoorn, ihre Liebe gelte der Natur.

So erwies sie dem Geist der Zeit Reverenz, indem sie sich ihm teilweise unterwarf. Mit dem Heraufkommen des 20. Jahrhunderts aber lokierte jenes selber die Zügel. »Nichts war mehr eine Sache (. . .) alles war zum Teil etwas anderes, als wäre Orlandos Geist ein Wald geworden, von dem hier und dort Lichtungen abzweigten; Dinge kamen näher, wurden ferner und mischten und trennten sich und formten die merkwürdigsten Allianzen und Verbindungen in einem unaufhörlichen Karo von Licht und Schatten. Orlando ließ ihre Ichs an sich vorbeiziehen. War sie ein Snob? War sie boshaft? Ehrlich? Großzügig? Sie war zuweilen glücklich. Sie war reich. Ihr Gedicht hatte ihr Ruhm eingebracht. Sie liebte die Bäume. Und Hunde. Sie liebte die Nacht. Aber Menschen? Menschen? Ich weiß nicht. Schwatzhaft, gehässig, verlogen.« Es machte nichts. Sie liebte Bauern. Sie verstand etwas von Landwirtschaft. Nie würde sie jemand je wieder so kränken können wie Nick Greene zu der Zeit, als sie ein junger, unerfahrener Mann gewesen war und sie zweimal – kaum hörbar – gemurmelt hatte: »Ich bin fertig mit den Menschen.«

So in Gedanken mit ihren vielen Ichs beschäftigt, in ihrem Automobil, von London zu ihrem Haus auf dem Land zurückkehrend, sah sie die Wildgans aufs Meer hinausfliegen, die Wildgans, die sich leitmotivisch durch das ganze Buch zieht. Indem Orlando versuchte, sie mit Worten einzufangen, sah sie selbstvergessen von sich ab. In diesem Moment der Hingabe an etwas ganz anderes, an die Dichtkunst, für die die Wildgans nur eine Metapher ist, wurde Orlando zum ersten Mal mit sich identisch.

Es war in diesem Augenblick, als sie aufgehört hatte, »Orlando« zu rufen, und tief in Gedanken an etwas anderes versunken war, daß der oder die Orlando, die sie gerufen hatte, von ganz allein kam . . . Ihr ganzes Wesen verdunkelte und beruhigte sich, wie wenn eine Folie, deren Hinzukommen die Rundung und Festigkeit einer Oberfläche ausmacht, hinzugefügt wird und das Seichte tief wird und das Nahe fern; und alles eingefaßt ist . . . So war sie nun verdunkelt, gestillt, und war, durch die Hinzufügung dieser Orlando, zu dem geworden, was, ob richtig oder falsch, ein einziges Ich, ein wahres Ich genannt wird . . . Sie war jetzt eins und ganz . . .«

Virginia Woolf: Orlando, Gesammelte Werke, Prosa 7, hrsg. von Klaus Reichert, aus dem Englischen von Brigitte Walitzek, Frankfurt a. M. (S. Fischer Verlag) 1990, 264 Seiten mit 8 Abbildungen, DM 39,80

GERALD PREIN

»Sein Leben bewußt wie ein Werk gestalten«

Zum Leben von Henri Lefebvre

Der französische Philosoph und Soziologe Henri Lefebvre ist am 29. Juni dieses Jahres im Krankenhaus von Pau gestorben. Er war der letzte bedeutende Vertreter der zweiten Generation des Westlichen Marxismus. Sein Werk, das weit über sechzig Bücher und eine noch weitaus größere Anzahl von Artikeln umfaßt, spiegelt eine intellektuelle Biographie wider, die als exemplarisch für die politischen und gesellschaftstheoretischen Auseinandersetzungen dieses Jahrhunderts gelten kann.

Lefebvres Lebenslauf mit seinen Widersprüchen, Rückschlägen und Umwegen ist nicht der eines akademischen *Mandarins*, sondern zeigt ihn bis an sein Lebensende als intellektuellen Abenteurer, als engagierten Praxis-Philosophen.

Henri Lefebvre wurde am 16. Juni 1901 in Hagetmau (Landes) im Südwesten Frankreichs geboren.¹ Er verbrachte seine Kindheit in der Bretagne. Eine späte Masernerkrankung und eine schwere Rippenfellentzündung zwangen ihn, auf eine Ausbildung als Schiffsbauingenieur an der Ecole Polytechnique zu verzichten.

Er studierte daraufhin Philosophie – zunächst bei Maurice Blondel in Aix-en-Provence, später bei Léon Brunschwig in Paris, las Nietzsche, Schelling, Schopenhauer, Heidegger. Gemeinsam mit Pierre Morhange, Norbert Guterman und Georges Politzer gründete er 1924 in Opposition zur herrschenden Philosophie von Bergson, Alain und Brunschwig die Zeitschrift *PHILOSOPHIES*. Die Gruppe der jungen Philosophen, der sich später Paul Nizan und Georges Friedmann anschlossen, unterhielt enge, wenngleich nicht immer einfache Kontakte zu den Surrealisten und beteiligte sich zum Teil an deren Aktionen.

Durch André Breton lernte Lefebvre im Alter von zwanzig Jahren Hegels *Logik* kennen. Lefebvre, begeistert, studierte Hegel und später auch Marx. Im Jahre 1928 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs. Während dieser Zeit arbeitete er als Taxifahrer in Paris, bis ein schwerer Unfall ihn zwang, diesen Beruf aufzugeben.

Lefebvre wurde nun Lehrer, unterrichtete von 1929 bis 1941 an verschiedenen Gymnasien in der Provinz. Nachdem ihm die Vichy-Regierung Berufsverbot erteilt hatte, nahm er in den

Jahren 1941 und 42 in Aix-en-Provence und Marseille aktiv an der Résistance teil. 1943 mußte er in die Pyrenäen fliehen, wo er im Val-*lée de Campan* untertauchte.

Nach der Befreiung leitete Lefebvre die Kulturabteilung von Radio Toulouse und arbeitete als Lehrbeauftragter an der Militärakademie. Erst 1947 kehrte er in den Schuldienst zurück. Ein Jahr später wurde er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Centre National de Recherche Scientifique in Paris abgeordnet, wo er bis 1960 arbeitete.

Lefebvres Beziehungen zur KPF waren niemals unproblematisch. Angesichts des Stalinismus versuchte er lange Zeit den Drahtseilakt, als Mitglied die Partei von innen her zu verändern. Er blieb dabei von politischen Konzessionen nicht verschont, bemühte sich jedoch in seinen Publikationen, den Marx'schen Denkansatz lebendig weiterzuentwickeln – oft in Opposition zu den Zensoren der Partei.

Im Jahre 1958 wurde Henri Lefebvre aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Anlaß war ein erfundenes Marx-Zitat, das deutlich macht, daß Lefebvres Interpretation des Marxismus nicht dem lust- und lebensfeindlichen Puritanismus der Parteideologen entsprach: »Die Kunst ist der höchste Genuß, den der Mensch sich bereitet.« (*Contribution à l'esthétique*, Paris 1953).

Erst 1961, im Alter von 60 Jahren, bekam Lefebvre eine Professur für Soziologie an der Universität Straßburg. 1965 wechselte er an die Universität Paris-Nanterre, wo Daniel Cohn-Bendit zu seinen Studenten gehörte. Lefebvre beeinflusste die 1968 von dort ausgehenden sozialen Protestbewegungen nachhaltig; sein Programm der Kritik des Alltagslebens gehörte zu deren wesentlichen theoretischen Grundlagen und Bezugspunkten.

1973 verließ Lefebvre die Hochschule. Er unternahm nun Reisen durch die ganze Welt, hielt Gastvorträge, publizierte. 1988 kehrte er nach Navarrenx in die Pyrenäen zurück. Dort starb er am 29. Juni 1991, keine zwei Wochen nach seinem 90. Geburtstag.

Lefebvres Arbeiten umfassen eine fast unübersehbare Vielzahl unterschiedlichster Themenbereiche: historische und empirisch-soziologische Studien, Arbeiten zur Wissenschaftstheorie, zur Aktualität des Marxismus, zur Linguistik, Agrar- und Stadtsoziologie, Theorien von Raum, Zeit und Rhythmus, staatstheoretische Arbeiten . . . Nur ein geringer Teil seines Werkes ist in Deutschland bekannt geworden. So sind z. B. seine Schriften, in denen er seit Mitte der siebziger Jahre das Konzept der »staatlichen Produktionsweise« (*mode de production étati-*



Henri Lefebvre

Foto: Suhrkamp

que) entwirft, hier bislang fast unbeachtet geblieben.

Als ein Kristallisationspunkt seines Denkens können seine Arbeiten zur Kritik und Rehabilitierung des Alltagslebens angesehen werden, die er zwischen 1947 und 1981 veröffentlichte.²

Lefebvre plädiert darin für die Wiederaufnahme des Alltagsbegriffs. Alltag stellt für ihn die Schlüsselkategorie für das Verständnis der Moderne dar. Faßbar ist er für ihn nur in seiner Doppeldeutigkeit und Widersprüchlichkeit: als Wiederholung und Kreation, schöpferische Aktivität und passiver Konsum, Misere und Größe des Alltäglichen. Alltagsleben und Alltäglichkeit – d. h. entfremdeter Alltag – decken sich nicht: Das Alltagsleben ist auch der gesellschaftliche Ort, »in dem und ausgehend von dem die wirklichen Kreationen vollbracht werden«. In ihm sind somit virtuell die Keime einer neuen, differenten Lebensweise enthalten, die das Ziel von Lefebvres kulturevolutionärer Veränderung der Gesellschaft darstellten: Die Aufhebung der verdinglichten und verdinglichenden Strukturen der Alltäglichkeit und die Realisierung des »totalen Menschen«.

Im Kontext der Kritik des Alltagslebens sind auch die letzten Arbeiten Lefebvres zu einer Theorie der sozialen Rhythmen, der sogenannten »Rhythmoanalyse«, zu sehen. Die Zeit und das Werden stellten von Beginn an einen Schwerpunkt der Lefebvre'schen Theoriebildung dar. Zeit war für ihn der Stachel im Fleisch fester Strukturen und totalitärer Ideologien. Seine dialektische Sichtweise des Marxismus widersetzte sich allen Versuchen, einen Abschluß der Geschichte zu dekretieren und eine Vorherbestimmtheit sozialer Prozesse zu behaupten: Es sei – sagte er in seinem letzten Interview³ – zwar notwendig, Projekte zu ma-

chen, die Geschichte sei jedoch nicht verpflichtet, diese Projekte zu verwirklichen.

Anmerkungen:

- 1 Die Lebensdaten Lefebvres entnehme ich vor allem der – leider bislang nur auf französisch veröffentlichten – Biographie Lefebvres von Remi Hess (1988): *Henri Lefebvre et l'aventure du siècle. Paris*, Verlag A. M. Metaillé.
- 2 Der französische dritte Band der *Kritik des Alltagslebens* (Paris: 1981) ist noch nicht übersetzt. Die beiden anderen Bände erschienen zuletzt 1987 im Fischer-Verlag, Frankfurt/M.
- 3 Vgl. Prein, G./Sünker, H.: Henri Lefebvre zum 90. Geburtstag. In: *NEUE PRAXIS* 2/91, S. 95–105.

Weitere Literatur:

Kurt Meyer (1973): *Henri Lefebvre. Ein romantischer Revolutionär*. Wien, Europa-Verlag.
Heinz Sünker (1989): *Bildung, Alltag, Subjektivität*. Weinheim, Deutscher Studienverlag.

REINHARD RENGGER

»Ich lebe in einem Roman«

Der Schriftsteller Wolfgang Koeppen

*Wolfgang Koeppen ist im Juni
85 Jahre geworden.*

Ich lebe in einem Roman«, so urteilt Wolfgang Koeppen, Jahrgang 1906, über sein Verhältnis zur Wirklichkeit. Wirklichkeit ist für den in München lebenden Romancier kaum zu unterscheiden von literarischem Stoff. Literatur, Schreiben also, als ein Zustand, »mit allen Varianten eines Zustandes, es ist ein schlimmer Zustand, ein schöner Zustand«, so der Autor 1972 in einem Interview. Zu diesem Zeitpunkt kann Koeppen auf eine lange literarische Karriere zurückblicken, in der das Schweigen des Autors vor einem literarischen Artikulieren überwiegt. Schon dieses Faktum grenzt ihn von den anderen deutschen Autoren ab. Waren es zuerst mehr die hauptberuflichen Kritiker, die von ihm Kenntnis nahmen und seine Bücher lasen, so ist die Kritik heute verstummt. Große Auflagen insbesondere der Nachkriegs-Trilogie zeigen aber ein beständiges Interesse beim Lesepublikum.

Zwei Werkphasen Koeppens als Romanautor stehen sich gegenüber, deren zeitliche Zäsur auch die historische Zäsur in Europa abbildet, das Schaffen vor dem Zweiten Weltkrieg und seine Nachkriegswerke, die in kurzer Frist in den fünfziger Jahren erschienen. Das Schweigen bestimmt auch das Bild von der Person Wolfgang Koeppen. Seine Vita bleibt im dunkeln, insbesondere in der Zeit während des Krieges. Ganz bewußt, wie der Autor meint, dem eine Vermarktung biographischer Intimitäten zuwider ist. »Sie sollen meine Bücher lesen, da steht drin, was ich mitteilen will«, antwortet er lakonisch, wenn es um seine Person geht.

Als uneheliches Kind wächst er vaterlos in Masuren auf; und studiert Literatur und Theaterwissenschaften, unter anderem in Berlin. Dort arbeitet er in den zwanziger Jahren auch als Regieassistent am Theater, bevor er sich dem Schreiben als Journalist zuwendet. Höhepunkt seiner journalistischen Karriere ist die Leitung des Feuilletons beim *BERLINER BÖRSENCOURIER*. Als dann aber die jüdischen Kollegen 1934 die Redaktion verlassen müssen, schließt Koeppen sich an. Vorläufiger Ort des Exils wird für ihn Amsterdam, das er 1935 aber wieder mit dem Ziel Deutschland verläßt. Hiernach verstummen seine Selbstaussagen, und erst in der Nachkriegszeit meldet sich der Autor zurück.

In dem Jahr 1934, ein Jahr nach der Macht ergreifung der Nationalsozialisten, hat Wolfgang Koeppen sein schriftstellerisches Debut mit dem Roman *Eine unglückliche Liebe*. Thematisch schreibt der Autor hier noch völlig unberührt von der auch auf literarischem Feld auf Gleichschaltung bedachten völkischen Ideologie der Nazis. Sein Roman spielt in der zeitlosen Atmosphäre einer von Dekadenz gezeichneten *Bohème*-Gesellschaft, die so gar nicht in die Zeit des Faschismus paßt. Wie eine Parabel der menschlichen Gefühlswelt, die das Primat vor allen gesellschaftlichen Fragen besitzt, psychologisiert der Autor über eine Liebesbeziehung, deren Nichterfüllung bedingend ist für ihre Existenz. »Eine Wand aus dünnstem Glas«, trennt hier ein ungleiches und unstetes Paar, so daß der Liebende allein bleibt, in der letzten Instanz. Bindungslosigkeit als Garant eines Auslebens, eines Entfaltens des Individuums bleibt auch das Thema im zweiten Werk von Koeppen, das er in den Niederlanden schreibt.

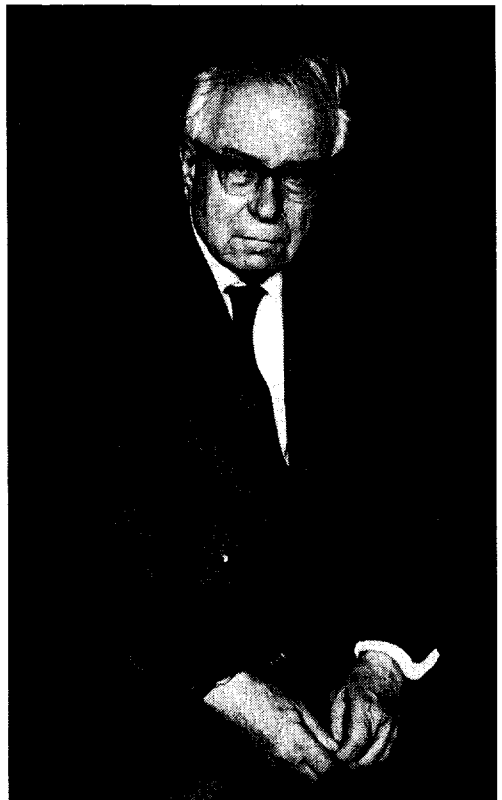
Auch diesen Roman, *Die Mauer wankt*, kann Koeppen 1935 noch bei dem jüdischen Verleger Paul Cassirer veröffentlichen. Wieder ist es ein Künstlertypus, dessen Schicksal der Autor vorführt. Diesmal aber paßt Koeppen

sich vordergründig an die immer mehr vom Nationalsozialismus bestimmte Umwelt in Deutschland an. Das meint den Werdegang des Helden Johannes von Süde, aber auch die Stilistik Koeppens. Der Baumeister wird im Roman bestraft für seine künstlerischen Ambitionen, aber aus anderer Perspektive auch für seinen mangelnden Mut gegenüber den bestehenden Ordnungen. Er bleibt allein, moralisch auf dem festen Boden als Ernährer seiner Geschwister, aber abseits seiner Neigungen. Eine nicht gewagte Bindungslosigkeit führt hier in die Fremdbestimmung des Helden. Aus dem »Michelangelo«, den er noch erreichen will, als er sich in Venedig aufhält, wird ein pflichtbesessener Administrant, der auf Befehl hin im Osten ein beschränktes Dasein fristen muß. Die Großstadt, im ersten Roman und auch später wieder Bühne für die Figuren Koeppens, weicht der dumpfen, rauen Leere der Masurischen Landschaft, die Koeppen selbst aus seiner Jugend kennt.

Grotesk muß es aus heutiger Sicht wirken, daß der Roman 1939 von einem linientreuen Verleger unter dem neuen Titel *Die Pflicht*, noch während der Diktatur in Deutschland eine zweite Auflage erlebt. Nicht zuletzt hiermit erklärt sich der anfängliche Widerwillen Koeppens, das Werk nach dem Krieg neu zu publizieren, obwohl er, nicht nur zwischen den Zeilen, hier erstmals Zeitkritik durchscheinen ließ. Damit hat er sich nicht wie viele andere Schriftsteller unter dem Nationalsozialismus einer »Kalligraphie«, also einer unangreifbaren »Schönschreiberei« hingegeben.

Zeitkritik bleibt das bestimmende Thema Koeppens nach dem Krieg, auch wenn ein Eingehen auf gegenwärtige politische Entwicklungen nicht das einzige Anliegen des Romanciers Koeppen gewesen ist. Koeppen setzt sich mit der menschlichen Sexualität auseinander, die er meist unerfüllt, animalisch erkennt und sie mit klinischer Distanz beschreibt. Seine Trilogie, die von 1951 bis 1954 erscheint, fällt aus dem Rahmen der direkten Nachkriegsliteratur heraus, weil sie nicht nur über die Folgen von Diktatur und Krieg berichtet, sondern gerade auch den Neuanfang in Frage stellt und ihn abbildet.

Wolfgang Koeppen vermeidet eine Mystifizierung der Vergangenheit, wie sie in der Nachkriegsliteratur Deutschlands nicht selten ist. Seine Schwermütigkeit ist keine Daseinsform, die als Ausflucht dient, sondern erscheint aus einer fast photographischen Entfernung, im Augenblick erfaßt, ohne theoretischen Unterbau. Ihm geht es nicht um neue Programme, er will in erster Linie nichts überwinden, sondern darstellen, was, aus seiner Sicht, ist.



Wolfgang Koeppen

Foto: Isolde Ohlbaum

Tauben im Gras, das 1951 erscheint, kann äußerlich in keinem größeren Widerspruch stehen zu dem konventionellen »Erzählen« in dem Vorkriegswerk. Stilistisch geleitet durch literarische Vorbilder wie James Joyce und Dos Passos beschreibt Koeppen noch nicht einmal einen ganzen Tag Großstadtleben in München, ohne die Stadt beim Namen zu nennen.

Aus vielen einzelnen Fäden schafft er im Laufe des Romans immer stärker einen verbindenden Handlungsstrang. Das Panoptikum bekommt zusehends Struktur, Zufallsstruktur, die im Nachhinein zwar keinen Sinn stiftet, aber doch erklärt, warum sich der Autor so vielen menschlichen Schicksalen zuwendet, die wie auf einer Perlenkette aneinandergereiht sind. Ständiger Perspektivenwechsel und die Darstellung der Gedanken seiner Helden durchleuchten eine Gesellschaft, in der sich Altes und Neues vermischt, und die sich mehr Fragen stellt als Antworten findet. Auch in den *Tauben im Gras* sind es die künstlerischen Existenzen und die Spannungsfelder zwischen Innerlichkeit und bedrohter bürgerlicher Existenz, für die sich Koeppen interessiert. Gleiches gilt für

den Helden des Romans *Das Treibhaus*, der 1953 publiziert wird.

Keetenheuve, ein nachromantischer Don Quichote, reitet gegen die Machtstrukturen der Politik in der neuen Hauptstadt Bonn an. »Er war geschlagen, als er anfang«, schreibt Koeppen über den Parlamentarier der ersten Stunde der neuen Demokratie. Als Widerstandskämpfer hatte Keetenheuve Deutschland während des Krieges verlassen; und sowohl persönlich als auch in seiner Rolle als Politiker fehlt ihm die Überzeugung zu dem, was er tut. »Die Menge ahnte, er zweifelte, und das verzieh sie ihm nicht«, heißt es über ihn. Die »reine Weste«, die er sich während des Krieges erworben hatte, und die ihm als Eintrittskarte in das politische Geschäft diente, ist nun, wenige Jahre später, vor dem Hintergrund der Wiederbewaffnung Deutschlands, auch sein Makel. »Menschenrechts-Romantiker«, betitelt ihn Koeppen. Aber das äußere Scheitern von Keetenheuve tritt vor dem inneren zurück. Keetenheuve ist derjenige, der zuviel denkt, labil ist und mit ungläubiger Distanz das Funktionieren der anderen beobachtet. Koeppen schafft hier ein namentlich fiktives Szenario, auch wenn er den Ort der Handlung real benennt. Gemeint sind aber die tätigen Politiker, die sich unschwer hinter den Decknamen verstecken. Adenauer und Schumacher finden sich, und die regierenden Parteien haben ebenfalls ihre Entsprechung im Roman.

Als ein »Ausländer des Gefühls« endet das politische Engagement Keetenheuves mit dem Sprung von der Rheinbrücke. Die Sensibilität des Baudelaire-Übersetzers Keetenheuve verträgt sich nicht mit dem schwülen Treibhausklima der Hauptstadt. Die Anklagen, die der Autor in diesem Roman erhebt, führten zu einer überwiegend negativen Kritik in der Öffentlichkeit, auch wenn Koeppen es vermieden hatte, die Existenz von Keetenheuve als Gegenentwurf zu idealisieren und sich mit diesem zu identifizieren. Die Direktheit des *Treibhauses* blieb von anderen Autoren der Zeit unerreicht, und auch für Koeppen bildet sie den Höhepunkt seiner zeitpolitischen Stenographie. Für den Ruf des Autors aber ist der Roman in Deutschland bestimmend geblieben, auch wenn nur wenige Tausend Exemplare der ersten Auflage, vorwiegend in Bonn, verkauft worden sind. Wenn im *Treibhaus* reale Personen, wenig verfremdet, vor einem geisterhaften Hintergrund der deutschen Rhein-Romantik spielen, dann kehrt Koeppen diese Technik in seinem letzten Roman der Trilogie um.

Der Autor weicht aus nach Italien, um die deutsche Realität abzubilden; der *Tod in Rom*,

analog zu der Novelle vom *Tod in Venedig* Thomas Manns, spielt in einer sehr real wiedergegebenen Umgebung. Die Figuren aber tragen jetzt geisterhafte Züge. Das Treffen zweier deutscher Generationen auf dem kulturvollen Boden der historischen Metropole zeigt die schemenhaften Blüten einer geschichtlichen Zäsur, die eben nicht in allen Köpfen stattgefunden hat.

Das Urvieh Judejahn, der Immer-noch-Nazi, der seine Geschäfte mit dem Krieg gezwungenermaßen nach dem Ende der Diktatur im Ausland führen mußte, streckt seine Fühler wieder in sein Vaterland aus. Er hofft auf die Unterstützung durch seinen Schwager, einen Mitläufer, der es bereits wieder zu einem politischen Amt in der Bundesrepublik gebracht hat. Entwurzelung im Kopf hat für den Ewig-Gestrigen gar nicht stattgefunden. Vielmehr ist es die nachfolgende Generation, bei der der historische Bruch ein Vakuum hinterlassen hat. Koeppen zeichnet das Bild von Siegfried, dem jungen Komponisten neuer Musik, der, von einem feingeistigen Mentor und dessen jüdischer Frau geleitet, an einem musikalischen Wettbewerb teilnimmt. Er empfindet eine Orientierungslosigkeit, die sich nicht zuletzt in einer nicht ausgelebten Homosexualität zeigt.

Kunst, in seinem Fall Musik, ist für Siegfried verbunden mit einem schmerzhaften Prozeß, den genußvollen Umgang mit Ästhetik ahnt er nur im Hinblick auf eine visuelle Sexualität, seine Neigung zum unschuldigen männlichen Körper, die er in einer Eliteschule der Nationalsozialisten entdecken durfte. Das Dämonische einer nicht vergangenen Vergangenheit offenbart sich dann in dem Mord Judejahns an der deutschen Jüdin Ilse Kürenberg, die der Verfolgung durch die Nazis entgehen konnte. Hier hilft wiederum der Zufall, eine gedankliche Innenwelt auch in Handlung umzusetzen. Der Haß Judejahns findet ein spätes letztes Opfer, bevor er selbst an seiner Maßlosigkeit stirbt. Von diesem deutschen Zusammentreffen bleibt der Hintergrund, die römische Stadtschaft, fast unberührt, sie wird vom Autor nur wenig in die dramatische Fiktion mit einbezogen. Unter diesem Aspekt wirkt es nicht nur überraschend, daß Koeppen Ende der fünfziger Jahre keine Romane mehr, sondern Reisebücher schrieb, die in ihrem ruhigen, pointillistischen Duktus zwar nicht auf Geschichte verzichten, denen aber eine bewußt komprimierte Abbildfunktion für größere Zusammenhänge fehlt. Finanziert durch einen Rundfunksender machte sich Koeppen auf seine Reisen, bei denen er nicht den Beobachterstandpunkt verlasen hat und augenscheinlich nicht eingreift in

eine vielschichtige Welt, die weit über Deutschland hinausreicht.

»Die Straße wurde zur Schlucht«, so beschreibt er 1959 erste Eindrücke von New York, »wir fuhren auf dem Boden eines grauen Canyon, und der Himmel oben war ein unendlich ferner, schmaler, doch freundlicher blauer Strich«. Der Großstadtliebhaber Koeppen, dem die Ästhetik einer zivilisierten Stadtlandschaft mehr liegt als die reine Natur, gibt hier Auskunft über das Gefühl von Alleinsein, das er gerade in einer anonymen Umgebung positiv erleben kann.

Die späteren Jahre sind gekennzeichnet durch das Warten des Publikums auf einen neuen Roman, der bisher nicht gekommen ist. »Die Idee ist zu erschreckend für die Schreibmaschine, manchmal«, bekundet Koeppen in dem oben zitierten Interview. Seine letzte größere Publikation, der Band *Jugend* (1976), zeigt, daß der Schriftsteller mit dem Verzicht auf das Schreiben gerade keine Distanz zur Literatur gewonnen hat. In sehr komprimierter Form, wieder stärker im Stile von Joyce, schafft Koeppen hier ein großes Fragment aus vielen kleinen Versatzstücken seines eigenen Jugendbewußtseins, in dem sich sein Außenseitertum bereits ankündigte. Ein unruhiger Geist, der, wie die Reisebücher zeigen, nur dann Ruhe gewinnt, wenn er mehr Abstand gewinnt zu der eigenen Person.

Für Wolfgang Koeppen, der gerne wie seine Kollegen Gottfried Benn oder William Carlos Williams Arzt geworden wäre, ist die Schriftstellerei als ein bürgerlicher Beruf nicht vorstellbar. Er bekennt sich zum Leben als eine Künstlerexistenz mit ihren eigenen Gesetzen, die dem literarischen Markt in der Bundesrepublik nicht immer folgen konnten. Der »Fall« Koeppen, von dem Marcel Reich-Ranicki spricht und der die Verkennung eines großen Talents durch die deutsche Literaturkritik meint, ist in diesem Sinne kein Zufall. »Ich lebe literarisch«, sagt Wolfgang Koeppen, »darüber kann man sich amüsieren, nur ich nicht.«

HANS-MARTIN LOHMANN

Zeitschriften-Forum

Ost-West-Gefälle. In den ehrwürdigen WEIMARER BEITRÄGEN, inzwischen im 37. Jahrgang erscheinend (Mitbegründer: Louis Fühnberg), liest man im Impressum der Hefte 4 und 5/1991 diesen Eintrag: »Friedrich Jäger-Hülsmann amt. Chefredakteur«, »Karla Kliche Redakteur«, »Marion Kwiatkowski Redaktionssekretär«. Daß die Chefs Männer und die nachgeordneten Chargen Frauen sind, dürfte dabei noch am wenigsten anstößig wirken – das ist auch im Westen Deutschlands die Regel. Aber welche stinknormale, beileibe nicht feministische West-Zeitschrift brächte noch den verwegenen Mut auf, Karla Kliche als Redakteur und Marion Kwiatkowski als Redaktionssekretär zu bezeichnen? Der Schatten des DDR-Patrimonats ist lang und wird wohl noch für einige Zeit dafür sorgen, daß, nicht nur im Kulturbetrieb, die alten Gewohnheiten das »neue Denken« überlagern.

Daß Jäger-Hülsmann als »amtierende Chefredakteur« firmiert und nicht schlicht als Chef, dürfte auf die Unsicherheiten verweisen, denen die Bürger der Ex-DDR allenthalben ausgesetzt sind. Wer weiß, wie lange der Mann noch Chef sein darf, welche Vergangenheiten ihn womöglich noch einholen.

Unsicherheit, wohin man blickt, und jede Menge Opportunismus, wenn man es recht betrachtet. Freilich sollte man sich hüten, jedes private opportunistische Wendemanöver, das sich hektisch um Anschluß an die veränderten Realitäten bemüht, persönlich aufzurechnen. Zwar mag es problematisch sein, »die Verhältnisse« verantwortlich zu machen für jenen flotten Gesinnungswandel, dem man allüberall begegnet; aber man kann auch schwerlich daran vorbeigehen, daß 40 Jahre Marxismus-Leninismus in den Köpfen der Leute derartige Verheerungen angerichtet haben, daß sie jetzt gar nicht anders können, als unter den neuen Verhältnissen genauso schablonen- und reflexhaft zu reagieren, wie sie es schon immer gelernt und getan hatten.

Rationale Gründe und Motive, subjektiv zu rechnenbar, für das Verhalten eines Peter Schütt, der 20 Jahre lang für die von der SED ausgehaltene DKP den Hofdichter und Hofnarren machte, ehe er sich am »bürgerlichen Ufer« wiederfand (unter der Überschrift »Vom Hofdichter zur Wanderratte« nachzulesen in der FAZ vom 6. Juli 1991), sind auch beim besten Willen nicht zu erkennen. Und wenn in Heft 5

der WEIMARER BEITRÄGE Günter Wirth («Überlegungen zu Wegen geisteswissenschaftlicher Neuorientierungen») für die umstandslose »Übernahme des Pluralismus-Modells« wirbt und zugleich kategorisch verfügt, als »ordnendes Prinzip« verdiene das »Modell des demokratischen Sozialismus« eine »weitgehend negative Antwort« – als schlossen Pluralismus und demokratischer Sozialismus sich wechselseitig aus! –, wenn derselbe Autor weiterhin bekennt, er habe noch im September 1989 öffentlich einer Selbsterneuerung des DDR-Sozialismus das Wort geredet: Kann man für diesen besinnungslosen Opportunismus denn wirklich eine *Person* haftbar machen? Eine Person in dem Sinne, daß sie über halbwegs intakte, d. h. autonome geistige und moralische Maßstäbe verfügt? Muß man nicht vielmehr, mit einer gewissen Resignation angesichts der Suprematie des Allgemeinen, konstatieren, daß die Gewalt »der (schlechten) Verhältnisse« eben doch so prägend ist, daß sie sogar noch über den historischen Augenblick hinaus, da sie abdanken müßte, ihre strukturbildende Dominanz bewahrt? Der Opportunismus der großen und der kleinen Leute in der früheren DDR – nicht anders als vor 45 Jahren, als die strukturbildenden Elemente des Nationalsozialismus die Menschen in Ost- und Westdeutschland in die Arme der Sieger trieben – ist, so scheint es jedenfalls, nicht zuerst ein Produkt schlaun Kalküls, sondern einer Mentalität, die nicht lassen kann von dem, was sie einmal konstituiert hat.

Unterdessen werden die Klagen der linken Westintellektuellen über die Kollegen aus dem Osten immer lauter – als müßten letztere, zumal wenn sie sich bei der PDS herumtreiben (was besagt das schon?), besonders gute Linke sein. Warum sollten sie?

Heft 188 des ARGUMENT (Schwerpunkt »Nach dem Marxismus?«) führt eindrucksvoll vor Augen, daß das Ost-West-Gefälle im linksintellektuellen Milieu nach dem Sturz der realsozialistischen Staatsmacht eher größer als kleiner geworden ist. Während man sich im Kreis um den Westberliner Philosophen Wolfgang Fritz Haug seit Jahren um eine Pluralisierung marxistischen Denkens bemüht, halten die neugewonnenen Kombattanten aus dem Osten »den diskursiven Anschluß an die Konzepte eines westlichen, pluralen oder kritischen Marxismus« für »wenig attraktiv und habituell unannehmbar«. Begründet wird diese Absage der PDS-Intellektuellen an jegliche Spielart des Marxismus mit der Behauptung, der marxistisch-leninistische Offizialdiskurs der DDR habe »auch solche Ansätze marxistischer Theorie diskreditiert, die sich ausdrücklich in Auseinan-

dersetzung mit seinen Reduktionismen und Vulgarismen zu eigenständigen Konzepten profiliert haben«. Ergo: »So liegt es nahe, an die kompensatorische Lektüre nichtmarxistischer Theoriekonzepte anzuknüpfen und sich aus ihr ein eigenes analytisches und gesellschaftskritisches Instrumentarium zu erarbeiten.«

Beim ARGUMENT rieb man sich gehörig die Augen, als die erbetenen Beiträge der Ost-Kollegen zur Marxismusdebatte auf den Redaktionstisch flatterten. »Das hatten wir nicht erwartet«, so der frustrierte Kommentar im Editorial des Heftes. Daß Michael Brie (»Marxismus und administrativer Sozialismus«) Habermas rechts zu überholen sich anschickt und zu Protokoll gibt, das gesellschaftskritische Potential des Marxismus habe sich erschöpft, hat die Zeitschrift dazu veranlaßt, dezidiert Gegenposition zu beziehen (mit Aufsätzen von Alex Demirović und Michael Krätke). Mal sehen, welche Ergebnisse die neue »Streitkultur« zwischen Ost- und Westintellektuellen zeitigen wird.

Ulrich Beck, von Demirović zitiert, hat es kürzlich angekündigt: »Die Überläufer-Ex-Marxisten werden dem bundesdeutschen Restmarxismus mit der nötigen Innenkenntnis in Theorie und Fehlschlägen den Garaus machen.« Ob es so weit kommt, bleibt abzuwarten. Aber es sieht immerhin so aus, als habe die deutsche Vereinigung und die durch sie bewirkte Intensivierung des west-östlichen Dialogs der Linken insgesamt mehr geschadet als genützt. Was vor gerade anderthalb Jahren sich noch so hoffnungsvoll ausnahm und als Chance hätte begriffen werden müssen, ist innerhalb kürzester Zeit verspielt worden. »Sozialismus – kaum mehr als ein Wort«, lautet denn auch das lakonische Urteil des Historikers Wolfgang Schieder (in Heft 507 des MERKUR).

Das aber allein »Gysis Pop-Sozialismus« (Richard Wagner) und jenen gewendeten ehemaligen Marxisten-Leninisten anzulasten, die sich hurtig die Eintrittskarte ins »neue Deutschland« beschafft haben, wäre ungerecht. Auch die westdeutsche Linke hat kräftig daran mitgewirkt, sich selbst das Wasser abzugraben, woran ein polemischer Artikel des Schriftstellers Richard Wagner im neuen KURSBUCH nachdrücklich erinnert. Es sind zwar keine ganz taufrischen Erkenntnisse, die Wagner ausbreitet (Motto: »Für eine Linke ohne Sozialismus«); aber sie verdienen es immer noch, ausgesprochen zu werden, weil man leider davon ausgehen muß, daß ein Großteil der westdeutschen Linken, die sich immer vorzugsweise an exotischen Sozialismus-Modellen (China, Vietnam, Kuba, Nicaragua . . .) berauschte, statt praktische Solidarität mit Solidarność zu üben, unge-

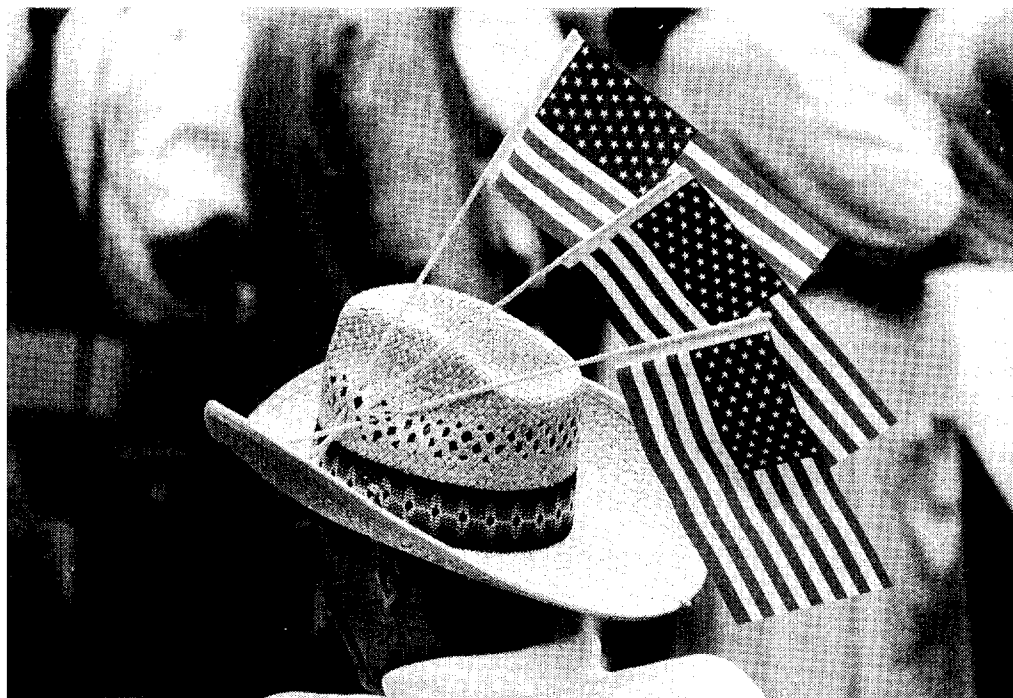


Foto: JOKER

wöhnlich langsam im Lernen ist. So muß es immer und immer wieder gesagt werden! »Die Linke muß sich vom Sozialismus und seinen Ritualen verabschieden . . . Ob die Linke pluralismus- und demokratiefähig, ob sie totalitarismuskritisch ist, bleibt ausschlaggebend für die Zukunft. Eine glaubwürdige Linke muß so kompromißlos antikommunistisch sein, wie sie antifaschistisch war und ist.«

Seit dem Golfkrieg ist es verpönt, vom Imperialismus zu sprechen – man spricht lieber von »neuer Weltordnung«, wenn es um die Bewertung des massiven militärischen Einsatzes der USA am Persischen Golf geht. Ganz Schlaue – Dan Diner im KURSBUCH – haben nämlich herausgefunden, daß die Diagnose »Imperialismus« und die daraus folgende politische Haltung des Antiimperialismus lediglich Tarnkappen für Antiamerikanismus, für »Abwendung vom westlichen Westen« und, letztlich, für Antisemitismus sind. Wieder einmal erhebt sich das Gespenst des deutschen »Sonderweges«, weil und insofern große Teile der deutschen Öffentlichkeit sich nun einmal nicht für den Krieg zu erwärmen vermochten, so wie es die »Bellizisten« von Bohrer bis Enzensberger getan haben: »In Deutschland bewirkte der Golfkrieg so etwas wie eine innere Abwendung vom Westen, hin zu einer stärkeren Identifikation mit sich

selbst, einer Art Sonderweg politischer Kultur«, schreibt Diner. Und weiter: »Absoluter Pazifismus und seine weniger kategorisch wirkenden Verästelungen in der breiten Öffentlichkeit weckten während des Krieges am Golf den Verdacht, in Deutschland finde – vor dem Hintergrund der Ereignisse und Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, dem Panoptikum von politischer Sprache und Metaphorik der Gegenwart – so etwas statt wie eine späte psychische Parteinahme; nicht für Hitler, aber doch gegen seine damaligen Widersacher, die Alliierten.«

Diner will »Den Westen verstehen« und einer verbohrten Linken klarmachen, daß, wer den Vereinigten Staaten bloß niedere wirtschaftliche Interessen (Diner: »antisemitisch anmutende kommerzielle Kategorien von Soll und Haben«) unterstellt, damit an fatale Traditionen der deutschen Mentalitätsgeschichte anknüpft. Es ist natürlich nicht ungeschickt, wenn Diner dabei an Werner Sombarts Pamphlet *Händler und Helden* aus dem Ersten Weltkrieg erinnert und an alte deutsche Ressentiments gegen die angelsächsische Welt – wer will schon gern mit dem zivilisationsmüden und elitären deutschen Mandarintum in Zusammenhang gebracht werden?

Was also lernen wir vom »westlichen Westen«, von Amerika? »Es sind nun einmal die

USA, die mehr noch als andere westliche Gemeinwesen einen Universalismus der Werte und Doktrinen vertreten, mit dem der Abstraktion des Weltmarktes entsprochen wird.« Daß das KURSBUCH einen solchen Schmarren als seriöse Meinung gelten läßt und auch noch druckt, zeigt, wohin es mit der Zeitschrift gekommen ist – offenbar hat man jetzt endgültig die letzten Hemmungen abgestreift. Diners universalistisches Amerika ist zu schön, um wahr zu sein. Keiner hat dieses Phantom je gesehen, aber Diner tut so, als handle es sich dabei um die realste und selbstverständlichste Sache von der Welt.

Wir geben ja gerne zu, daß nicht jeder von den USA geführte Krieg aus purem ökonomischen Eigennutz geführt worden ist. Wir wollen aber ebenso festhalten, daß es eine Verharmlosung ohnegleichen ist, wenn Diner die zahllosen militärischen und geheimdienstlichen Interventionen der USA in allen Gegenden der Welt pauschal damit legitimiert, es gehe dabei im Prinzip um die Durchsetzung des »bürgerlichen Universalismus«. Daß es bei diesen Interventionen, Diner kann es nicht völlig verschweigen, »zu recht beklagenswerten Erscheinungen« kam (ja, auch wir finden, daß der Napalmkrieg gegen die vietnamesische Bevölkerung und das 20.000 zivile Tote kostende Kidnapping des Generals Noriega aus Panama-City »recht beklagenswerte Erscheinungen« waren, trösten uns indes damit, daß laut Hegel die »Erscheinung« eben nicht das »Wesen« ist): Wenn man das beklagt, ist man dann ein Parteigänger des Antiamerikanismus, gar des Antisemitismus?

Kritik

HANS-JOSEF LEGRAND

Armut im Wohlstand

In diesem Land werden Obstbäume, Hühner und Müllmengen gezählt – nur die Armen nicht, weil sie die Erfolgsbilanz trüben. Und die Regierung leugnet hartnäckig, daß es Armut gibt«. Mit diesen Worten wies kürzlich der Frankfurter Soziologie-Professor Gerd Iben auf eine Entwicklung hin, die zu einem sozialpolitischen Sprengsatz werden kann. Im Schatten unserer Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft haben sich nämlich in den letzten zehn Jahren dramatische Veränderungen vollzogen, vor denen weder die Öffentlichkeit noch die Politik länger die Augen verschließen dürfen. Es geht – fast möchte man es angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik zu den erfolgreichsten und wohlhabensten Industriestaaten der Welt gehört, nicht glauben – um die besorgniserregende Zunahme von Armut in Deutschland. Die soeben erschienene Studie *Armut im Wohlstand* hat diese Entwicklung auf der Grundlage einer Vielzahl von Datenquellen untersucht und ein teilweise erschütterndes Dokument sozialpolitischer Problemlagen vorgelegt, das konsequent manche undifferenzierte »Erfolgsbilanz« als blauäugiges Schönreden entlarvt. Erstellt wurde die Studie von einem Kreis von Autoren, die der »Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung« angehören bzw. mit dieser zusammenarbeiten. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und Mitgliedern der Arbeitsgruppe wies Mitherausgeber Hanesch darauf hin, daß es sich bei dieser Arbeitsgruppe um einen informellen Zusammenschluß von Armutsforschern handelt, die seit mehreren Jahren regelmäßig mit fachpolitischen Stellungnahmen zum Armutproblem an die Öffentlichkeit getreten sind. Während in den bisherigen Untersuchungen allein auf Einkommensarmut abgezielt wurde, wird in den Beiträgen dieses Bandes von einem lebenslagenorientierten Armutsbegriff ausgegangen. Die Darstellung von Einkommens- und Vermögensarmut, die auch in diesem Buch als Grundlage von Einschätzungen nicht zu kurz kommt, wird ergänzt durch Untersuchungen von Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit. Ein Abschnitt be-

schäftigt sich darüber hinaus mit Fragen nach den sozialpolitischen Konsequenzen, die eine Politik zu ziehen hat, die die gespaltene »Zweidrittelgesellschaft« überwinden helfen will. Aus der Fülle der Materialien, Daten, Fakten und Prognosen, die in den Einzelbeiträgen zusammengestellt, aufgearbeitet und sachlich interpretiert worden sind, kann hier nur ein kleiner Ausschnitt präsentiert werden. Doch auch schon wenige Zahlen, Tendenzen oder Hochrechnungen können eindrucksvoll belegen, daß sich Armut zu dem zentralen sozialpolitischen Problem in unserer Gesellschaft entwickelt hat. Greift man auf das Leistungsniveau der Sozialhilfe als quasi-offizielle Armuts Grenze im Sinne von Einkommensarmut zurück, so ist von fast 6 Millionen armen Menschen auszugehen. Mit 3,4 Millionen Sozialhilfeempfängern 1988 (fast 60 % mehr als 1980) und gleichzeitig 2,5 Mio. Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt (Verdopplung seit 1980) ist der Personenkreis genannt, der in den offiziellen Statistiken geführt wird. Hinzu kommt, daß etwa ein Drittel der Berechtigten ihre Rechtsansprüche nicht wahrnimmt und so in »verdeckter Armut« verbleibt. Alleinstehende und Alleinerziehende sind nach wie vor hauptsächlich diejenigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Überdurchschnittlich gestiegen ist jedoch in den letzten

Jahren die Anzahl von Ehepaaren mit Kindern, die Anträge stellen müssen. Dies verweist auf die Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit: die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Im Unterversorgungsbereich Arbeit zeichnet sich eine Tendenz zur Polarisierung der Beschäftigten durch die Ausbreitung von sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen ab. Fast jeder dritte Erwerbstätige ist inzwischen mit solchen Sonderbeschäftigungsverhältnissen (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse, usw.) konfrontiert, die keinen vollen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten. Beschämend muß es sein, wenn (in einem anderen Zusammenhang) der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Walter Bärsch schätzt, daß in der Bundesrepublik bis zu 400 000 Mädchen und Jungen zwischen 12 und 15 Jahren verbotene Kinderarbeit leisten müssen, um das Einkommen der Familie aufzubessern. Angesichts dieser erschreckenden Zahl vermißt man in der Studie einen Beitrag, der dieses Thema umfassend aufgreift. Von einer Normalisierung im Ausbildungsbereich kann auch nicht gesprochen werden, solange noch Jahr für Jahr über 300 000 Jugendliche in Sonder- und Notmaßnahmen statt in regulären Ausbildungsverhältnissen untergebracht sind. Die Studie prognostiziert, daß bis zum Jahre

Marktwirtschaft

Foto: JOKER



2000 jährlich fast 15 % der Schulabgänger am Arbeitsmarkt unterversorgt bleiben werden. Besonders benachteiligt sind Personen und Haushalte mit geringem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt. Verknappung von billigem Wohnraum und steigende Mietbelastungen werden die Situation in den nächsten Jahren noch verschärfen, obwohl schon heute rund 600 000 Personen als obdachlos zu bezeichnen sind. Rechnet man nicht die 700 000 Personen mit ein, die schon heute in Wohnungen hausen, die Mindeststandards bezüglich Größe und Ausstattung nicht genügen, ist davon auszugehen, daß im Jahre 2000 in Deutschland mindestens eine Million Menschen ohne Dach überm Kopf »leben« müssen. Auch im Bereichen »Gesundheit« und »Pflege« scheinen sich sozial ungerechte Entwicklungen dramatisch zuzuspitzen. Intensität und Schwere von Erkrankungen hängen auch ab vom sozialen und ökonomischen Status. Die Studie liefert Zahlen, die die Schlußfolgerung zulassen, daß Angehörige unterer Berufsgruppen aufgrund ungünstiger Arbeitsbedingungen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsteilen nicht nur gefährlicher und ungesünder leben, sondern auch kürzer. Gesundheitliche Risiken treten oft als Folge von Arbeitslosigkeit auf und chronische Erkrankungen gehen nicht selten einher mit materieller Armut. Pflegebedürftigkeit führt schließlich angesichts des Fehlens entsprechender sozialer Sicherung fast zwangsläufig zur Verarmung. So führte Professor Walter Hanesch bei der Buchpräsentation u. a. aus, daß von den 1,7 Mio. Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut werden, rund 25 % sozialhilfeabhängig sind. Bei den 370 000 Pflegebedürftigen, die in Heimen leben, beträgt der Anteil sogar 70 %. Unmißverständlich zog er die Bilanz, daß im Bereich der Pflegeversicherung die Bundesrepublik die unrühmliche Position eines Schlußlichts im internationalen Vergleich einnimmt. Der Pflegenotstand erhält noch eine weitere Dimension, wenn man die fehlende oder nur mangelhafte soziale Absicherung von pflegenden Familienmitgliedern berücksichtigt. Wer heute ein Familienmitglied zu Hause pflegt und deshalb auf Vollzeitarbeit ganz, teilweise oder zeitweilig verzichtet, riskiert seine eigene Unterversorgung im Alter durch geringe Rentenabsicherung.

Neben diesen Beispielen liefern die Beiträge der Studie eine erdrückende Fülle von Belegen und Hinweisen für Unterversorgungslagen einzelner Bevölkerungsgruppen und für Struktur-mängel des heutigen Systems sozialer Sicherung. Die Befunde sprechen eine deutliche Sprache: »Insgesamt haben sich im Zeitraum

1978 bis 1988 die sozialen Gegensätze in der Bundesrepublik verschärft, d. h. für die bereits benachteiligten Gruppen hat sich die Situation in zahlreichen Lebensbereichen weiter verschlechtert. Bei diesen Gruppen treten verschiedene Unterversorgungslagen häufig gleichzeitig auf und verstärken sich somit wechselseitig in ihren negativen Folgen für die Betroffenen. (. . .) Als ein zentrales sozialpolitisches Problem erweist sich die Tatsache, daß die Sozialversicherung als Kern des deutschen Systems sozialer Sicherung bislang das Ziel der Armutsbekämpfung vernachlässigt. Dies kommt vor allem im Fehlen einer wirkungsvollen integrierten sozialen Grundsicherung zum Ausdruck. (. . .) Die genannten Befunde stehen in krassem Gegensatz zum Postulat der Sozialstaatlichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft«.

Welche Konsequenzen sind aus diesem vernichtenden Urteil der Experten zu ziehen? Mit dieser Studie, die in Teilen die Ergebnisse des Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Winter 1989 fort-schreibt und der unter dem Titel »... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land. . .« in den Blättern der Wohlfahrtspflege (Heft 11/12, 1989) erschienen ist, liegt der Öffentlichkeit und der Politik nun reichhaltiges Datenmaterial vor, das nicht länger übergangen werden kann. Das Thema Armut darf nicht länger tabuisiert werden. Notwendig ist die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Problemkreis »Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse«, der in den kommenden Jahren durch eine Vielzahl neuer Unterversorgungserscheinungen im Gebiet der ehemaligen DDR in seiner Bedeutung eher noch zunehmen wird. Untersuchungen zu Armut und Unterversorgung dürfen auch nicht ausschließlich Aufgabe einzelner Verbände oder engagierter Forschergruppen sein. Die heutige Sozialberichterstattung ist durch eine institutionalisierte Armutsberichterstattung zu ergänzen. Die Bundesregierung muß der Öffentlichkeit parallel zur Wirtschaftsentwicklung auch über Armut Bericht erstatten (vgl. Antrag der SPD, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7133). Dieser unabhängige nationale Armutsbericht muß zur Grundlage einer offensiven und vorbeugenden Armuts politik gemacht werden, wie dies u. a. auch der DGB anläßlich der Vorstellung der Studie durch Ursula Engelen-Kefer forderte. Und schließlich müssen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Unterversorgung wie die Einführung einer integrierten bedarfsorientierten Grundsicherung und die Schaffung einer Pflegeversicherung endlich in Angriff genommen werden.

Mit ihren Ergebnissen haben die Wissenschaftler der Politik – so könnte man zusammenfassend urteilen – ein Armutszeugnis ausgestellt. Es liegt an ihr, die notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Diether Döring/Walter Hanesch/Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): *Armut im Wohlstand*. Frankfurt/Main (Suhrkamp-Verlag) 1990, 403 Seiten, DM 22,00.

SILVIA HISSEN

»Es gibt kein Zuhause in der Fremde«

Zu Miguel Barnets Roman
Ein Kubaner in New York

Miguel Barnet, kubanischer Schriftsteller und Ethnologe, Jahrgang 1940, konfrontiert seine Leser in erster Linie mit sozialen Randfiguren: ein entfloherener Negersklave, Emigranten, eine vereinsamte ältere Frau, die sich an ihre glanzvolle Zeit als Variétéstar in Havanna erinnert. Überhaupt sind es Erinnerungen von Menschen, die Barnets Arbeitsmaterial bilden, die somit die Eigenart seiner Bücher ausmachen und ihnen etwas Authentisches verleihen. Erinnerungen eines kubanischen Einwanderers in New York verbergen sich hinter dem Titel der deutschsprachigen Ausgabe seines jüngst übersetzten Romans *Ein Kubaner in New York*, Erinnerungen, verstanden als Teil der Phantasie. Barnet, der bemüht ist, die Erzählsituation und den bekannten Sprechton seines Informanten beizubehalten, ist davon überzeugt, daß sich Ethnologie und Belletristik, also geschriebene Literatur im engeren Sinne, »Fiktion«, durchaus ergänzen können. *La vida real*, »das wirkliche Leben«, lautet denn auch der Titel der Originalausgabe: der Autor will Realität vermitteln, die aufgrund seiner spezifischen Arbeitsweise mit Recht den Anspruch erhebt, dies zu sein.

Wiederholt greift Barnet das Thema der Emigration auf, die er als Flucht aus wirtschaftlicher Misere und provinzieller Enge darstellt, als eine aus Verzweiflung geborene und von Hoffnung getragene Bewegung auf ein

magnetisch anziehendes Zentrum hin. In dem Roman *Alle träumten von Cuba* (1981) sucht ein galizischer Einwanderer sein Glück in Havanna, in *Ein Kubaner in New York* handelt es sich sozusagen um eine Migration in Etappen. In beiden Werken beschreibt der Autor die verzweifelte wirtschaftliche Lage an einem verlorenen Provinzort, die Schwierigkeiten des Emigrantendaseins wie die Gespaltenheit der Ausgewanderten, die emotional ihrer alten Heimat verbunden bleiben und einerseits dorthin zurückkehren möchten, die durch ihre eigene Familie aber auch Bindungen an das Gastland haben, und deren ganze Identitätsproblematik in ihrer beidseitigen Verwurzelung liegt. Mit Julián Mesa, der um 1920 in eine Guajiros-Familie hineingeboren wird, macht uns Barnet mit den Problemen kubanischer Landarbeiter in dieser Zeit vertraut, die sich ihr karges Brot in den Zuckerrohrfeldern verdienen, meist als Saison- oder Wanderarbeiter. Er beschreibt die unbittliche Härte einer Existenz, die sich nach und nach verschlimmert; denn im Zuge der damaligen Rezession unter Machado sank der Weltmarktpreis für Zucker bekanntlich immens, wurde die Knochenarbeit mit einem Spottlohn entgolten. Obendrein kommt Juliáns Vater bei einem Brand im Zuckerrohrfeld um, wodurch sich die ohnehin prekäre Lage der Familie zuspitzt – fortan muß der Zwölfjährige anstelle des Vaters die unmenschliche Arbeit verrichten: »Mit dem ersten Stapel Zuckerrohr war meine Kindheit am Ende«, zwölf Stunden am Tag dauerte die Plackerei. Zu diesem Zeitpunkt hat er weder Lesen noch Schreiben gelernt, die Schule ist viel zu weit entfernt. Neben der Ausweglosigkeit in materieller Hinsicht ist es die Öde des Landlebens, die in dem Heranwachsenden den Wunsch entstehen läßt, nach Havanna zu gehen: Ihr Bohío, so heißt die traditionelle, mit Palmstroh gedeckte Behausung der Landarbeiter dort, kommt ihm vor wie »ein Friedhof mit Fenstern« (S. 43), der Klatsch und die Ereignislosigkeit stoßen ihn gleichermaßen ab. Nur hin und wieder hatte ein vorbeiziehender Wanderzirkus die Monotonie seiner Kindheit unterbrochen, in genau dieser Faszination sieht er später seinen Wandertrieb begründet. Und hatte »die stille Juana«, seine spiritistische Neigungen hegende und allerlei Heilkünste ausübende afrikanische Großmutter ihm nicht prophezeit, er sein ein Irrwisch, dem der Boden unter den Füßen brenne? Gründe und persönliche Voraussetzungen zum Verlassen der Heimat sind also gegeben; ein weiterer ist in den ungeordneten rechtlichen Verhältnissen des Hinterlandes zu suchen, in einer gewissen Anarchie, die sich beispielsweise in grausamer Selbstju-

stiz manifestiert und die die sozial Abhängigen ihrer Rechte beschneidet.

Juliáns Ankuft in Havanna – zuvor hat er einige Zeit bei einem Zirkus in einer Kleinstadt gearbeitet –, fällt mit dem Amtsantritt Batistas (1940) zusammen; die ganze Stadt ist in ein Fest verwandelt: »Mit Drachen, die einander in der Luft die Schnüre mit Rasierklingen durchschnitten, und mit Transparenten und Congatrommeln wurde Batistas Wahlsieg gefeiert.« (S. 82) Julián erinnert sich: »Als der Abend hereinbrach und ich mich müdegelaufen zum Hotel machte, wurde mir erst so richtig klar, welche Ausmaße Havanna hatte. Etwas so Weitläufiges hatte ich noch nie gesehen. Das Kapitol erweckte aus der Ferne den Eindruck, daß Havanna sich einen Hut aufgesetzt hätte. Höher als der Präsidentenpalast, überragte es alle übrigen Gebäude. Auf dem Prado roch es damals nach gegerbtem Leder und frisch gekochter Seife.« Die sozialen Gegensätze springen bereits ins Auge: »Die amerikanischen Touristen schoben sich durch die Arkaden und kauften massenhaft Krokodilledertaschen, Parfüm und Seide. Für Gutbetuchte war der Prado ein Genuß, die versetzte er in Rauschzustände, doch gleichzeitig war er ein Tummelplatz von Bettlern, Straßenhändlern und losverkaufenden Kindern.« (S. 85) Zum Glück hat Julián keinen allzu schwierigen Anfang in Havanna, er findet gleich Arbeit in einem Hutsalon, bringt sich im Handumdrehen das Lesen bei und avanciert binnen kürzester Zeit vom Fensterputzer zum Verkäufer und zum Liebling der eleganten Halbwelt Damen, die die Klientel des Ladens ausmachen. Allerdings offenbart sich ihm das vorrevolutionäre Havanna sehr bald als genau der Sündenpfuhl, als der es gemeinhin gilt: Korruption, Prostitution und Gewalt grassieren in der Stadt, mafiaähnliche Zustände: Das organisierte Verbrechen floriert, kurz, »Havanna verfaulte bis auf die Knochen« (S. 95).

Aber Juliáns Erinnerungen vermitteln auch viel von der Farbigkeit der Stadt, von den europäischen, jüdischen, arabischen, chinesischen Emigranten, den Prostituierten, die ihre Familien auf dem Land unterstützen müssen, oder den beiden jungen Mulattinnen, die wie kaum jemand die Kunst des Geschichtenerzählens beherrschen, und durch Havannaer Anekdoten begeistern, in denen sich Europäisches, Afrikanisches und Amerikanisches zu genau jener kulturellen Vielfalt verbinden, die die Inseln der Karibik auszeichnet.

In politischer Hinsicht wendet sich nichts zum Besseren, die übersteigerten Hoffnungen der von der Diktatur Machados gebeutelten Bevölkerung erfüllen sich mitnichten. Julián weiß

noch, mit welch großen Illusionen man Batista damals auf den Leim ging: »Die Leute glaubten ehrlich, Batista werde den Karren aus dem Dreck ziehen, doch sie wurden reihum genarrt. Massen von Hungerleidern und Stadtreichern meuterten vor dem Amtssitz des Präsidenten. Eine beschämende Parade der zerschissenen Kleider und des Jammers.« (S. 84) Zwar bleibt er selbst anfangs vom Schlimmsten verschont, findet nach monatelangem Suchen sogar eine besser bezahlte Stelle, die er aber aufgrund von Verleumdungen und Intrigen bald wieder verliert. Nun läuft er Gefahr, sich vom Strudel der Arbeitslosigkeit mitreißen zu lassen und ins Delinquententum abzugleiten. Der tragische Tod seiner Lebensgefährtin vervollständigt das Elend. Unter diesen Umständen entschließt er sich zur Auswanderung nach New York, zur Emigration von der Dritten in die Erste Welt, wie bekanntlich viele Kubaner in jenen vierziger Jahren, auf Arbeit und sicheres Einkommen hoffend und unwiderstehlich angezogen vom Ideal des »American way of life« wie vom Glitzer-Charme der Metropole.

Juliáns eigentliche Emigration, die in ein fremdes Land mit einer fremden Sprache, prägt von nun an sein Verhalten; das Gefühl des Fremdseins läßt ihn nicht mehr los. New York, die Metropole par excellence, entsetzt ihn durch den Gleichmut und die Indifferenz seiner Bewohner: »In dieser Stadt kann einer die idiotischsten Fragen stellen oder sich, wenn ihm danach ist, sogar als Pavian verkleiden, es interessiert keinen Menschen.« (S. 188) Auf den Rassismus und die Auswirkungen der damals, also zu Beginn der fünfziger Jahre, noch herrschenden Rassentrennung, war er nicht gefaßt, ebenso wenig auf die sozialen Mißstände in den Armeuteutegenden oder die ärgerlichen Routinekontrollen durch die Drogenpolizei. »In Havanna hatte man sich bei dem Gedanken an die USA wonders was vorgestellt, in der Wirklichkeit nahm es sich aber ganz anders aus: zum Haareausraufen«, gibt er enttäuscht zu. Verächtlich werden die Lateinamerikaner hier als »Spicks«, später als »Hispanics« bezeichnet oder der Einfachheit halber alle »Tony« genannt, und dieser Erfahrung der Diskriminierung erwächst dann auch Juliáns Nationalstolz. Sorgsam bewahrt er sich seine Identität und verurteilt die Assimilierungswut vieler eingewanderter Landsleute – eben jene andere sich in solchen Situationen manifestierende Haltung. Doch ein Minimum von Anpassung an die Gegebenheiten des Gastlandes ist in der Regel nicht ganz zu vermeiden. Julián, dem die Kubaner nun »zugänglicher, redseliger, auch großmütiger als andere« vorkommen, während er

die US-Amerikaner als individualistisch, reserviert und vor allem arbeitsam charakterisiert, schlägt sich anfangs mit diversen Jobs durch und handelt schließlich mit Büchern, Billigparfüms und Trödelkram aller Art, nicht ohne sein Einkommen abends durch Kellnern aufzubessern. Das »New-York-Fieber«, das ihn in der ersten Zeit wie fast alle Neuankömmlinge befällt, entlarvt er jedoch bald als Selbsttäuschung und Verblendung. Dem einstigen Landarbeiter erscheint die Metropole mit den Menschen so vieler Völker, Rassen und Sprachen als babylonisches Sprachgewirr, er selbst lernt wie viele Emigranten nie so recht die Sprache des Gastlandes, zu Hause, unter Freunden und überall im »Barrio«, dem Latino-Viertel, das ihn wie eine Glasglocke gegen das Fremde drumherum abschirmt, dominiert weiterhin das Spanische. Kurioserweise ist seine Sprache voller amerikanischer Einsprengsel. Als er in den 60er Jahren eine Stelle als Hausmeister in Chelsea annimmt, beobachtet er, wie sich Kriminalität und Unsicherheit immer mehr ausbreiten und die Stadt sich in einen Moloch verwandelt, dessen Krakenarmen man nur schwer entkommen kann. New York, das ist für ihn jetzt »eine Klapsmühle unter freiem Himmel«: »zuviel Hektik zuviel Lärm zuviel Smog zuviel Angst« (S. 243). So sieht er sich von lauter Stadtneurotikern umgeben, ziellos umherirrenden Stadtstreicherinnen oder skurrilen Gestalten wie Milly, deren Wohnung einer erbärmlich stinkenden Mülldeponie gleicht und die ihren toten Lieblingspudel im Klobecken begraben hat. Lange ersehnt Julián eine definitive Rückkehr nach Kuba, denn: »Einsamer als das Leben von Emigranten kann ein Leben nicht sein« (S. 242). Überhaupt gesteht er sich ein: »Wenn ich von Kuba spreche, habe ich das Gefühl, ich spreche von einem Menschen. Eigentlich bin ich nie richtig weggegangen.« (S. 191)

Aber auch er macht die schmerzliche Erfahrung, die die Kluft zwischen der ersten und der zweiten Generation bedeutet: Während er sich jeder Assimilierung widersetzt hat, genauso wie seine Frau Celia, die, obwohl als Tochter puertoricanischer Eltern schon im Land geboren und US-Staatsbürgerin, »ganz Lateinamerikanerin« ist, ein imaginäres Puerto Rico und ein ebensolches Kuba liebt, hat sich die gemeinsame Tochter zu einer richtigen Amerikanerin gemausert, spricht nur ungern Spanisch und ist zu alledem mit einem waschechten Amerikaner verheiratet. . . Ohne es zu wollen, ja ohne es zunächst zu merken, hat Julián in dem neuen, ihm nie heimisch gewordenen Land Wurzeln geschlagen und den Gedenken an eine Rückkehr in seine Heimat aufgegeben. Lediglich eine

Touristenreise möchte er dorthin machen, um das neue Kuba kennenzulernen: Von Fidel Castro begeistert, engagieren er und Celia sich nun für die »Bewegung des 26. Juli«, sammeln in halb New York Geld für die Rebellen in der Sierra, verfolgen begierig die Veränderungen des neuen Regimes, stets »der Revolution auf den Fersen« (S. 270), und bis zuletzt – wir befinden uns in der Ära Ronald Reagans – bleibt Julián ein kritikloser Bewunderer Castros.

An dieser Stelle sei vermerkt, daß Miguel Barnet nicht zu den vielen, im Ausland lebenden Schriftstellern Kubas gehört – wen wundert's also! In diesem Sinne ist gewiß auch die letztendliche Infragestellung der Emigration zu verstehen, die als »Ausverkauf an der Heimat« (S. 181) verurteilt wird. Barnets Protagonist bereut es, zu gegebener Zeit nicht heimgekehrt zu sein. Nicht beim Aufbau Kubas mitgeholfen zu haben, erfüllt ihn mit denkbar schlechtem Gewissen, weshalb er zum Schluß, durch Arthritis fast bewegungsunfähig geworden, davon träumt, im Lotto zu gewinnen und die ganzen Millionen nach Kuba zu schicken, um so endlich sein Scherflein zur Revolution beizutragen.

Miguel Barnet: Ein Kubaner in New York. Aus dem Spanischen von Monika López. Frankfurt am Main (Suhrkamp-Verlag) 1990, 325 S., DM 38,-

WERNER RÜGEMER

Nur Opposition ist bequem

Zum 1. Band der deutschen Ausgabe der Gefängnishefte von Antonio Gramsci

Fast sechzig Jahre, nachdem der todkranke Staatsgefangene Nummer 7047 im Sondergefängnis Turi/Apulien die letzten, der Gefängnisleitung mühsam abgetrotzten Schulhefte vollgekritzelt hat, erscheinen sie nun in deutscher Sprache. Von der deutschen Ausgabe der *Gefängnishefte* Antonio Gramscis ist der erste Band erschienen. 1995 soll sie mit dem 10. Band abgeschlossen sein.

Der 1. Band enthält ein Vorwort von W. F. Haug, Hinweise des deutschen Herausgebers Klaus Bochmann zu Übersetzungsproblemen, die Vorbemerkung des italienischen Herausgebers Valentino Gerratana (auf dessen historisch-kritischer Ausgabe von 1975 die deutsche Ausgabe beruht), eine umfangreiche Chronik von Gramscis Leben, schließlich die 158 Paragraphen, die Gramsci während der Jahre 1929 und 1930 in das erste seiner Hefte eintrug, sowie einen umfangreichen Erklärungs- und Anmerkungsapparat der Herausgeber, auch Manuskriptbeschreibungen und Listen der von Gramsci im Gefängnis benutzten Bücher.

Während seiner fast elfjährigen Haftzeit, bis knapp vor seinem Tode 1937, machte der Gefangene schriftliche Notizen, die ursprünglich einem kurz nach seiner Einkerkierung formulierten Plan folgen sollten. Unter Zensurbedingungen beschaffte er sich Bücher, wertete aber auch aus dem Zwang der Umstände die kümmerlich bestückten Gefängnisbibliotheken und leichter zugängliche illustrierte Zeitschriften aus. Anfänglich eine zwanzigjährige Haftzeit vor Augen, wollte er nach einem Wort Goethes »für ewig« schreiben, eine Bilanz seines Lebens ziehen, fern von jedem direkt erreichbaren oder vorstellbaren Publikum.

Die unter diesen Bedingungen entstandenen Texte sind teilweise mühsam zu lesen, manchmal nur mit Hilfe der umfangreichen historischen Fußnoten dem Laien in Sachen italienischer Geschichte einigermaßen verständlich. Die Gedankenführung ist eher labyrinthisch, »zirkulär«, tastend, oft detailverbissen, an scheinbaren Nebensächlichkeiten irgendeiner Gelegenheitslektüre sich entzündend. Die Notizen sind von unterschiedlicher Qualität und Länge, gehen von einer für sich kaum verständlichen Gelegenheits-Zeile (§ 20 *Salvator Gotta. Meßgebete an den Altaren und Fürze in der Sakristei*, § 95 *Adriano Tilgher: Homo faber. Storia del concetto di lavoro nella civiltà occidentale*, Rom, Libreria di Scienza e Lettere, 1929, 15 Lire) über geistreiche Anmerkungen (zu *Hegel und das Vereinswesen* – § 47 – oder zur *Sexuellen Frage* – § 62) bis zu umfangreichen Analysen (§ 44 *Politische Führung durch eine Klasse vor und nach Regierungsantritt*, § 116 *Italienische Intellektuelle*).

Mit den *Gefängnisschriften* kann nun auch in Deutschland ein »unbekannter Gramsci« entdeckt werden, befreit etwa von den Naivitäten und der historischen Ungebildetheit der bundesdeutschen »68er-Bewegung«: Sie hatte aus eigner antiautoritärer Borniertheit vor allem den Aktivisten der Turiner Rätebewegung im Blick, in der er nach dem 1. Weltkrieg eine füh-

rende Rolle gespielt hatte. Auch jenseits »eurokommunistischer« Oberflächlichkeiten der 80er Jahre ist derjenige zu entdecken, der im Gefängnis den in den sozialistischen und kommunistischen Internationalen herausgebildeten – und nach dem 2. Weltkrieg fortgeführten – Politik- und Theorietyp bereits radikal in Frage stellte; Gramsci kannte beide Traditionen; er war ebensolange Funktionär in der Sozialistischen wie in der von ihm 1921 mitbegründeten Kommunistischen Partei Italiens gewesen.

Die Reflexion der epochalen Niederlage der Linken und der bürgerlichen Demokratie war im Gefängnis sein treibendes Motiv. In Italien lag dazu auch die meiste Erfahrung vor: Bereits 1922 war Mussolini von König Vittorio Emanuele zum Regierungschef ernannt worden. Aus Zensurgründen mußte Gramsci auf den direkten Bezug zum Faschismus verzichten. Doch die Produktivität seiner ausgreifenden Reflexionen über die soziale, politische, sprachliche, militärische und kulturelle Geschichte Italiens zeigen, daß dies nicht nur ein Zwang oder eine Verstellung für ihn war. An Machiavelli, Garibaldi und vielen anderen umkreist er das epochale Dilemma der Linken: »Die Macht lockt. Aber nur die Opposition ist bequem« (§ 40). Er tut dies aber weder aus klassisch sozialdemokratischer Sicht (»Regierungsverantwortung übernehmen«) noch aus klassisch kommunistischer (»Die Revolution machen«). Er versucht selbstkritisch und autonom, sich mosaikartig eine komplexere Sicht zu erschließen; in ihr sollen langfristige Annäherung an die Zivilität der Gesellschaft, internationale Stabilität, ökonomische Produktivität und gerechter Ausgleich zwischen »Nord und Süd« konvergieren. Die Ernsthaftigkeit und Unbefangenheit, mit der er auch die militärische Seite dieses Prozesses untersucht – etwa in § 10 *Über Machiavelli* und in § 114 *Politische und militärische Führung im Risorgimento* –, kann man heute mit Genuß zur Kenntnis nehmen.

Für viele gilt Gramsci als derjenige, der linke oder marxistische Politik »kulturvoller« machen wollte. Die KPI selbst hat die Kulturauffassung Gramscis stalinistisch in Richtung einer intensivierten »Bündnispolitik« mit den Intellektuellen, Künstlern, Wissenschaftlern verballhornt. Für Gramsci ging es jedoch darum, die traditionellen und herrschaftstechnisch ausgebufften Arbeitsteilungen zwischen Politik, Kultur, Wissenschaft und Arbeit zu überwinden. Wie später Joseph Beuys formulierte, daß »jeder Mensch ein Künstler« sei, so hatte Gramsci formuliert: »Jeder Mensch ist ein Philosoph, ein Politiker.« Er ging davon aus,

daß alle Menschen auf ihrem Niveau, mit ihren Mitteln auf der ständigen Suche nach Welterklärungen sind (§ 89 *Folklore*) und daß in jeder Arbeit, so niedrig sie sei, auch intellektuelle Elemente enthalten sind.

Ein entscheidendes Element jeder neuen Politik sah er deshalb in einem neuen Typ von Intellektualität: die sich aus der Arbeit, bei den Arbeitenden entwickelt. Er macht sich über »ideologisches Feuilleton« und die bloße »Haltung des Betrachters« (§ 142 und 143) lustig, worin er die Funktion des traditionellen Typs des Intellektuellen in der bürgerlichen Gesellschaft sieht. Damit wandte er sich auch gegen die nach wie vor verbreitete Verwechslung von Kultur und Politik, wie sie heute bei den meisten »linken Intellektuellen« deutlich wird: ihre »linken« Kulturprodukte mit politischen Inhalten vermitteln das »Gefühl«, »Politik zu machen«, »politisch dabei zu sein«, »ideologischen Einfluß auszuüben«, während sie in Wirklichkeit illusionäre und illusionsstiftende Intellektuelle sind, »in Opposition« – für sie selbst und für die Mächtigen sehr bequem.

An den Gefängnisnotizen wird auch deutlich, daß Gramsci nicht für ein neues abstraktes Gesellschaftsmodell à la »Zivilgesellschaft« herangezogen werden kann. Er hat »die Gesellschaft« immer an ihren konkreten Leistungen für Gerechtigkeit, Gesundheit, Kultur usw. im Alltag gemessen und sich in Absetzung vom vorherrschenden linken Modelldenken gegen Theorien zu großer Reichweite ausgesprochen. Seine intensive Beschäftigung mit dem Verhältnis von »Norden« und »Süden« (§ 146) hat ihn zudem davor bewahrt, Demokratie-Entwicklungen in einzelnen europäischen Ländern als isolierte Modelle zu behandeln.

Von neuem Interesse dürften heute Gramscis Skizzen zu *Fordismus* und *Amerikanismus* sein. Die Attitüde europäischer Intellektueller, von der »Höhe« angeblicher kultureller Überlegenheit auf die USA herabzublicken, fand er abgeschmackt. Er analysierte die parasitären sozialen Schichten (Grundbesitzer, Rentiers, bestimmte Gruppen von Intellektuellen), die sich im langen Entstehungsprozeß des europäischen Kapitalismus herausgebildet hatten, während er den Vorzug der us-amerikanischen Gesellschaft bewunderte, die weniger umständlich gebaut ist und auch deshalb billiger produzieren kann: »Amerika ohne Tradition«, aber auch ohne diesen Bleimantel. . . Die Nicht-Existenz dieser zähen Sedimente aus den vergangenen historischen Phasen hat eine gesunde Basis für die Industrie und vor allem für den Handel ermöglicht. . . Die Hegemonie entspringt in der Fabrik und braucht nicht so viele

politische und ideologische Vermittler.« (§ 61 *Amerikanismus*) Diese Vorzüge könnten, so Gramsci, allerdings nur in Verbindung mit einem »liberalen Staat« (»nicht im Sinne des Liberalismus der Zölle, sondern im wesentlichen Sinne der freien Initiative und des ökonomischen Individualismus«) zum Tragen kommen (§ 135 *Amerikanismus*).

Es erscheint auf den ersten Blick paradox: Die Nachkriegs-KPI hob Gramsci auf den Schild, instrumentalisierte ihn allerdings nach sehr vereinfachten, stalinismusknahen Kriterien wie »historischer Kompromiß«, »nationaler Kommunismus« und »Zur Politik gehört Kultur«. Entsprechend war auch die erste Ausgabe der *Gefängnishefte* stilisiert und zurechtredigiert. Die Ausgabe Gerratanas von 1975 fiel dagegen bereits in die Zeit der inneren Auszehrung der KPI, Gramsci spielte nur noch als antifaschistische Galionsfigur eine Rolle. Gelesen wurden die selbstkritischen, originären Texte in der KPI kaum mehr, dafür immer mehr außerhalb des Parteizusammenhangs. Dies gilt inzwischen auch in anderen Ländern. Die zersplitterte und in ihrem gut hundertjährig herausgebildeten Selbstverständnis nun zu Recht fundamental verunsicherte »Linke« kann in ihrem absehbar sehr langen Transformationsprozeß auf die Einsichten und vor allem die Methode Gramscis kaum verzichten – ohne daß er als neues Vorbild oder als Methode auf der Höhe unserer eigenen Probleme mißverstanden werden darf. Zeitgleich erscheint übrigens die englischsprachige Ausgabe in den USA. Zwischen Santiago de Chile, New York und Tokio ist seit Jahren eine weltweite Gramsci-Rezeption im Gange, die wenig spektakulär, aber nachhaltig ist.

Antonio Gramsci: Gefängnishefte Band 1, herausgegeben von Klaus Bochmann. (Argument Verlag) 1991. 288 Seiten. 46 DM, Subskriptionspreis 37 DM.

Honecker über Honecker

Zu den Merkwürdigkeiten des atemberaubend schnellen Wandels in der DDR im Jahre 1989/90 – vielleicht mehr Zusammenbruch als Revolution – gehört auch die flinke Rechtfertigung einstiger politischer Größen. Alle drei starken Männer der Jahre 1989/90 haben eine Art Erinnerung an ihre Tätigkeit vorgelegt: Zuerst – im Frühjahr 1990 – Egon Krenz (*Wenn Mauern fallen*), zuletzt – im Frühjahr 1991 – Hans Modrow (*Aufbruch und Ende*). Auch der langjährige Generalsekretär der SED, Erich Honecker, der nach seinem Ausschluß aus der Staatspartei zunächst bei einem Pastor und später im sowjetischen Militärhospital Beelitz Unterschlupf gefunden hatte, bis er schließlich in die Sowjetunion ausgeflogen wurde, macht davon Gebrauch, seine Sicht der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Wegen Haftunfähigkeit war er aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Dieser Umstand hinderte ihn aber nicht daran, zwei Personen wochenlang Rede und Antwort zu stehen. Das sogenannte »Kreuzverhör« liegt seit Ende des Jahres auf dem Buchmarkt vor, und insbesondere in den fünf neuen Bundesländern erweist es sich als »Renner«. Egon Krenz ließ es sich nicht nehmen, in einer ausführlichen SPIEGEL-Rezension Honecker der Geschichtsklitterung zu beschuldigen. Wenn Apologeten Apologeten nennen . . .

Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg begründen eingangs, warum sie dieses Buch gemacht haben. Honecker sollte kritisch befragt werden und gleichzeitig die Möglichkeit erhalten, seine Position zu äußern. Was den letzten Punkt angeht, macht Honecker davon reichlich Gebrauch. Die vorgesehene »kritische Befragung« hingegen bleibt mitunter recht an der Oberfläche. »Nachgebohrt« wird nicht immer. So problematisieren die Autoren die folgende Antwort Honeckers zum Schießbefehl nicht: »Der unterschied sich durch gar nichts vom Schießbefehl des Bundesgrenzschutzes. Das ist im wesentlichen derselbe Befehl, und außerdem war das nichts Geheimes. Es war im Grenzgesetz verankert, wie die Sicherung zu erfolgen hat. Todesschüsse, wie es sie in der BRD gab, waren bei uns überhaupt nicht eingeführt.« (262) Viele Fragen (»War dies überhaupt Sozialismus?«) sind im Grunde immanenter Natur, entsprechen jedenfalls keinem Kreuzverhör.

Eingerahmt wird das weitgehend chronolo-

gisch aufgebaute Mammutinterview zu Honeckers Leben und Lebenswerk von Fragen zum Sturz und zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre einerseits und von Fragen, die sich auf »Vorwürfe« beziehen (Personenkult – Staatssicherheit – Wandlitz – Jagd – Amtsmissbrauch und Korruption). Ein gewisser Schwerpunkt liegt auf den letzten Jahren Honeckers. Nicht nur bei der heiklen Frage nach dem Sicherheitsapparat der DDR weiß er abzulenken und in die Offensive zu gehen: »Soweit ich gehört habe, gab es in der BRD sieben Millionen Recherchen zu Personen, die irgendwie in Verbindung mit der Friedensbewegung der Deutschen Kommunistischen Partei standen. Wir wissen, daß sowohl über Sozialdemokraten, Kommunisten als auch Christen Berufsverbote ausgesprochen wurden. Das ist das Schlimmste, was ein Mensch, abgesehen von einer Freiheitsstrafe, erfahren kann.« (373)

Die Urteile über viele westdeutsche Politiker kontrastieren damit, fallen überraschend positiv aus, insbesondere über Brandt, von Weizsäcker, Schmidt und Strauß (»Ich muß sagen, daß er mit einer großen Energie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und BRD eintrat« – 344). Honecker hält sich mit Angriffen auch gegen frühere Kampfgenossen eher zurück. Immerhin kritisiert er die Entwicklung der Staatssicherheit zu einem »Staat im Staat« (367). Eine Verantwortung dafür leugnet er.

Viele Bemerkungen der Befrager sind suggestiver Natur. Etwa: »Aber es ist doch insgesamt nicht gelungen, die permanente Mangelsituation im Konsumsektor hier zu überwinden. Das war der ausschlaggebende Punkt, warum die Bevölkerung dann den Sozialismus letztlich fallengelassen hat.« (S. 424) Die Kernfrage der fehlenden Legitimität wird völlig ausgeklammert und so getan, als sei der Staatssozialismus in der DDR jemals akzeptiert worden. Honecker habe durch Ablehnung der Innenpolitik Gorbatschows »die Identifizierung mit dem DDR-Sozialismus unterminiert« (78).

Kennzeichnend für Honeckers Aussagen sind erstens stereotype und dogmatisierte marxistisch-leninistische Phrasen, zweitens Argumentationsmuster voller Uneinsichtigkeit, welche die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen, drittens unglaubliche Positionen und viertens aber auch in manchem realistische Einschätzungen.

Die Zahl blutleerer Stereotypen ist Legion. Beispielsweise: »Nicht nur materielle Grundlage, sondern der geistige Überbau ist entscheidend für den Sieg der sozialistischen Gesellschaft. Seine humane Kraft, hat Lenin gesagt,

ist die proletarische Diktatur. Sie ist im Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie die reinste Form der Demokratie.« (438) Der öfter in der Vergangenheit schwelgende Honecker ist nicht ansatzweise selbstkritisch und erweist sich als uneinsichtig. Der Hinweis der Interviewer auf die Ungleichheit der Startchancen der Parteien nach 1945 gilt als »Greuelmärchen« (217). Nach 40 Jahren habe es in der DDR eine »aufblühende Volkswirtschaft« (431) gegeben. Der Sozialismus sei erst durch seine Nachfolger »diskreditiert« (437) worden. Vieles, was der frühere Generalsekretär der SED erzählt, ist völlig unglaublich. Auf die Kommunalwahlen von 1989 angesprochen, heißt es bei Honecker: »Für uns wäre eine Ergebnis von 65 Prozent ein großer Erfolg gewesen.« (S. 83) Er will damit den Vorwurf der Wahlfälschung entkräften.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Wer immanent zu argumentieren versteht, muß Honecker in manchem recht geben. Eine Reform des »real existierenden Sozialismus« konnte es aufgrund seines Legitimitätsmakels nicht geben. Insofern erweist er sich als realistischer als viele Repräsentanten des »dritten Weges«, die Interviewer eingeschlossen. So kritisiert er – vom Standpunkt des Systemerhalts aus – zu Recht die Öffnung der Mauer – »ein Akt, der praktisch die DDR liquidiert hat« (39). Wer den Staatssozialismus nur durch eine Parteilique als

deformiert ansah, vermochte hingegen die Auffassung zu vertreten, er ließe sich durch die Rückkehr zu einem vermeintlichen Ideal retten.

»Mein Sturz als Partei- und Staatschef war das Ergebnis eines großangelegten Manövers, deren (!) Drahtzieher sich noch im Hintergrund halten. Diejenigen, die sich heute mit dieser Tat brüsten, sind dagegen kleine Lichter. Hier handelt es sich um große Vorgänge, die nicht von heute auf morgen eintraten, sondern um langfristig angelegte Veränderungen auf der europäischen Bühne, ja auf der Weltbühne.« (20 f.) Gewiß huldigt Honecker einer Verschwörungstheorie, aber in der Tat stand die Person Honecker aufgeschlosseneren Marxisten-Leninisten im Wege und war Gorbatschow über seinen Sturz froh.

»Das in vierzig Jahren Errungene wird dahinschmelzen. Aber die Erinnerung daran wird nicht vergehen!« (24) Hoffentlich! Da Honecker authentisch zu Worte gekommen ist, beugt der Band der Mythenbildung vor, selbst wenn das unzureichende »Nachhaken« der Interviewer kritikbedürftig erscheint.

Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar (Aufbau Verlag) 1990, 455 Seiten, DM 29,80.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
5300 Bonn 2
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 19
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist. In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten. Der Bezug von Sonderheften ist im Abonnementspreis enthalten.

ZORAN DJINDJIĆ, geb. 1952, ist Professor an der Universität in Belgrad, Mitbegründer und Geschäftsführer der Demokratischen Partei, der zweitgrößten oppositionellen Partei in Serbien; Abgeordneter im serbischen Parlament.

DR. WOLFGANG GEIGER, geb. 1956, ist Deutsch-Lektor an der Universität Nantes (Frankreich).

KONRAD GILGES, geb. 1941, ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

JÜRGEN HABERMAS, geb. 1929, lehrte von 1961 bis 1964 und von 1964 bis 1971 in Heidelberg bzw. Frankfurt a. M. Philosophie und Soziologie. Von 1971 bis 1983 war er Direktor am Max-Planck-Institut in Starnberg. 1983 kehrte er an die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt zurück.

SILVIA HISSEN, geb. 1955, Romanistin (Nantes).

DR. ECKHARD JESSE, Priv.-Dozent, geb. 1948, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Trier, Herausgeber des Jahrbuches »Extremismus & Demokratie« (mit Uwe Backes).

DOMINIC JOHNSON, geb. 1966, ist außenpolitischer Redakteur (Schwerpunkt Afrika) der TAZ.

STEFAN KESSLER, M.A., geb. 1964, Historiker und Mitarbeiter des Kölner Flüchtlingsrats.

DR. JUR. KLAUS LANGE, geb. 1939, Professor für Verwaltungslehre und öffentliches Recht an der Justus-Liebig-Universität Gießen; seit 1984 Mitglied des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen; Veröffentlichungen u. a.: »Frauenquoten« in politischen Parteien, NJW 1988, 1174 ff; Quote ohne Gesetz?, NVwZ 1990; 135 ff; Die Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke, 1990; Das Weisungsrecht des Bundes in der atomrechtlichen Auftragsverwaltung, 1990.

HANS-JOSEF LEGRAND, geb. 1958, Politologe, arbeitet bei einem Abgeordneten im Deutschen Bundestag und ist Mitherausgeber des Forschungsjournals NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN.

HANS-MARTIN LOHMANN, geb. 1944, lebt als freier Publizist in Heidelberg.

WALTER MICHLER, geb. 1949, Journalist, insbesondere Afrika- und Dritte-Welt-Berichterstattung; Publikation u. a.: Weißbuch Afrika, (1. Aufl. Bonn 1988), zweite völlig überarbeitete und erweiterte Aufl. 1991, J. H. W. Dietz Verlag, Bonn.

DR. GERHARD PREIN, geb. 1956, studierte Pädagogik und Soziologie in Paris und Dortmund; z. Zt. Lehrbeauftragter im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Gesamthochschule Essen.

REINHARD RENGGER, M.A., geb. 1965, lebt als freier Journalist in München.

WERNER RÜGEMER, geb. 1941, Projektleiter Recherche und Umweltpolitik am Rhein-Institut Köln; Veröffentlichung: zus. mit Uwe Hirschfeld (Hg.), Utopie und Zivilgesellschaft. Thesen, Rekonstruktionen und Informationen zu A. Gramsci, Berlin 1990.

DR. GERHARD SCHMID, geb. 1946, Diplom-Chemiker, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1979, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten.

WOLE SOYINKA, geb. 1934 in Abeokuta (Westnigeria), englischsprachiger nigerianischer Schriftsteller, Theaterautor und Regisseur, lebte – nach mehreren Gefängnisaufenthalten in Nigeria – bis 1975 im Exil in England. 1986 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

DR. PHIL. BERNHARD WEIMER ist seit 1980 wissenschaftlicher Referent in der Afrika-Fachgruppe der Stiftung Wissenschaft und Politik (swp) in Ebenhausen; zuvor mehrjähriger Aufenthalt im Südlichen Afrika; Buch und Zeitschriftenveröffentlichung zu Botswana, Mosambik, Südafrika, Guinea sowie zu ökonomischen, politischen und militärischen Aspekten der regionalen Kooperation und Entwicklungen im Südlichen Afrika.

RENATE WIGGERSHAUS lebt als freie Schriftstellerin, Funkautorin und Kritikerin bei Frankfurt/M.; Veröffentlichungen u. a.: Frauen unterm Nationalsozialismus (Peter Hammer Verlag), George Sand-Monographie (Rowohlt Verlag), Joseph Conrad – Leben und Werk (Insel Verlag).